

Lothar Tautz (Hrsg.)

Friede und Gerechtigkeit heute

Das „Querfurter Papier“ – ein politisches Manifest
für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Foto auf rechter Seite: Edda Ahrberg

Ort der Zivilcourage

„Querfurter Papier“

Im Pfarrhaus der Erlöserkirche unterzeichneten evangelische und katholische Christen am 29. April 1977 ein von ihnen erarbeitetes politisches Manifest, das „Querfurter Papier“.

Mit der Aufforderung zu „Friede und Gerechtigkeit heute“ gab dieses Schriftstück demokratisch engagierten Menschen in der DDR neue Orientierung und Mut zum selbstbestimmten Handeln.

In Verbindung mit der „Charta 77“ wirkten seine Thesen bis in die Gründungsdokumente der oppositionellen Gruppen in den 80er Jahren fort.



Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Halle der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

INHALT

Edda Ahrberg / Lothar Tautz	Vorwort	6
Ökumenische Predigt- Arbeitsgemeinschaft Querfurt	„Friede und Gerechtigkeit heute“ Das Querfurter Papier vom 29. April 1977	8
Propst Martin Herche	Frieden und Gerechtigkeit heute und morgen	12
Propst Dr. Gerhard Nachtwei	Die Wende ist nicht vom Himmel gefallen	14
Prof. Dr. Harald Schultze	Das Querfurter Papier im kirchen- politischen Umfeld	16
Dr. Ehrhart Neubert	Das Querfurter Papier im Kontext der europäischen Menschenrechts- debatte	25
Zeitzeugenberichte		41
Dieter Tautz		41
Dr. Hartmut Scheurich		43
Brigitte Herrmann (mit „Fußnote“ von Dr. Wolfgang Ullmann, S. 49)		47
Dr. Claus Herold		50
Lothar Tautz		52
Christian Kunert		55
Wiebke Janssen	Das Querfurter Papier im Spiegel der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit	63
Jaroslav Šabata	Die Charta 77 im KSZE-Prozess	70
Hans Koschnick	Frieden und Gerechtigkeit heute	76
Wolfgang Thierse	Zivilcourage – eine Mahnung aus Querfurt	86

Anlagen		91
Naumburger Menschen- rechtsgruppe	„Frieden, Zukunft und Hoffnung“ Naumburger Manifest vom 1. Mai 1977	91
Stasiakten		95
Abschrift des Briefes von Prof. Dr. Edward Lipinski an Edward Gierek (Naumburger Menschenrechtsgruppe, April 1976)		121
Abschrift der Charta 77 (Naumburger Menschenrechtsgruppe, Ende Januar 1977)		131
Abschrift des Manifestes der Charta 77 (Naumburger Menschen- rechtsgruppe, Ende Januar 1977)		134
Zeittafel über die Reaktionen auf die Charta 77 (Naumburger Menschenrechtsgruppe, etwa 10. Februar 1977)		138
Abschrift des Berichtes der Charta 77 über die Reaktion der tschechischen Behörden auf die Gründung der Charta 77 (Naumburger Menschenrechtsgruppe, 22. Februar 1977)		140
Abschrift des „Testaments“ von Professor Jan Patočka (Naumburger Menschenrechtsgruppe, Ende März 1977)		142
Brief der Naumburger an Erich Honecker zur Menschenrechts- situation in der DDR (Anfang April 1977)		145
Vermerk über ein Gespräch mit Vertretern des Rates des Bezirkes Halle im Dienstzimmer des Bischofs in Magdeburg am 14. Juli 1977 (Oberkonsistorialrat Dr. Harald Schultze)		147
Information über die Aussprache mit dem Bischof Dr. Krusche von der ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (Genosse Theo Pöhner, 15. Juli 1977)		149
Brief von Bischof Dr. Krusche an Wolfram Nierth vom 21. September 1977		152

Brief von Bischof Braun an Dieter Tautz vom 3. Oktober 1977	155
Diskussionsbeitrag von Frau Dr. Blumenthal / Bundessynode Herrnhut am 22. 10. 1977	156
Brief von Propst Christoph Hinz an Brigitte Herrmann vom 27. Oktober 1977	157
Vorschlag des AKH zur Durchsetzung der Menschenrechte in der DDR, 24. 11. 77	159
Bericht über das Gespräch des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorsitzenden des Staatsrates am 6. März 1978 (Auszüge)	161
ADN zum Staat-Kirche-Gespräch am 6. März 1977	172
Konzeption „Orte der Zivilcourage“	174
Pressemitteilung und Einladung zur Tagung „25 Jahre Querfurter Papier“	176
Presseecho	178
Literaturverzeichnis	186
Personenverzeichnis	187

Hinweis: Die *kursiv* dargestellten Textstellen sind Abschriften. Sie wurden in alter Rechtschreibung belassen. Sofern sie aus Unterlagen des MfS und anderer DDR-Behörden stammen, wurden orthografische und grammatische Fehler nicht korrigiert.



Enthüllung der Gedenktafel (v. l. n. r. Dieter Tautz, Lothar Tautz und Dechant Gerhard Oppelt, beide Fotos: Karsten Wiedener)



Podiumsdiskussion (v. l. n. r. Hans Koschnik, Bernd Lüdckemeier und Edda Ahrberg)

Am 29. April 1977 unterzeichneten in Querfurt Mitglieder einer „ökumenischen Predigt-Arbeitsgemeinschaft“ ein Dokument, das mit der Aufforderung zu „Friede und Gerechtigkeit heute“ in der Folge vielen Menschen Orientierung gab und Mut zum Handeln machte. Das geschah in einer Zeit, wo innerhalb des sozialistischen Lagers die Fronten wieder verhärtet, Aufbrüche wirtschaftlicher und auch kultureller Art am Beginn der Ära Honecker bereits wieder Vergangenheit waren: Nach der Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz, der Biermann-Ausbürgerung und der Westemigration zahlreicher Schriftsteller und „Kulturschaffender“ war eine große Lähmung in der DDR-Gesellschaft zu spüren. Die einzige Bewegung war die Ausreisebewegung.

In dieser Situation ist es gar nicht hoch genug zu bewerten, dass sich in der „finstersten“ Provinz, nämlich im abgelegenen Querfurt, eine Gruppe von Männern und Frauen aus ihrem kirchlichen Engagement heraus zusammenfanden, um darüber nachzudenken, wie man Zukunft auch innerhalb der sozialistischen Gesellschaft, gegen die Übermacht der SED-Diktatur, gestalten kann. Die Motivation für solche Überlegungen erwuchs ganz eindeutig aus dem christlichen Glauben dieser Menschen, der noch Hoffnung bereithält, wo nach menschlichem Ermessen keine Zukunft mehr möglich scheint. Ihnen gelang es, diesen Glauben in weltlichen Worten so auszudrücken, dass er auch für Menschen verständlich wurde, die der Kirche längst fern standen und jahrelang von der sozialistischen Ideologie indoktriniert waren. Die argumentative Basis für das bald so genannte Querfurter Papier war der Korb III der KSZE-Schlussakte. Die Veröffentlichung der Charta 77 hatte die Querfurter Predigt-Arbeitsgemeinschaft angeregt, ihre Gedanken zum Thema Frieden und Gerechtigkeit schriftlich und bezogen auf die DDR zu formulieren. Die Menschenrechtsgruppe der Naumburger Studentengemeinde arbeitete zeitgleich an einem „Manifest“, dessen Inhalt durch die existentielle Erfahrung von Verfolgung und Unterdrückung durch den DDR-Machtapparat geprägt war. Aufgrund gegenseitiger Kontakte kam es zur Zusammenarbeit und gemeinsamen Publikation und Verbreitung des Querfurter Papiers.

Die Kirchenleitungen wurden mit der Samisdat-Veröffentlichung in die Pflicht genommen, in ihrer Haltung den regierungsamtlichen Stellen gegenüber keinen Opportunismus zuzulassen und Staat und Staatssicherheit gerieten in hektischen Aktionismus ob solcher vermeintlich staatsfeindlichen Äußerungen. In Anbetracht der Auswirkungen des „Querfurter Papiers“ darf sein Erscheinen durchaus mit dem Neubeginn der Menschenrechtsbewegung in der DDR verbunden werden.

Die Initiatoren dieses politischen Manifestes kamen aus der evangelischen und katholischen Kirche, waren Theologiestudenten und -studentinnen sowie kirchliche Amtsträger im Querfurt-Naumburger Raum. Einer der Protagonisten, der katholische Pfarrer Dieter Tautz, schreibt dazu im Rückblick: *Da in der DDR die Geistlichen beider Konfessionen – gemessen an den Einschränkungen der übrigen Bevölkerung – ein Höchstmaß an „Narrenfreiheit“ genossen, schien uns auch eine besondere Verantwortung für gesellschaftspolitische Veränderungen auferlegt zu sein.*

So einfach konnte man das sehen – sofern man die nötige Zivilcourage aufbrachte. Das „Schild und Schwert“ der Partei jedenfalls verzichtete auf Verhaftungen, trotz DDR-weiter Verbreitung dieser ostdeutschen Variante der Charta 77 auf konspirativem Wege und „illegaler“ Unterschriftensammlungen zwecks Solidarisierung mit seinen Thesen. Und seine Kerngedanken schlugen sich endlich nieder in dem „Abkommen zwischen Staat und Kirche“ vom 6. März 1978, wo der modus vivendi dieser ungleichen Vertragspartner grundlegend neu geregelt wurde, um so bis zum Ende des real existierenden Sozialismus fortzugelten. Die Forderungen der Querfurter findet man bei genauem Lesen bis in die Wortwahl hinein noch in den Basistexten der Oppositionsgruppen der 80er Jahre.

Diese Publikation will erstmals den Weg des Querfurter Papiers und seiner Wirkungsgeschichte nachgehen und seine heutige Bedeutung formulieren. Die Grundlage dafür bilden die Ergebnisse einer gemeinsamen Tagung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt und der dortigen Landeszentrale für politische Bildung, die unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages stand. Nach 25 Jahren trafen sich am Ort des Geschehens Zeitzeugen mit Historikern und Menschen, die heute wie damals „in der Wahrheit (zu) leben“ versuchen, wie es der Mitverfasser der Charta 77, Václav Havel, formuliert hat. Im Folgenden sind Vorträge der Tagung abgedruckt, ergänzt durch einen Beitrag von Wolfgang Thierse, Zeitzeugenberichte und bisher unveröffentlichte Dokumente.

Edda Ahrberg, Landesbeauftragte

Lothar Tautz, Herausgeber

Magdeburg im September 2002

Querfurter Papier

An die Mitarbeiterschaft der evangelischen und katholischen Kirche

Friede und Gerechtigkeit heute

2 Kor 5,20: „So bitten wir an Christi Statt: Lasset euch versöhnen mit Gott!“

Versöhnung ist Sinn und Ziel des Kommens Christi in die Welt. Versöhnung verändert Menschen und Verhältnisse. Unser Auftrag ist es, die Versöhnungsbotschaft Christi in die Fragen und Probleme unserer Gesellschaft zu übersetzen. Er nötigt uns aber auch, unser tägliches Verhalten in den hiesigen Lebensverhältnissen ständig zu überprüfen. Das ist dringend geboten, weil Teile der Kirchen um der Erhaltung ihrer Position in der Gesellschaft willen in der Gefahr stehen, sich den Erwartungen der Umwelt in falscher Weise anzupassen. Wenn wir „Kirche für andere“ sein wollen, erstreckt sich unser Auftrag auf alle, die in diesem Lande leben. Was Kirchenleitungen bisher in Handreichungen und Hirtenworten dazu gesagt haben, besaß oft zu wenig Breitenwirkung. Wohl haben es Gemeinden und Öffentlichkeit gehört, aber in die Praxis wurde es kaum umgesetzt.

Viele kirchliche Mitarbeiter erkennen immer deutlicher die Gefahr der wachsenden Fremdbestimmung und des konsequenten Schweigens. Wir bitten sie, mit uns zu überlegen: *W o r a u f k o m m t e s j e t z t a n ?*

1. *Friede ohne Versöhnung ist kein echter und bleibender Friede.*

Er stellt nur die Fortsetzung des Kampfes mit anderen Mitteln dar. Wir können dem Prinzip des Klassenkampfes nicht zustimmen, weil es die Versöhnung mit dem Gegner von vornherein ausschließt. Um des Menschen willen können Konflikte nicht mehr mit Gewalt gelöst werden. Gegenseitiges Übereinkommen muß an ihre Stelle treten. Dafür genügt es nicht, friedliche Koexistenz als bloßen Nicht-Krieg zu verstehen. Statt Einübung in den Haß brauchen wir Training in Toleranz, statt Abgrenzung Brücken der Verständigung, statt geistiger und materieller Aufrüstung Bereitschaft, füreinander Opfer zu bringen.

Echtem Frieden dient es nicht,

-
- a) – wenn unter dem Stichwort der Verteidigungsbereitschaft eine umfassende Militarisierung des Denkens und Lebens aufkommt.
 - b) – wenn in Andersdenkenden ein Feind gesehen wird, den es unter Umständen zu vernichten gilt.
 - c) – wenn immer mehr Berufs- und Bildungswege nur noch über eine „freiwillige“ Meldung zur Armee für 3 Jahre zu erlangen sind.
 - d) – wenn eine umfassende Umerziehung zum Freund – Feind – Denken erreicht werden soll.

Wir sehen dadurch den Menschen in seinem Menschsein gefährdet. Friede, der die Versöhnung zur Voraussetzung hat, respektiert jeden Menschen in seiner Lebensgestalt, die er vor sich selbst und vor Gott zu verantworten hat.

2. *Der Mensch ist wichtiger als ein ideologisches System.*

Der gesellschaftlichen Vielfalt steht die Einheitsgesellschaft als erklärtes Ziel entgegen. Hieraus ergibt sich eine bleibende Spannung, die jedoch zugunsten der Würde und des Eigenwertes des einzelnen gelockert werden muß. Nur wo die Pluralität beachtet wird, werden Menschen gern Bürger Ihres Staates sein. Gesundes menschliches Zusammenleben ist nur dort möglich, wo die Freiheit des einzelnen in einem ausgewogenen Verhältnis zur Bindung an das soziale Ganze steht. Unter den Sach- und Gemeinschaftszwängen darf nicht die Würde und Freiheit des einzelnen verloren gehen. Der vor Gott freie Mensch soll auch vor den Menschen frei sein. Daraus ergeben sich folgende Notwendigkeiten:

- a) Der Mensch ist von Gott zum Glauben gerufen. Wer diesem Ruf folgt, darf nicht Benachteiligungen ausgesetzt sein. Weithin indessen sind Christen, die der herrschenden Ideologie nicht zustimmen können, von der Mitverantwortung ausgeschaltet. Wird aber eine eigene Mitarbeit unmöglich gemacht, ist der Mensch einer Entfaltungschance beraubt, die zu seiner Sinnerfüllung gehört.
 - b) Der Mensch hat von Gott mit der Befreiung eine Aufgabe an dem anderen bekommen. Er darf daher nicht Beschränkungen im Umgang mit Menschen seiner Wahl unterliegen. Viele leiden unter Ein- und Ausreisebeschränkungen, die ohne Begründung verhängt werden. Nur wer die Möglichkeit zu grenzenloser Liebe und Freundschaft hat, wird sie auch innerhalb der Grenzen seines Landes gern verwirklichen. Nur wer frei ist zu gehen, wird freiwillig gern bleiben.
-

-
- c) *Der Mensch muß die ihn befreiende Geschichte Christi erzählen. Er darf nicht aus Furcht vor Konsequenzen schweigen. Bei unangenehmen Folgen braucht er aber auch die besondere Unterstützung der Gemeinde. Kinder und im Glauben noch nicht Gefestigte vermögen diesen Glaubensmut weithin nicht aufzubringen. Ein Übermaß an einseitiger Dauerbeeinflussung schafft Scheu, sich zu äußern und seine Überzeugung zu bekennen. Aus der Befreiung Gottes leitet sich daher für uns das Recht auf die Freiheit zum Wort ab. Will Kirche ihrem Auftrag treu sein, wird sie hier Möglichkeiten zur freien Meinungsäußerung für jedermann einzufordern haben. Die Gesellschaft nimmt Schaden, wo statt dessen Gleichgültigkeit und Apathie um sich greift.*
- d) *Der Mensch muß das Wort Gottes hören können. Auch in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Gefängnissen und Internaten müssen Möglichkeiten zur Kenntnisnahme offenstehen. Ein Klima der Diffamierung wirkt dem aber entgegen. Darüber hinaus wehren wir uns gegen Einengung der christlichen Literatur (insbesondere der theologischen Fachliteratur) und gegen das Verbot von ihrem Austausch über Grenzen hinweg.*
- Im Blick auf die anderen leitet sich für uns auch das allseitige Informationsrecht für jedermann ab. Wo nur Massenmedien und Druckerzeugnisse einer Richtung zugelassen sind, kann es zu keiner eigenverantwortlichen Meinungsbildung und Gewissensentscheidung kommen. Die Folgen können Fanatismus und Opportunismus sein. In jedem Fall aber Mangel an Verstehen der anderen und Unversöhnlichkeit, die Sicherheit, Zusammenarbeit und Frieden verhindern.*
- e) *Der Mensch muß Anspruch auf die Möglichkeit zur Kritik am Bestehenden haben. Wer kritisiert, hat Hoffnung für den anderen. Nur wo offene Kritik keine Repressalien befürchten muß, wird gesellschaftliches Engagement sinnvoll.*

Das sind keine schrankenlosen Rechte. Sie sind eingebaut in die Verantwortung für den anderen, dessen Freiheit und Würde nur von der Liebe, die aus der Versöhnung kommt, gewahrt wird.

Wir sind dankbar, daß diese aus dem Einsatz Gottes für den Menschen kommenden Rechte auch so deutlich in der Schlußakte von Helsinki verankert worden sind. Nur wo sie an erster Stelle rangieren, wird eine geistige und gesellschaftliche Ordnung als Hilfe und nicht als Zwang empfunden.

3. *Die Menschheit hat nur Zukunft in universaler Zusammenarbeit.*

Die Erde hat nur begrenzte Lebensquellen. Der Mensch wird nur dann überleben können, wenn er mit Menschen jeder Richtung auszukommen bereit ist. Die Aufgaben des zukünftigen Überlebens verlangen, daß wir willens sind, schon morgen mit dem Gegner von heute zusammenzuleben (Martin Luther King). Frieden und Gerechtigkeit geben die Grundbedingungen für das Leben von morgen ab. Wir halten es darum für gefährlich,

- a) *– wenn einer dem anderen sein System aufzwingen will. Jeder muß an den anderen mit denken und so die ganze Menschheit im Auge behalten.*
- b) *– wenn nur das partikulare Eigeninteresse hochgehalten und die Kleinheit des eigenen Lebensraumes übersehen wird. Wer den eigenen Anspruch und die begrenzte Möglichkeit überschätzt, ist sich nicht der gegenseitigen Abhängigkeit und der Chance einer echten Zusammenarbeit zum Wohl aller bewußt.*
- c) *– wenn wir als ein reiches Land nicht stärker die Verantwortung für die Not der dritten Welt erfassen. Rüstungsbeschränkung und politisch uneigennütziges Opfer materieller Art können allein der sich steigernden Not wehren. Wir brauchen Einübung in unumgängliche Verzicht.*
- d) *– wenn das kleine Maß an praktischer Verantwortung für die Not der Welt noch behindert wird. Die Aktion „Brot für die Welt“ und „Not in der Welt“ sind kleine Einübungsversuche. Alle Spenden sollten endlich uneingeschränkt in den Bestimmungsgebieten wirksam werden.*

Wir sehen keine Alternative für die aufgezeigten Schritte zu mehr Gerechtigkeit und Frieden nach innen und außen. Um diese zu fördern, gilt es, bequemen Konformismus aufzugeben und entschlossener Zeugnis von dem angebotenen Frieden Christi in unserer Umgebung abzulegen.

Wer andere dazu ermutigen möchte, gebe dieses durch seine Unterschrift zu erkennen.

Querfurt, den 29. 4. 1977

Frieden und Gerechtigkeit heute und morgen

Grußwort von Propst Martin Herche

Frieden und Gerechtigkeit sind heute – und morgen – Thema hier in Querfurt, einem wichtigen Ort der Zivilcourage im Jahre 1977. Unsere Welt hat sich verändert seit jenem 29. April vor 25 Jahren, als das Querfurter Papier verabschiedet wurde. Aber Frieden und Gerechtigkeit brauchen auch heute unser Wort und unsere Tat.

Ich überbringe Ihnen zu Ihrer Tagung die Grüße unserer Kirchenleitung, und besonders auch von Bischof Axel Noack.

Er kann leider Ihrer Einladung nicht folgen.

Unsere Zukunftsfähigkeit wächst, wenn wir uns der Vergangenheit stellen. Deshalb begrüße ich sehr die Initiative der Vorbereitungsgruppe dieser Tagung, an das Querfurter Papier zu erinnern, seine Wirkungsgeschichte zu beleuchten, und nach seiner bleibenden Bedeutung zu fragen.

In Vorträgen und Gesprächen gehen Sie den verschiedenen Aspekten nach. Für mich ist faszinierend, dass dieses Papier in einer ökumenischen Predigt-Arbeitsgemeinschaft entstanden ist.

Selbstverständlich war das ganz gewiss nicht, aber wohl folgerichtig in einer Gruppe von Theologen und Seelsorgern, die das Wort des Friedens und der Gerechtigkeit in ihre damalige Situation hineinsprechen wollten.

Predigen ist ureigenste kirchliche Angelegenheit.

Es verlangt nach einem sehr genauen Wahrnehmen biblischer Texte in ihrem zeitgeschichtlichen, religiös-kulturellen, aber auch gesellschaftlich-politischen Kontext.

Genauso erfordert Predigt-Arbeit eine Analyse der konkreten Situation und der Lebensbezüge, in die hinein die biblische Botschaft zu künden ist.

Kann dieses Mühen in einer Gemeinschaft des Fragens und Hörens geschehen, so entspricht das ganz dem Wesen unseres Auftrages als Prediger des Evangeliums. Er kann nicht anders wahrgenommen werden, als in der Gemeinschaft des Dienstes.

Die Erinnerung an das Querfurter Papier ist für uns Pfarrer also auch Erinnerung an die Notwendigkeit gemeinsamer theologischer Arbeit, die sich in ihrem Mühen einlässt auf die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit. Dass diese Notwendigkeit nicht an Konfessionsgrenzen halt macht, erinnert die Arbeit der damaligen ökumenischen Predigtgemeinschaft nachdrücklich.

Predigt ist immer öffentliche Angelegenheit. Ob und wie sie ihren Weg aus den Kirchen heraus findet, steht freilich immer wieder als Frage. Jedenfalls ist alles Predigen diesem Anspruch auszusetzen. Und wir Prediger haben uns diesem Anspruch zu stellen.

Das Querfurter Papier scheint mir auf seine Weise Konsequenz öffentlicher Predigt gewesen zu sein: als Zeitansage, als Herausforderung, sich kritisch der erfahrenen Wirklichkeit zu stellen, als Mutmachung, sich nicht abzufinden mit faulem Frieden und Defiziten an Gerechtigkeit in einem Land, das mit vielen Worten sich selbst und anderen einredete, gerade dafür zu stehen.

Und heute?

Es gibt keinen Grund, in theologisch-homiletischer Arbeit nachzulassen. Pastorale Fragen drängen auch heute nach Klärung, und wir Pfarrer brauchen einander nicht weniger als vor 25 Jahren.

In vielerlei Hinsicht wäre das zu konkretisieren, aber ich will mich beschränken und nur an den unsäglichen Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern erinnern.

Unfriede und Ungerechtigkeit im Heiligen Land müssen auch uns schwer auf dem Herzen liegen.

Unsere Geschichte verbindet uns in nicht zu vergessender Weise mit dem Volk der Juden, und in der politischen Tradition der DDR waren uns palästinensische Flüchtlinge schon lange nahe.

Haben wir uns zu dem, was dort geschieht zu äußern? Und wenn ja, gelingt es uns so, unmissverständlich und eindeutig dem Frieden und der Gerechtigkeit für die Menschen beider Völker das Wort zu reden?

In dieser, wie auch in den anderen bedrängenden Fragen unserer Zeit, möge uns und vielen heute das Mühen der damaligen Querfurter Gruppe Ermutigung sein, gemeinsam im Licht der biblischen Botschaft zu klaren Einsichten und klärenden Aussagen zu finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich wünsche Ihrer Tagung weiter einen guten Verlauf und uns allen immer wieder Zivilcourage, die, wo nötig, das Wort und den Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit nicht scheut.

Die Wende ist nicht vom Himmel gefallen

Grußwort von Propst Dr. Gerhard Nachtwei

Ich bin gebeten worden, ein Grußwort der katholischen Kirche zu sagen. Ich tue dies gern, auch im Namen unseres Bischofs Leo Nowak, der nach der Wende Bischof geworden ist, was auch für unser Bistum kirchlich eine Wende bedeutet hat.

Ich habe mich länger gefragt, ob ich der richtige Mann für dieses Grußwort bin. Denn vom Querfurter Papier habe ich erst vor Kurzem gehört.

Aber ich äußere mich deshalb, weil mir eine Aussage wichtig ist. Früher ist viel mehr, jetzt wird weniger über die Wende geredet, geschrieben und reflektiert. Mancher hat sich das Verdienst, die Wende direkt herbeigeführt zu haben, an die Brust geheftet, sogar Egon Krenz. Andere meinen, die Wende wäre wie ein Naturereignis über uns hereingebrochen. Aber die Wende ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist, um ein anderes Bild zu verwenden, aus viele kleinen Rinnsalen gewachsen zu immer größeren Flüssen, bis zu einem gewaltigen Strom, den dann niemand mehr stoppen konnte.

Eines dieser schon kräftigeren Rinnsale scheint mir das Querfurter Papier zu sein, auf dessen Geschichte ich schon neugierig bin. Damals hätte es mir gut getan, es zu kennen. Ich erinnere mich besonders an meine Zeit in Zeitz, auch an Oskar Brüsewitz, mit dem mich eine Freundschaft über seinen Tod hinaus verbindet. Bekanntermaßen hat er sich 1976 in Zeitz selbst verbrannt, um damit ein Signal zu setzen gegen die politische Unterdrückung der Jugend, wie den von ihm mitgeführten Plakaten zu entnehmen war. Aber es sollte wohl auch ein Zeichen sein gegenüber einer Kirche, die zu leisetreterisch und zu angepasst gegenüber der staatlichen Allmacht agierte. Darin waren wir uns einig.

Und es sei erlaubt aus einem internen Papier der Bezirksleitung der SED in Halle vom 27. 7. 73 zu zitieren. Von diesem Papier erhielt ich freilich erst nach der Wende Kenntnis. *Die Einschätzung kirchlicher Aktivitäten im Kreis Zeitz verdeutlicht eine bei nicht wenigen Pfarrer anzutreffende allgemeine Erscheinung, in ihrem Tätigwerden den legitimen Raum kirchlicher Tätigkeit zu verlassen und sich Themen und Formen kirchlicher Arbeit besonders mit der Jugend, verstärkt zuzuwenden, die weit über den religiösen Rahmen hinausgehen. Es werden Tendenzen sichtbar, daß zunehmend ökumenische Veranstaltungen durch evangelische und katholische Pfarrer mit*

überwiegend verstärkt politisch-ideologischem Inhalt, vor allem mit Jugendlichen durchgeführt werden. ... Von einigen Pfarrer (Ahrend, Briesewitz, Schelenz, Nachtwei u. a. [Nicht einmal die Namen sind richtig geschrieben – d. Verf.]) wird die Meinung vertreten, die Kirche müsse zu allen Fragen des Lebens und der Jugend Stellung nehmen und ihre Bedürfnisse, Wünsche und Interessen erfüllen helfen, vor allem jener, die sich nicht zurechtfinden, schwanken. Massive Angriffe von einigen Pfarrern gibt es gegen die sozialistische Bildungs, Wehr- und Kulturpolitik. Wiederholt wird den staatlichen Organen unterstellt, Kinder christlicher Eltern werden bei der Aufnahme in die EOS benachteiligt. Sie vertreten die Auffassung, Glaubens- und Gewissensfreiheit bedeute zugleich freie Entscheidung darüber, ob der Wehrdienst befolgt oder verweigert wird.

Interessant war für mich, im Bericht über ein Jugendwochenende zum Thema „Ich möchte gerne frei sein“ zu lesen, was ich schon vergessen hatte: *Nach Beseitigung einer aufgetretenen Tonstörung während dieser Veranstaltung im Garten der Nikolaikirche sprach Nachtwei über das Mikrofon: „Das war Radio DDR mit seinen drei Störsendern“. Im Verlauf der Veranstaltung forderte Nachtwei öffentlich, daß die Personen, die hierher geschickt wurden und nicht hierher gehören, umgehend die Örtlichkeiten verlassen sollten.*

Also: Die Wende ist nicht vom Himmel gefallen. Vielen engagierten und mutigen Menschen, gerade auch aus den Kirchen, ist sie zu verdanken. Und sie und ich hätten das Querfurter Papier gerne damals kennen gelernt.

Wenn wir uns heute nach 25 Jahren daran erinnern, kommt mir in den Sinn, ähnlich zu fragen, wie der Philosoph Joseph Pieper in einem Vortrag kurz nach dem Zusammenbruch des Naziregimes: „Ich frage Sie nicht, was Sie jetzt sagen, sondern, was Sie sagen würden, wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte.“ Auf uns übertragen: „Ich frage Sie nicht, was Sie heute sagen. Ich frage Sie, was Sie sagen würden, wenn die Wende nicht gekommen wäre und das DDR-Regime noch unverändert weiterbestünde.“ Bevor wir über die DDR und die Wende zu reden beginnen, sollten wir uns dieser Frage ehrlich stellen.

Das Querfurter Papier im kirchenpolitischen Umfeld

Harald Schultze

Aus der Befreiung Gottes leitet sich daher für uns das Recht auf die Freiheit zum Wort ab. Will Kirche ihrem Auftrag treu sein, wird sie hier Möglichkeiten zur freien Meinungsäußerung für jedermann einzufordern haben. Die Gesellschaft nimmt Schaden, wo statt dessen Gleichgültigkeit und Apathie um sich greift. Mit einem so energischen Impuls haben sich die Mitglieder der **Ökumenischen Predigt-Arbeitsgemeinschaft Querfurt** im April 1977 an ihre Kirchenleitungen und an einen großen Kreis kirchlicher Mitarbeiter gewendet. Es ging um das biblisch begründete Zeugnis für den Frieden, für die Wahrung der Menschenrechte, für die Gewährleistung von Toleranz und um die Ermöglichung von Pluralität in der DDR-Gesellschaft. *Was Kirchenleitungen bisher in Handreichungen und Hirtenworten dazu gesagt haben, besaß oft zu wenig Breitenwirkung. Wohl haben es Gemeinden und Öffentlichkeit gehört, aber in die Praxis wurde es kaum umgesetzt,* hieß es in dem sog. **Querfurter Papier**. Den Initiatoren dieses Aufrufs ging es also darum, endlich in der DDR einen Freiraum herzustellen, der es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen würde, die eigene Meinung ungehindert zu sagen und nicht mit Benachteiligungen im Bildungs- und Berufsweg rechnen zu müssen, wenn sich jemand offen als kritisch mitdenkender Christ bekannte. Es bestand die – freilich vage – Hoffnung, dass sich die Leitungen der katholischen wie der evangelischen Kirche nicht nur dieses Anliegens annehmen, sondern sich auch dem vorliegenden Memorandum unmittelbar anschließen würden.

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (mit ihrem Bischof Werner Krusche in Magdeburg) hat das Vorgehen des Querfurter Arbeitskreises dem Staat gegenüber ausdrücklich gedeckt, hat sich mit den Intentionen dieses Aufrufs solidarisiert, hat das Papier aber nicht selbst unterzeichnet und verbreitet. Das ist ein komplexer Vorgang, der der Analyse bedarf.

Wer die Reaktionen und Entscheidungen jenes Sommers 1977 verstehen will, muss sich die kirchenpolitische Situation des damals gerade zurückliegenden Jahres vergegenwärtigen.

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte der **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa** (KSZE) 1975 in Helsinki waren in der DDR große Hoffnungen erweckt worden, weil in dem sog. Korb III auch individuelle Freizügigkeitsrechte ausdrücklich anerkannt worden waren. An eine echte Umsetzung war aber nicht zu denken. Die Diskrepanz zwischen Selbstdarstellung der SED-Führung und Alltagswirklichkeit des DDR-Sozialismus

machte den Protest dringlicher. Die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz am 18. August 1976 war das flammende Signal dieser Situation. Obwohl der authentische Text der Plakate, die Brüsewitz bei seiner Tat aufgestellt hatte, von der SED-Führung geheim gehalten wurde, war der bildungspolitische Protest doch in die Medien gekommen. Das Ansinnen des Parteiapparates, Brüsewitz zum Psychopathen zu erklären (um über den Inhalt seines Protestes hinweggehen zu können!), hatte die Magdeburger Kirchenleitung zurückgewiesen. Dass dann im SED-Zentralorgan **Neues Deutschland** am 31. 8. 1976 ein hässlicher Kommentar gedruckt wurde, der Brüsewitz diffamierte, führte zu einer Eskalation der Ereignisse.¹

Nicht nur die evangelischen Kirchen in der DDR solidarisierten sich einmütig in der besonnenen, aber zugleich dringlichen Weiterführung des Brüsewitz-Protests, sondern auch kritische Genossen in der SED wandten sich mit einer Beschwerde an das Zentralkomitee. Eine höchst folgenreiche Zuspitzung erreichte der Konflikt dadurch, dass am 11. September 1976 **Wolf Biermann** sein durch 11 Jahre wirksames Auftrittsverbot durchbrach mit einem Konzert in der Nikolaikirche Prenzlau. Der SPIEGEL druckte Biermanns Bericht über dies Konzert ab. Da war zwar nicht für die DDR-Bevölkerung, aber doch für die westdeutsche Öffentlichkeit und für die Fachleute im ZK zu lesen: *Ich sprach und sang über das ABHAUN. Es wurde ein Traktat gegen das Abhaun, eine Predigt gegen die Republikflucht. Was soll aus der DDR werden, wenn immer diejenigen davonlaufen, die endlich in Widerspruch zu den Verhältnissen geraten sind?* Biermann ging ins Grundsätzliche: *Wenn die Kirche überhaupt, und zum Nutzen der DDR, eine Chance hat, dann, meiner Meinung nach, nur als eine ROTE KIRCHE, eine Kirche, die sich auf die kommunistischen Dimensionen des Evangeliums besinnt und so eine christlich-kommunistische Kritik an unseren Verhältnissen übt. ...*²

Am gleichen 11. September hatte sich die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR wegen der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz mit einem „Brief an die Gemeinden“ gewandt. Das Politbüro der SED konstatierte daraufhin: *Mit der Annahme des Briefes haben sich die negativen Kräfte in der Konferenz durchgesetzt. ... Es handelt sich hierbei, wie gesagt, um einen der größten konterrevolutionären Akte gegen die DDR.*³ Für die DDR-Führung war die Gefahr sichtbar geworden, dass es zu einem Bündnis zwischen DDR-Kritikern aus Kirche und Partei kommen könne.

1 Dokumente zu diesen Vorgängen in: Das Signal von Zeitz. Reaktionen auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz. Hrsg. v. Harald Schultze u. a. 2. Aufl. Leipzig 1993. Dort u. a. der Kommentar des **Neuen Deutschland** vom 31. 8. 1976: S. 216–218.; Antwort der Magdeburger Kirchenleitung: S. 222–224.

2 Ebd. S. 264–267.

3 Ebd. S. 262 f.

Die Kirchen ließen sich davon nicht beeindrucken; die Bundessynode forderte am 28. 9. 76 nachdrücklich, dass mit den „Verantwortlichen im Bildungssektor“ zu sprechen sei: *Die Spannungen zwischen der Zusicherung von Glaubens- und Gewissensfreiheit einerseits und dem Erziehungsziel der kommunistischen Persönlichkeit im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem andererseits, bedarf einer grundsätzlichen Klärung, die für die Kinder und Jugendlichen unserer Gemeinden wirksam werden muß.*⁴ Die Staatsführung dagegen antwortete mit repressiven Maßnahmen: Wolf Biermann wurde, nach seinem sensationellen Konzert in Köln, im November 1976 die Rückkehr in die Republik verweigert. Als sich namhafte Künstler der DDR gegen diese Ausbürgerung wandten, wurde ihr Protest mit allen Mitteln des Gewissensdrucks schließlich zum Schweigen gebracht. Stefan Heym hat später diesen „Winter unseres Missvergnügens“ geschildert.⁵ Der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen wurde das Gespräch über Bildungsfragen verweigert. Dem evangelischen Bischof in Magdeburg Werner Krusche wurde im Dezember in drohender Form erklärt, dass die DDR nicht daran denke, mit Vertretern der Kirche über „Spannungen in der Gesellschaft“ zu reden. „Ich habe Sie gewarnt“, sagte Fritz Steinbach, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes. „Wir sagen das so deutlich, damit Sie begreifen, daß Sie sich in einen Gegensatz zu den sozialistischen Bürgern bringen. ...“⁶

Dass die DDR-Führung nicht davor zurückschreckte, Systemkritiker, aber auch Wehrdienstverweigerer zu verhaften, bildete den Hintergrund solcher Drohungen. Die Überbringer der Beschwerde gegen den berüchtigten Brüsewitz-Artikel des **Neuen Deutschland** saßen in Untersuchungshaft. Der Schriftsteller Jürgen Fuchs wurde im Dezember 1976 ins Gefängnis gebracht. Am 6. 12. 1976 informierte das Konsistorium Magdeburg darüber, dass der Diakon Gerhard Schulz in Suhl-Albrechts wegen der Verweigerung des Wehrdienstes zu 22 Monaten Haft verurteilt worden war. Das gleiche Urteil hatte ein Glied der sächsischen Landeskirche, den Schmied Gottfried Guder, betroffen. Am 23. 8. 1977 wurde Rudolf Bahro wegen seines Buches „Die Alternative“ inhaftiert.

Wie wenig die DDR gewillt war, eine intellektuell durchreflektierte Kritik selbst der Alltagswirklichkeit zuzulassen, zeigte das Vorgehen gegen den Lyriker Rainer Kunze. Wegen seines – nur im Westen gedruckten – Buches „Die wunderbaren Jahre“ wurde er in zermürender Weise überwacht und an

4 Ebd. S. 287.

5 Stefan Heym: Der Winter unsers Missvergnügens. Aus den Aufzeichnungen des OV Diver-sant, btb Taschenbuch 3. Aufl., München 1996.

6 Das Signal von Zeitz, a. a. O., S. 343

Lesungen gehindert. Über seinen letzten Auftritt auf einer Rüstzeit der Evangelischen Studentengemeinde Merseburg, die unter Leitung Friedrich Schorlemmers Anfang April 1977 in Roßbach bei Naumburg stattfand, gibt es einen detaillierten MfS-Bericht. Reiner Kunze hat unter solchen Bedingungen nicht weiter arbeiten können und daher in die Ausreise aus der DDR (die am 14. 4. 1977 erfolgte) eingewilligt.⁷

In der ČSSR war mit der **Charta 77** eine Gruppe mutiger Systemkritiker an die Öffentlichkeit getreten. Der Ökumenische Predigt-Arbeitskreis Querfurt kannte diese Initiative und suchte nun – für die Situation in der DDR – einen entsprechenden, gangbaren Weg der wirksamen Stellungnahme zu finden. Initiator war Pfarrer **Dr. Wolfram Nierth**⁸. Er übersandte das Querfurter Papier dem Vorsitzenden der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, **Bischof Werner Krusche** in Magdeburg.

Die staatliche Seite reagierte in hohem Maße nervös. Dem MfS oblag es, zu recherchieren, wer die Autoren des Papiers waren, welche Zielsetzungen bestehen und in welchem Umkreis es verbreitet wurde. Beachtlich ist, dass zunächst keine Kopie des Papiers in die Hände des Staatsapparates gekommen war. Der Bezirk Halle informierte den Staatssekretär für Kirchenfragen. Staatssekretär Seigewasser bat Bischof Krusche für den 13. Juli 1977 zum Gespräch nach Berlin. Am 14. Juli reiste der stellvertretende Vorsitzende des Rates des Bezirkes Halle, Theo Pöhner, nach Magdeburg, um mit dem Bischof zu sprechen. Über dieses Gespräch, an dem auch der Leiter des Sektors Kirchenfragen in Halle Biertümpel und ich selbst in Begleitung des Bischofs teilnahmen, liegen Vermerke von beiden Seiten vor. Es war ungewöhnlich, dass Theo Pöhner persönlich nach Magdeburg kam. Man hatte offenbar auf der staatlichen Seite gelernt, dass man den Bischof nicht nötigen, ihm nichts befehlen konnte – sondern dass man bitten musste. Pöhner argumentierte daher in dem Sinne, dass es doch für die Kirchenleitung gefährlich sei, wenn ihr solche Scharfmacher in den Rücken fielen. Zudem könne ein derartiges Memorandum schnell zum Thema der Westpresse werden. Das sollte der Bischof verhindern, indem er den Unterzeichnern die Verbreitung verbiete.

Bischof Krusche antwortete mit einer differenzierten Stellungnahme:

- (1) Er könne in der Tatsache dieses Papiers keinen Protest gegen die Haltung der Kirchenleitung sehen. Vielmehr gehe er davon aus, dass

7 Reiner Kunze: Deckname „Lyrik“. Eine Dokumentation. Fischer Taschenbuch 1990.

8 Wolfram Nierth: geb. 2. 12. 1932 in Liegnitz, ordiniert 1958. 1977 als Pfarrer in Schraplau bei Querfurt tätig; seit 1979 Sup. in Weißenfels. – Übersiedlung in die BRD 1986 nach Freigabe durch die Magdeburger Kirchenleitung. Dann als Pfarrer tätig in Hofheim-Lorsbach (Taunus, Hessen-Nassau). Seit 1994 i. R.; gest. 2. 6. 1996.

die Unterzeichner die Kirchenleitung unterstützen wollten. Staatssekretär Seigewasser habe einmal skeptisch gefragt, wie viele Mitarbeiter und Gemeindeglieder eigentlich hinter dem Bischof stünden, wenn dieser immer wieder kritische Anfragen an den Staat richte. Wenn nun dies Memorandum von 60 Personen bereits unterzeichnet sei, sei dies doch ein Beleg dafür, dass die Initiatoren hinter ihm stünden.

- (2) Die sachlichen Anliegen, die in dem „Querfurter Papier“ enthalten sind, werden von der Kirchenleitung ebenfalls vertreten, auch wenn die Form anders sei.
- (3) Der Bischof räumte ein, dass eine Veröffentlichung des Papiers in der Bundesrepublik nicht gut wäre, weil dies dann propagandistisch ausgenutzt würde. Er habe deshalb die Unterzeichner ausdrücklich gebeten, die Weitergabe an die Westpresse zu unterlassen.
- (4) Er sehe keinen Grund, die Weitergabe dieses Papiers innerhalb der kirchlichen Mitarbeiterschaft zu verhindern.

Diese Stellungnahme bedarf der Interpretation. Dem Ansinnen, den Unterzeichnern ein Schweigegebot aufzuerlegen und die Weiterführung der Unterschriftenaktion zu verhindern, hat Werner Krusche deutlich widersprochen. Ist aber nicht das Einverständnis mit der Forderung, das Memorandum keinesfalls an westliche Medien zu geben, bereits ein Zeichen dafür, dass sich die Magdeburger Kirchenleitung der Pressepolitik der DDR angepasst habe? Wer die Mediensituation der Jahre 1976 / 1977 kennt, wird vorsichtiger urteilen. Gerade anlässlich des Medienechos auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz hatten die DDR-Kirchen einerseits erlebt, wie verantwortungsbewusst die seriösen Zeitungen und die Rundfunkanstalten Nachrichten aus der DDR weitergaben und kommentierten. Schon in diesem Punkt hatte man den Staatsvertretern deutlich widersprochen: Pauschalurteile über „die“ Westpresse waren unsachgemäß und wurden daher von kirchlicher Seite nicht übernommen. Andererseits hatte sich gezeigt, dass ein Teil der westlichen Presseorgane den Konflikt zwischen der Kirche und dem Staat gern nutzte, um gegen die DDR zu polemisieren. Das führte zu Konfrontationen im Stil des Kalten Krieges. Die Staatsführung fand offenbar ihr Misstrauen gerechtfertigt, dass anscheinend die DDR-Kirchen gemeinsame Sache mit den Gegnern der Republik machten. Um diese Unterstellung abzuwehren, waren sich Synoden und Kirchenleitungen in der DDR darin einig, dass sie ihre Beschwerden gegen Kaderpolitik und Bildungssystem, gegen Repressionen und atheistische Propaganda selbst vortragen wollten. Die Hilfsangebote westdeutscher Institutionen konnten kontraproduktiv wirken.

Das zeigte sich in folgendem Zusammenhang. Fast zeitgleich mit der Ausarbeitung des „Querfurter Papiers“ wandten sich am 14. April 1977 die Initiatoren des Brüsewitz-Zentrums in Bad Oeynhausen mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit, der folgende Zielsetzungen nannte:

Wir bemühen uns um

1. *die Publizierung von Verletzungen der Religionsfreiheit in der „DDR“, die Weiterleitung der Informationen an Kirche und Öffentlichkeit,*
2. *die Durchführung von Hilfsaktionen – moralischer, juristischer oder materieller Art – für Christen in der „DDR“,*
3. *den Aufbau eines Facharchivs, einer Bibliothek und die Herausgabe von Dokumentationen über Christen, Kirche und Staat im „DDR“-Sozialismus,*
4. *die Durchführung von Begegnungstagungen, Seminaren und einzelnen Bildungsveranstaltungen über Menschenrechte und Religionsfreiheit im Sozialismus,*
5. *die Betreuung von Aussiedlern und Flüchtlingen aus der „DDR“.⁹*

Die Zielsetzung des Brüsewitz-Zentrums führte zu heftigen Kontroversen. Die Magdeburger Kirchenleitung wandte sich an westdeutsche Partnerkirchen mit der Bitte, in der westdeutschen Öffentlichkeit zu erläutern, weshalb ein solches Vorgehen zur Konfrontation mit dem DDR-Staat führen müsse. Das Eintreten für die Gewährleistung von Menschenrechten in der DDR musste in einer ganz anderen Form erfolgen. Die Bitte der ostdeutschen Kirchen ist im Westen gehört worden, etliche der Erstunterzeichner des Gründungsauftrags für das Brüsewitz-Zentrum zogen ihre Unterschrift zurück.¹⁰

Das war der Hintergrund der Aussage von Bischof Werner Krusche, dass er eine Weitergabe des „Querfurter Papiers“ an westliche Medien nicht billigen könne. Die Querfurter Autoren haben diesen Wunsch verstanden und haben tatsächlich auf eine solche Weitergabe verzichtet. Ihr Papier erschien nicht in der westlichen Presse. Dies schloss jedoch keinesfalls ein, dass die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen auf den energischen, kritischen Dialog mit der DDR-Regierung verzichtet hätte. Es war ihr strategisches Ziel, die DDR dazu zu nötigen, die offiziell verkündete Bereitschaft zur Gewährleistung der individuellen Menschenrechte, von Glaubens- und Gewissensfreiheit auch im Alltag zu realisieren.

9 Helmut Müller-Enbergs u. a., *Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz aus Rippicha und die evangelische Kirche*. Münster 1999, S. 195 f.

10 Dokumentation in: *Kirchliches Jahrbuch 1976/77*, hrsg. v. Wolf-Dieter Hauschild u. a., Gütersloh 1981, S. 418-421. – Ausführliche Darstellung (aus der Sicht des Brüsewitz-Zentrums) von Wolfgang Stock bei Müller-Enbergs, *Das Fanal* (s. o.), S. 193–202.

Die Kirchen in der DDR – auch die katholische Kirche! – konnten und wollten jedoch nicht die Rolle einer Oppositionspartei übernehmen. Das wäre unrealistisch gewesen und hätte vor allem Millionen von Gemeindegliedern, die wegen ihres Berufslebens in der DDR sich auf die Rahmenbedingungen des Staates einstellen mussten, allein gelassen. Die Kirchen wollten aber umgekehrt keinesfalls zum „Transmissionsriemen“ der Partei werden – d. h. zur Stabilisierung des real-existierenden Sozialismus beitragen. Sofern sie sich der Formel der „Kirche im Sozialismus“ bedienten, bezeichnete dies pragmatisch **den Ort ihres Handelns** – nicht den Konsens mit dem Agieren des Parteiapparates.

Das Jahr 1977 ist gekennzeichnet durch eine gewisse Übergangssituation staatlicher Kirchenpolitik. Nach den harten Auseinandersetzungen wegen der Auswirkungen der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz herrschte ein eisiges Schweigen. Die Staatsführung wollte nicht durch Fortsetzung der Dialoge mit den Kirchen anerkennen, dass deren Beschwerde-Themen auf die Tagesordnung gesetzt würden. So konnten in den ersten Monaten des Jahres 1977 zwar einzelne Sachfragen geklärt werden (Standorte von Neubaukirchen, kirchliche Arbeitsrechtsverhältnisse); ein grundsätzlicheres Gespräch aber blieb aus. Als jedoch staatlicherseits befürchtet wurde, dass die Bundessynode im Mai zu schärferen Anfragen käme, wurde vom Zentralkomitee der SED bewilligt, dass Staatssekretär Seigewasser am 11. Mai ein vierstündiges Gespräch mit Mitgliedern des Vorstandes der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen führte.¹¹ In diesem Gespräch fasste Bischof Schönherr kirchliche Anliegen in folgenden Punkten zusammen:

- Es müssten Kinder und Erwachsene gleichermaßen Respekt dafür erwarten können, dass sie sich als Christen bekennen – und dürften keine Behinderungen befürchten müssen.
- Es müsse eine kritische Mitsprachemöglichkeit für Christen geben.
- Es brauche mehr Toleranz bei der Auswahl von Schülern bei der Delegation zur Erweiterten Oberschule.
- Der Besuch der Christenlehre dürfe nicht behindert werden durch zu umfangreiche schulische und außerschulische Verpflichtungen.

11 Ausführlicher Bericht der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK der SED in: Frédéric Hartweg (Hg.): SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Bd. 2: 1968–1989, bearb. v. Horst Dohle. Neukirchener Verlag 1995, S. 315–319. – Vgl. auch die kommentierende Einführung Dohles, S. 172–175.

Kurt Domsch, der Präsident des Dresdner Landeskirchenamtes, fügte die Beschwerde darüber an, dass faktisch schon für die kleinste leitende Funktion in der Gesellschaft die Zugehörigkeit zur SED zur Bedingung gemacht werde.¹²

Im Zusammenhang mit der Gründung des Brüsewitz-Zentrums hatte der Rat der EKD u. a. erklärt: *Wer die kirchlichen Vorgänge in der DDR kennt, weiß, daß Synoden, Kirchenleitungen und Bischöfe sich mit Entschiedenheit für Glaubens- und Gewissensfreiheit und für zentrale Menschenrechte einsetzen. Wir widersprechen der Unterstellung, daß Kirchenleitungen in der DDR sich von Organen des Staates und der Partei zu politisch genehmen Erklärungen nötigen lassen. Aus unserer Kenntnis der jüngst besonders angegriffenen Bischöfe Albrecht Schönherr und Werner Krusche erklären wir, daß deren Darstellung der Situation ihrer Gemeinden und Pfarrer nicht als eine Konzession an den kommunistischen Staat zu verstehen ist.*¹³

Gegenüber Staatssekretär Hans Seigewasser und ebenfalls gegenüber dem stellvertretenden Ratsvorsitzenden Theo Pöhner hatte Bischof Krusche versichert, dass zwischen den Autoren des „Querfurter Papiers“ und der Kirchenleitung im Eintreten für die Menschenrechte grundsätzlich Konsens bestehe. Krusche konnte sich dabei auf die aktive Mitwirkung des Bundes der Evangelischen Kirchen bei der ökumenischen Beschäftigung mit der Frage der Menschenrechte in der Mitte der siebziger Jahre beziehen. Bereits vor Abschluss der KSZE hatte in St. Pölten/Österreich eine Konsultation des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) zu Menschenrechtsfragen stattgefunden, an der Vertreter der DDR-Kirchen teilnahmen. Das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen (in Verbindung mit dem Ausschuss **Kirche und Gesellschaft**) stellte eine „Handreichung zur Frage der Menschenrechte“ zusammen, die von der Konferenz der Kirchenleitungen im April 1977 an die Gemeinden gegeben wurde. Weitere Materialien wurden in der Studienabteilung des Bundes erarbeitet; das Katechetische Oberseminar in Naumburg lud 1974 und 1975 Manfred Stolpe und Helmut Zeddies zu Gastvorlesungen über Grundsatzfragen der Menschenrechtskodifizierung ein.¹⁴

12 Ebd. S. 316 f.

13 Kirchl. Jahrbuch a. a. O., S. 421.

14 Menschenrechte in christlicher Verantwortung. Hrsg. im Auftrag des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR von Christa Lewek, Manfred Stolpe und Joachim Garstecki. Berlin (Ost, Evangelische Verlagsanstalt) 1980. [Es ist ein Zeichen vorsichtiger Liberalisierung in der Zensurpraxis der DDR, dass diese Broschüre gedruckt werden konnte.]

Durch diese Schritte zeigt sich, in welchem Umfang die Kirchen sich der Menschenrechtsproblematik annahmen: Es sollte nicht bei Beschwerden über Einzelfälle bleiben, sondern für die Gesamtgesellschaft zu einer Wandlung des Bewusstseins führen. Die Väter des Marxismus hatten das Postulat der Menschenrechte diskreditiert, weil sie darin eine Verschleierung der wahren Situation des Klassenkampfes sahen. Ein Eintreten für Menschenrechte gehörte daher ursprünglich nicht zum Programm der SED. Gerade deshalb sollte jetzt die DDR-Führung dabei behaftet werden, dass sie als Mitglied der Vereinten Nationen und Unterzeichnerstaat der Schlussakte von Helsinki Verpflichtungen übernommen hatte, die mehr bedeuteten als Alibi-Behauptungen ihrer Propaganda.¹⁵

In der Rückschau zeigt sich, dass die Autoren des „Querfurter Papiers“ trotzdem darüber enttäuscht waren, dass sich weder die evangelische Kirchenleitung noch das Ordinariat des bischöflichen Administrators der katholischen Kirche in Magdeburg dies Memorandum zu eigen gemacht hatten. Auf der evangelischen Seite wurde das Gespräch mit dem Autorenkreis geführt, auf die Aktivitäten des Bischofs und der Synoden wurde verwiesen. Es blieb aber dabei, was Werner Krusche bereits im Juli festgestellt hatte – dass er selbst nicht in der Form des „Querfurter Papiers“ reden wolle.

Wer aber die entsprechenden Passagen des Berichts der Kirchenleitung an die Provinzialsynode im Herbst 1977 und den Bericht des Bischofs über die Visitation der Arbeit mit Kindern in der Kirchenprovinz Sachsen zur Kenntnis nimmt, wird den Konsens mit den Anliegen der Querfurter belegt finden.

Es gibt ein Papier aus dem Herbst 1977, das zeigt, wie sensibel und kompetent Synodale der evangelischen Kirche nicht etwa nur für den eigenen Besitzstand kämpften, sondern öffentlich auf Krankheitssymptome in der Gesellschaft hinwiesen: Auf der Bundessynode in Herrnhut gab die Nervenärztin Dr. Irene Blumenthal am 22. 10. 1977 einen Beitrag, der helllichtig die seelische Situation von Jugendlichen schilderte, die sich in dieser Gesellschaft nicht wohlfühlen, auffällig aggressiv reagieren, versagen oder aussteigen. Die Synode hat diesen Text im Hektogramm verbreitet.

Bischöfe und Leitungsmitglieder der evangelischen Kirchen, Synodale und Pfarrer haben sich in der DDR 1977 für Freiheit und Menschenwürde eingesetzt. Ihre Positionen waren denen, die die Autoren des „Querfurter Papiers“ so mutig vertreten hatten, konform. Es war keine leere Behauptung, dass sie sich mit den Rahmenbedingungen des real existierenden Sozialismus nicht abfinden würden.

¹⁵ Vgl. auch den Bericht über das sog. Sachgespräch des Staatssekretärs mit Vertretern des Bundes der Ev. Kirchen vom 7. 7. 1977, in: Gerhard Besier, Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom „dritten Weg“. Berlin 1995, S. 234–236.

Das Querfurter Papier im Kontext der europäischen Menschenrechtsdebatte

Ehrhart Neubert

Reform und Revolution

Als Erich Honecker 1992 in Moabit einsaß, um auf seinen Prozess zu warten, verfasste er verbittert sein politisches Testament. Angesichts der Trümmer von Ulbrichts und seinem eigenen Lebenswerk, der DDR, suchte er die Schuld für den Zusammenbruch bei anderen, vor allem bei Gorbatschow und den „Verrätern“ in den eigenen Reihen. Bemerkenswert ist eine Passage, die fast schon ein Eingeständnis ist: *Hier möchte ich nur massive gegenrassistische Einwirkungen nennen, die von Helsinki ausgehende Menschenrechtskampagne, deren Wirkung offensichtlich unterschätzt wurde. Falsch war unser Zurückweichen. Anstatt in die Offensive zu gehen, haben wir Freiräume gelassen. Nicht wir haben die elementaren Menschenrechte eingeklagt; wir haben zugelassen, daß unter der Flagge der Freiheit Rechte eingeklagt wurden, die die Imperialisten in ihren Ländern mit Füßen treten. Unsere Konzeption war in Theorie und Praxis zu schwach, und manches unter den Bedingungen der DDR auch schwer machbar.*¹⁶

Tatsächlich war die Menschenrechtsfrage für den Kommunismus systemsprengend. Aber nicht, weil hier irgendeine Ideologie gegen eine andere stand, die von außen geschickt infiltriert und propagiert worden wäre, sondern, weil die Menschenrechtsfrage, eingebettet in die europäische, christlich-jüdisch geprägte Zivilisationsgeschichte, tiefsten Orientierungen und Empfindungen entsprach, gegen die das kollektivistische Kunstprodukt Kommunismus nichts aufzubieten hatte. Nichts ist leichter als Freiheit zu gewähren und nichts ist schwerer als auf Dauer Freiheit zu unterdrücken und die Menschen in ein Korsett zu legen, das ihrem Wesen nicht entspricht. Die strukturelle und operative Gewalt des sozialistischen Systems rührte aus dem vergeblichen Versuch, eine neue Welt mit einem neuen Menschen zu schaffen. Statt einer Gesellschaft der Gleichberechtigten produzierte das Experiment ein mühsam zusammengehaltenes Kollektiv der gleich Rechtlosen, die zur Manövrierarmee der Partei wurden. Die politische Gegenwehr war darum immer auch der Versuch von Individuen und Gruppen, die eigenen Rechte und die eigene Würde zu verteidigen.

Das politische Aufbegehren, Opposition und Widerstand, hatte neben den strategischen Elementen des Freiheitsstrebens auch eine kulturelle Dimension, die in Handlungen der individuellen Selbstbehauptung Menschenrecht

¹⁶ Honecker, Erich: Moabiter Notizen. Berlin 1994, S. 60 f.

und Menschenwürde in Anspruch nahm. Dieser humane Gehalt von Opposition und Widerstand ist in der Oppositionsforschung in Deutschland vor und nach 1989 weithin unterschätzt worden. So hat sich die westliche Oppositionsforschung vor 1989 bis auf wenige Ausnahmen solchen Fragestellungen entzogen. Erst als es nach 1989 geradezu zur Explosion der Oppositionsforschung kam, wurde auch nach den Kriterien zur Bemessung des Gehaltes von Opposition und Widerstand gefragt. Etwas grob skizziert lassen sich dabei zwei Richtungen ausmachen. Die eine sammelt alles ein, was es an Phänomenen der Gegnerschaft gegeben hat. Dabei wird es schwierig, Abgrenzungen gegenüber internen Partei- und Machtkämpfen oder ideologischen und fachlichen Abweichungen zu finden, die nach der kommunistischen Säuberungslogik verfolgt wurden. Die andere Strömung, vorwiegend von amerikanischen Wissenschaftlern initiiert, legt nachträglich Maßstäbe an politische Gegner an, die aus den demokratischen Verfassungen des Westens gewonnen sind. Demokratische Unvollkommenheiten geraten daher in den Blick und werden nur allzu leicht pauschalisiert.

Unerlässlich ist es daher, Maßstäbe aus den zeitgenössischen Quellen zu gewinnen. Dabei muss auch der gesellschaftliche und politische Kontext erschlossen werden. Die in die Selbstzeugnisse von Oppositionellen eingeflossenen ethischen Aussagen haben oft einen vorpolitischen Charakter, sind aber in der geschlossenen Gesellschaft oft die einzige Möglichkeit gewesen, erst einen politischen Raum zu eröffnen. Die Reflexion der Lebensweise von Oppositionellen ist in demokratischen Gesellschaften nahezu irrelevant. In der durchherrschten oder totalitären Diktatur sind sie eine Unabdingbarkeit zur ansatzweisen Kreation zivilgesellschaftlicher Voraussetzungen von Politik. Erst eine minimale soziale Basis konnte Oppositionelle in die Lage versetzen, inhaltliche und strategische Konzepte zu entwickeln, die den politischen Konflikt artikulierbar machen konnten.

Innerhalb des oppositionellen Feldes, das in den siebziger Jahren keineswegs organisatorisch und programmatisch geschlossen war, sind zwei inhaltlich-strategische Grundmuster zu erkennen, die jeweils ihre eigene Legitimation haben. Sie können durch die sich nahezu ausschließenden Konzepte Reform und/oder Revolution qualifiziert werden, wenn es in der Wirklichkeit auch Überschneidungen gegeben hat. Es geht dabei nicht um die Intensität und eine quantitative Gegnerschaft, sondern um eine qualitative, letztlich zivilisatorische Bestimmung. Verfolgt wurden durch das MfS Reform und Revolutionäre gleichermaßen.

Der Reformansatz verfolgte eine Liberalisierung der kommunistischen Diktaturen, die seit dem Prager Frühling auch eine politische Bestätigung erhalten hatte. Zu den Reformern der siebziger Jahre gehörten vor allem die

marxistischen Dissidenten wie Robert Havemann, Wolf Biermann, Rudolf Bahro, das „Manifest der Opposition“ und die etwas amorphe Kulturopposition junger Marxisten dieser Zeit. Tendenziell kam es aber zu einem allmählichen Erlöschen der marxistischen Dissidenz, die in den achtziger Jahren keine wichtige Rolle mehr spielte. Bei Havemann kündigte sich dies schon an. Er blieb lange seinen reformerischen sozialistischen Gesellschaftstheorien verpflichtet, wenn er auch unermüdlich mehr Freiheiten einklagte. 1976 forderte er schon, dass es in der DDR um *die Vollendung der sozialistischen Demokratie – also die Inkraftsetzung aller politischen Menschenrechte*¹⁷ gehe. Und im „Berliner Appell“ von 1982 mit Rainer Eppelmann stellte er auch schon das Existenzrecht der DDR infrage.

Innerhalb der evangelischen Kirche kam der oppositionelle Reformismus ebenfalls in diesen Jahren zu einem Höhepunkt. Dessen wichtigster Vertreter wurde Heino Falcke, der mit seiner Formel vom „verbesserlichen Sozialismus“ prägend wirkte, bis in die Revolution von 1989 hinein. Neben vielen kirchlichen Oppositionellen sind solche reformerischen Ansätze abgeschwächt bis in offizielle kirchliche Verlautbarungen spürbar. Sie waren durch die protestantische Sozialethik begünstigt und glichen durch ihren kritischen Gehalt den Mangel an demokratischen Traditionen des ostdeutschen Protestantismus auch etwas aus. Bei den Reformern fehlt aber weithin die Orientierung an der Menschenrechtsfrage. Sie müssen auch scharf von den kirchlichen Loyalisten abgegrenzt werden, die sich mit dem Gespräch mit Honecker am 6. März 1978 profiliert hatten und durchweg eine Stabilisierungspolitik betrieben. Bei den sogenannten 78ern schwimmt sogar die geistig-geistliche Abgrenzung gegenüber den atheistisch-ideologischen Ansprüchen der SED.

Der revolutionäre Ansatz ist auf die Menschenrechts- und Demokratiefrage fixiert. Die Revolutionäre verlassen die Grundlagen des sozialistischen Konzeptes der kollektiven Gesellschaftskonstruktion und stellen diesem das Recht des Individuums in Gesellschaft und Staat gegenüber. Hierher gehört auch das Querfurter Papier. Diese Linie soll hier verfolgt werden. Sie gehört unmittelbar zur Vorgeschichte der Revolution von 1989, da sie den Systemwechsel intendiert hat.

Helsinki-Prozess und Menschenrechtsgruppen in der DDR

Wir wissen heute aus den einschlägigen Akten, dass der Ostblock insgesamt die Thematisierung der Menschenrechtsfrage gefürchtet hat, weil sie die Grundlagen des politischen Systems infrage stellte. Er entzog sich der De-

17 Pelikán, Jiri; Wilke, Manfred (Hg.): Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa. Reinbek bei Hamburg 1977, S. 476.

batte aber nicht, weil er vom KSZE-Prozess die Festschreibung der Ordnung von Jalta, also den Status quo, erwartete und darüber hinaus schon damals eine Abhängigkeit von den westlichen Kreditgebern entstanden war. Der SED kam es darauf an, trotz der Vereinbarungen von Helsinki Wege zu finden, um die Freiheitsrechte des Einzelnen zu beschränken und die damit verbundene Demokratiefrage zu unterdrücken. Die Verwirklichung der Menschenrechte deklarierte sie wie andere Ostblockländer als innere Angelegenheit. Sie begründete dies mit der Souveränität der Teilnehmerstaaten. Durch eine Betonung der Einheit der Menschenrechte sollte den Forderungen nach Verwirklichung der individuellen Menschenrechte unter Hinweis auf die angeblich im Sozialismus erfüllten sozialen Menschenrechte die Spitze abgebrochen werden. Die im KSZE-Vertrag vorgesehene Einbeziehung von nichtstaatlichen Personen und Organisationen in den Prozess kanalisierte die SED durch die Einbindung in zwischenstaatliche Vereinbarungen, um Kontakte von DDR-Bürgern mit internationalen Institutionen zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde das politische Strafrecht so ausgestaltet, dass Versuche von DDR-Bürgern, festgelegte Rechte und auch Rechtsmittel internationaler Organisationen wahrzunehmen, als „Ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ kriminalisiert wurden.

Trotz dieser Einschränkungen bot sich aber für Oppositionelle nun die Möglichkeit, sich auf die vertragliche Selbstbindung der DDR legalistisch zu berufen. Außerdem konnten sie sich auch in ihrer inhaltlichen Orientierungen besser auf die Menschenrechtsfrage beziehen.

Anfang der siebziger Jahre begann vorwiegend im kirchlichen Raum eine breite Debatte über die Menschenrechte und zugleich über eine Selbstorganisation von Menschenrechtsgruppen. Die Kirchen waren wegen des Grundrechtes auf Religionsfreiheit unmittelbar berührt. Hier bildeten sich zwei unterschiedliche theologische Richtungen im Menschenrechtsverständnis heraus. Die auf den SED-Staat fixierten Theologen übernahmen das kommunistische Menschenrechtsverständnis, in dem die sozialen Rechte Priorität hatten und kritisierten das bürgerliche Verständnis, weil es *den Individualaspekt einseitig betont*¹⁸ hätte. Maßgebliche Meinungsführer in den Kirchen versuchten damit die Menschenrechtsfrage politisch zu neutralisieren.¹⁹ Die Diskussion über die Grund- und Freiheitsrechte konnte aber nicht ver-

18 Demke, Christoph; Falkenau, Manfred; Zeddies, Helmut (Hg.): Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Leipzig 1994, S. 254.

19 Vgl. Lewek, Christa; Stolpe, Manfred; Garstecki, Joachim (Hg. im Auftrag des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR): Menschenrechte in christlicher Verantwortung. Berlin 1981.

hindert werden, zumal sich rasch auch thematische und politisch engagierte Gruppen bildeten. Ein kurzer unvollständiger Überblick über die zweite, den Menschenrechten gegenüber verpflichtete Grundhaltung soll dies zeigen.

Menschenrechtsgruppen entstanden mit dem Verlangen von DDR-Bürgern nach Ausreise. So unterstützten im sächsischen Pirna 45 Bürger durch ihre Unterschrift im Herbst 1973 unter Berufung auf die Menschenrechte die Anträge der Familien von Frank Hauptmann und des oppositionellen Schriftstellers Siegmund Faust. Aufsehen erregte die von 33 Einwohnern von Riesa unterzeichnete „Riesaer Bürgerrechtsinitiative“ und deren „Petition zur vollen Erlangung der Menschenrechte“ vom 10. 7. 1976 um den Arzt Karl Heinz Nitschke. In den achtziger Jahren bildeten Ausreisegruppen zunehmend eigene Strukturen. Viele dieser Gruppen hatten Verbindungen zu Kirchengemeinden. Zudem gab es einzelne Menschenrechtsaktivisten, die unter schweren Verfolgungen zu leiden hatten. Dazu gehörte der 1976 verhaftete Rolf Mainz, der gegen Menschenrechtsverletzungen und Berufsverbote in der DDR Öffentlichkeitsarbeit in Westmedien betrieb.

In der Naumburger evangelischen Studentengemeinde hatte sich 1976 ebenfalls eine thematisch und politisch orientierte Menschenrechtsgruppe gebildet, die durch die Selbstverbrennung von Pfarrer Brüsewitz einen starken Handlungsimpuls bekam. Die dort engagierten Theologiestudenten Günther Schau und Lothar Tautz erarbeiteten eine Dokumentation *Zur Diskussion nach dem Opfertod von Oskar Brüsewitz und zum Geburtstag unserer Republik* und schrieben einen *unparteiischen Bericht von der Ausweisung Biermanns am 16. November '76 und ihren Folgen*. Beide Schriften wurden zusammengefasst und ergänzt von Lothar Tautz und Christian Radeke (der die Stelle von Günther Schau nach dessen Verhaftung im März 1977 einnahm) und als Samisdat-Produktion unter dem Titel „Kirche zwischen Opportunismus und Opposition“ am 14. Juni 1977 publiziert.²⁰

Im gleichen Zeitraum hatte die kleine Querfurter „ökumenische Predigt-Arbeitsgemeinschaft“ eine Politisierung durchgemacht und u. a. schriftlich beim ZK der SED gegen die Diffamierung von Brüsewitz und die Biermann-Ausweisung protestiert. Nach der Veröffentlichung der Charta 77 ging sie unter der Federführung des katholischen Priesters Dieter Tautz und des evangelischen Pfarrers Dr. Wolfram Nierth daran, die Konsequenzen der Helsinki-Vereinbarungen für die DDR zu formulieren. Das gleiche geschah auch in der Naumburger Menschenrechtsgruppe (vgl. Naumburger Manifest vom 1. Mai 1977), die durch Schau eine direkte Verbindung zu den Verfassern der Charta 77 aufgenommen hatte. Über den Kontakt zwischen Lothar Tautz

20 Lothar Tautz, Christian Radeke, Warte nicht auf bess're Zeiten, Mitteldeutscher Verlag 1999

und Wolfram Nierth kam es zu einem inhaltlichen Austausch im Erarbeitungsprozess des Querfurter Papiers und die Publizierung und Verbreitung sowie die damit verbundene Unterschriftensammlung wurde von beiden Gruppen gemeinsam betrieben. In dieser Schrift zum Thema „Friede und Gerechtigkeit heute“ wurde die Spannung zwischen „gesellschaftlicher Vielfalt“ und der „Einheitsgesellschaft“ der DDR benannt, die zugunsten „der Würde und des Eigenwertes des Einzelnen“ aufgelockert werden müsse. *Nur wo die Pluralität beachtet wird, werden Menschen gern Bürger ihres Staates sein. Die Freiheit des Einzelnen müsse in einem ausgewogenen Verhältnis zur Bindung an das soziale Ganze stehen.* Alle auch theologisch begründeten Menschenrechte seien überdies in der Schlussakte von Helsinki verankert.

Zu den theologischen Vordenkern in der Menschenrechtsfrage gehörte der Görlitzer Bischof Joachim Fränkel, der ab 1973 unter großer öffentlicher Beachtung ein theologisches Konzept zur Ableitung der Menschenrechte entwickelte.

Menschenrechte waren für ihn unveräußerlich, nicht relativierbar, einklagbar und auch dem Menschen als Sünder eigen, weil die Gnade Gottes für den Menschen unverfügbar ist. Fränkel sagte: *In der Rechtfertigung spricht Gott sein entscheidendes Ja zum Menschen. ... In dieser Entscheidung macht Gott sein Recht auf sein Geschöpf offenbar und enthüllt den Menschen als den, der dieses Recht Gottes verneint und gerade damit sein Menschenrecht verloren hat. In dieser Entscheidung richtet Gott um Jesu Christi willen, der den Schuldspruch Gottes über des Menschen Rechtsbruch trägt, sein Recht wieder auf und schenkt damit dem Menschen sein Menschenrecht wieder.*²¹

Diese für die deutsche lutherische Theologie nahezu singuläre Deutung rief nicht nur die Staatsorgane auf den Plan, sondern brachte Fränkel auch die Entsolidarisierung seiner bischöflichen Kollegen ein. Wenn auch unter sozialistischen Vorzeichen, waren diese wieder einmal, wie schon seit Jahrhunderten, mehr auf den Staat als auf den Bürger fixiert. Fränkel hat mit seinen Vorträgen, die damals nicht gedruckt werden durften, innerhalb der Theologenschaft große Wirkung erzielt.

Ein anschauliches Beispiel für die innerkirchliche Debatte war der Fünf-Punkte-Antrag des langjährig oppositionell auftretenden Pfarrers Hans-Jochen Tschiche auf der Novembersynode 1977 der Kirchenprovinz Sachsen in Erfurt. Dieser Antrag enthielt alle Themen der Opposition dieser Jahre. Unter

21 Fränkel, Hans-Joachim: Das Zeugnis der Bibel in seiner Bedeutung für die Menschenrechte. Vortrag Provinzialsynode der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebiets – 4.–7. 4. 1975. In: epd-Dokumentation 20/75, S. 25.

1. wurde beantragt: Die Synode solle eine Arbeitsgruppe bilden, *die die praktische Beachtung der von der UNO verabschiedeten Charta der Menschenrechte und der Beschlüsse der KSZE von Helsinki in der DDR beobachtet.* 2. Die Kirchenleitung solle mit der Untersuchung beauftragt werden, *ob auch in der DDR die weltweit zu beobachtende Tendenz der Militarisierung des öffentlichen Lebens vorhanden ist.* 3. Die Synode solle den Antrag an den BEK stellen, dass *der Tag der Selbstverbrennung Oskar Brüsewitz ... als Bußtag der evangelischen Kirchen in der DDR begangen würde.* 4. Die Kirchenleitung solle beauftragt werden, Praxisberater auszubilden, die *Mitarbeitern und Christen ... helfen, in angstfreien Räumen ihre Krisenerfahrungen zu artikulieren.* ... Dies sei notwendig, da *der verwaltungsmäßige und methodische Reformwille der kirchenleitenden Organe von vielen als Ausweichen vor den inhaltlichen Problemen empfunden würde und belastend wirke.* 5. Die Synode solle beschließen: *Die kirchenleitenden Organe ... enthalten sich der bisher üblichen disziplinarischen Maßnahmen*²² gegen diejenigen, die in die Bundesrepublik übersiedeln wollten.

Noch während der Synode haben höchste SED-Stellen, die wie immer während der Synoden Gewehr bei Fuß standen, kirchliche Vertreter und Bischof Werner Krusche auf die Gefährlichkeit des Antrags von Tschiche hingewiesen. Krusche versicherte den Staatsvertretern, dafür zu sorgen, dass der Antrag abgewiesen würde, um das Staat-Kirche-Verhältnis nicht zu verschlechtern.

Stabile Arbeitsgruppen entstanden Anfang der siebziger Jahren in den Studentengemeinden, in der kirchlichen Arbeit mit Wehrdienstverweigerern und auf landeskirchlicher Ebene. An einer solchen Gruppe der Studentengemeinden in Thüringen war ich selbst beteiligt, sie tagte unter anderem in Weimar. In ihr wurden neben theologischen Fragen oft praktische Probleme, wie die Dauerbenachteiligung von christlichen Laien und kirchlichen Mitarbeitern im gesellschaftlichen Leben, Menschenrechtsverletzungen und das Recht auf Freizügigkeit diskutiert. Diese frühen Menschenrechtsgruppen waren unterschiedlich politisiert, und ausgesprochene Strategiedebatten fanden selten statt. Alle mussten sich mit der neutralisierenden Linie des BEK auseinandersetzen.

Eine der effektivsten kirchlichen Arbeitsgruppen wurde 1977 von Berlin-Brandenburgischen Theologen und Laien, wie Ulrich Schlabach, Wolfgang Triebler, Rudolf Tschepe, Dietrich Ninnemann, Dietrich Herm, Ulrich Woronowicz u. a., gegründet. In Grundsatzdiskussionen optierte die Gruppe trotz

22 Synode der Kirchenprovinz Sachsen (Hg.): Vorschau zur 3. Tagung der VIII. Synode. Anträge des Synodalen Tschiche aus Meßdorf. Drucksache Nr. 19/77, bei: Informations- und Dokumentationsstelle der EKD Berlin, Akte Synoden KPS.

kirchlicher Einflussnahme für ein Menschenrechtsverständnis, das die individuellen Freiheitsrechte als wesentliche Grundrechte beinhaltete. Es kam zu Konflikten, weil die Gruppe aktuelle Menschenrechtsverletzungen in der DDR diskutierte und diese in Fürbitten und Kanzelabkündigungen veröffentlichen wollte. 1979 musste die Gruppe aufgelöst werden. Der an dieser Gruppe beteiligte Woronowicz baute zusätzlich seit 1976 eine lokale Gruppe in Wittenberge auf. Hier wurde intensiv über die Möglichkeiten beraten, die SED mit der Schlussakte von Helsinki zu bekämpfen. Es kam zu Verhaftungen. Woronowicz versuchte trotzdem weiterzuarbeiten. Er kümmerte sich um Ausreiseantragsteller, erfasste systematisch Menschenrechtsverletzungen und schmuggelte Nachrichten in den Westen.

In der Arbeit Oppositioneller spielten Menschenrechtsverletzungen stets eine Rolle, auch wenn in vielen Fällen theoretische Grundsatzfragen nicht reflektiert wurden. So hat Oskar Brüsewitz sein Selbstopfer mit der Forderung nach dem Grundrecht der Religionsfreiheit begründet. Er zeigte während der Selbstverbrennung das Plakat mit der Inschrift „Funkspruch an alle ... Funkspruch an alle ... Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung in Schulen, an Kindern und Jugendlichen.“ Als es um 1980 zu einer neuen Repressionswelle gegen die sogenannte Offene Jugendarbeit der Evangelischen Kirche kam, hat einer ihrer Protagonisten, der Thüringer Pfarrer Walter Schilling, systematisch Menschenrechtsverletzungen erfasst. Diese Dokumentationen wurden dann an die Kirchenleitungen weitergegeben.

Mitte der achtziger Jahre kam es dann zu einer erneuten Fokussierung der Opposition, die hier aber nicht weiter verfolgt wird, auf die Menschenrechtsfrage.

Entwicklung in Mitteleuropa im Vergleich

In der DDR waren Opposition und Widerstand immer auf die politischen Vorgänge in Mittele- und Osteuropa bezogen, da die Entwicklung des Ostblocks unter sowjetischem Kuratel alle diese Länder gleichermaßen betraf. Eine geregelte Kommunikation von Gegnern der SED über die Grenzen konnte es aber Jahrzehnte wegen der scharfen Restriktionen nicht geben. Erst der „Prager Frühling“ 1968 ermöglichte bessere Verbindungen, vorwiegend in die ČSSR. Sie wurden zumeist von einzelnen Personen, wie dem Schriftsteller Reiner Kunze, aufrechterhalten. In dieser Zeit begann auch der Transfer von Ideen und gegenseitigen Anregungen. Noch aber fehlten in den mitteleuropäischen Ländern organisierte oppositionelle Basisbewegungen. Diese entstanden erst im Zusammenhang mit dem Helsinkiprozess und der Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Begünstigt wurde diese Entwick-

lung durch die wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen und die neue Kreditpolitik, auf die der Osten angewiesen war. Dies machte es den Kommunisten immer schwerer, die radikale physische und ideologische Abgrenzung aufrechtzuerhalten. Zudem haben die Veränderungen im Ostblock, wo die kommunistischen Parteien immer größere Mühe hatten, das ideologische Bild und die Realität ihrer Gesellschaften in Übereinstimmung zu bringen, zur Formierung oppositioneller Gruppen beigetragen. Deutlichster Ausdruck dieser Legitimationsprobleme war das Anfang der siebziger Jahre in ganz Europa verbreitete Buch Alexander Solschenizyns „Der Archipel Gulag“.

So kam es fast gleichzeitig in den Ostblockstaaten, auch in der UdSSR, zu Gruppenbildungen, die sich in vielen Ländern als Helsinki-Gruppen verstanden und auch so bezeichneten. Am ausgeprägtesten war diese Entwicklung in Polen, wo sich 1976 mit dem „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) eine wichtige Struktur in Selbstorganisation bildete, die später in die Solidarność aufging. Die Wurzeln des KOR lagen unter anderen in der polnischen Bewegung 1968 für eine Liberalisierung des Sozialismus und können hier nicht weiter verfolgt werden.

Ein weiteres Zentrum lag in der ČSSR, wo sich 1977 die Charta 77 formierte. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, nur sporadisch soll auch auf Gruppen und Personen anderer Ostblockstaaten eingegangen werden, kann ein Vergleich dieser Bewegungen mit der Menschenrechtsbewegung in der DDR bestimmte Parallelen aufzeigen. Dabei geht es um die politischen Gemeinsamkeiten, die als gleichartige Reaktionen auf den allen kommunistischen Systemen innewohnenden Unzulänglichkeiten beruhen.

Einer der zentralen Ansätze oppositionellen Handelns bezog sich auf den Verlust des Rechtes. Das kommunistische System schloss öffentlich geregelte Verfahren für politische Auseinandersetzungen und die Beteiligung der Gesellschaft an der Politik aus. Der Allmachtswahn von der Steuerung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Prozesse verhinderte, dass Mittel und Ziele der Politik ein adäquates Verhältnis fanden. Politische Entscheidungen hatten oft nur eine kurze Halbwertszeit, und es musste unentwegt improvisiert werden. Um die Verfügungsmacht zu sichern, wurde das Recht der Politik unterworfen.

Das Ende des Rechtes brachte für die Herrschenden aber auch Probleme, da schon in der internen Kommunikation der Apparate und im Umgang mit der Bevölkerung ein Mindestmaß an Normierungen und verlässlicher Kommunikation notwendig war. Deswegen entwickelte sich ein Scheinrecht, die „sozialistische Gesetzlichkeit“, das die Machtverhältnisse festschrieb. Zur Kompensation von Fehlentscheidungen wurde ein Gnadenrecht, bzw. Eingabenrecht etabliert.

Mit dem KSZE-Prozess entstand in fast allen Ostblockstaaten ein rechtlicher Rahmen für unabhängiges politisches Handeln. Das wurde auch verfolgt, war aber nicht mehr so leicht wie in früheren Jahren zu unterdrücken. Denn die in den siebziger Jahren überall entstandenen Oppositionsformen waren überwiegend legalistisch ausgerichtet. Die Akteure nutzten minimale rechtliche Spielräume aus. In einigen Ländern wurden die legalen Strukturen, die der Kirchen oder von kulturellen Institutionen, zu wichtigen Bewegungsräumen. Damit wurden auch die Grundlagen für die sogenannten „weichen“ oder ausgehandelten Übergänge zur Demokratie in Ungarn und Polen ebenso wie die Runden Tische in der DDR oder der ČSSR des Jahres 1989 gelegt.

Der Legalismus als politische Strategie konnte soweit gehen, dass Oppositionelle oft ausdrücklich erklärten, keine „Opposition“ zu sein. Doch ihre Rechtsbezogenheit setzte quasirechtliche Verbindlichkeiten gegen die politische Willkür. Die legalistische Untertreibung der Oppositionsrolle findet sich faktisch in allen mittelosteuropäischen Ländern. Im tschechischen Gründungsdokument „Manifest der Charta 77“ vom 1. Januar 1977 hieß es: *Charta 77 ist keine Basis für oppositionelle politische Tätigkeit. Sie will dem Gemeininteresse dienen wie viele ähnliche Bürgerinitiativen in verschiedenen Ländern des Westens und des Ostens. Sie will also nicht eigene Programme politischer oder gesellschaftlicher Reformen oder Veränderungen aufstellen, sondern in ihrem Wirkungsbereich einen konstruktiven Dialog mit der politischen und staatlichen Macht führen, insbesondere dadurch, daß sie auf verschiedene konkrete Fälle von Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte hinweist, deren Dokumentation vorbereitet, Lösungen vorschlägt, verschiedene allgemeine Vorschläge unterbreitet, die auf die Vertiefung dieser Rechte und ihrer Garantien abzielen, und als Vermittler in anfallenden Konfliktsituationen wirken, die durch Widerrechtlichkeit verursacht werden können.*²³ Damit war aber faktisch ein oppositioneller Anspruch gestellt, der sich freilich zunächst nicht an der Machtfrage, sondern an den Rechten der Gesellschaft abarbeitete.

Im engen Zusammenhang mit der Rechtsbezogenheit stand die Konfrontation der kommunistisch dominierten Parteigesellschaft mit dem Konzept der Zivilgesellschaft als weiterer oppositioneller Ansatzpunkt. Das selbst auferlegte Denkverbot des Kommunismus, die Gesellschaft als Konfliktprozess zu verstehen, in dem Interessen aufeinanderstoßen, ließ die gewalttätige Homogenisierung und die zwanghaft und zwangsweise durchgesetzte Entdifferenzierung stets unvollendet. Zwar wurden im erheblichen Ausmaß vor-

gefundene Traditionen zerstört, und in politischer Hinsicht konnte die Gesellschaft weitgehend stillgelegt werden. Dazu dienten auch die konspirativen Repressionsorgane, die jede unabhängige Selbstorganisation verhindern sollten. Aber Neues, etwa eine sich selbst reproduzierende sozialistische Gesellschaft wurde nicht geschaffen.

Unter der Oberfläche der gleichgeschalteten und durchorganisierten Gesellschaft blieben Spannungen. Teils rührten sie aus Traditionsbeständen, wie etwa die religiöse Kultur, teils ergaben sie sich aus unbearbeiteten Problemlagen. Teilweise entstanden auch neue Milieus, wie die im gesamten Ostblock auftretenden jugendlichen Subkulturen. Alternative Milieus waren häufig Zentren oppositioneller Bestrebungen.

In sozialer Hinsicht bildete Polen eine gewisse Ausnahme, wo offenbar alte gewerkschaftliche Traditionen nie völlig abrisen, wie sich in den Aufständen 1956, 1970, 1976 und 1980 zeigte. Polen war auch in anderen Bereichen das Land, in dem die kommunistische Transformation nicht annähernd die Schärfe bekam, wie in den übrigen Ländern, was sich etwa an der Traditionswahrung der Kirche oder in der Landwirtschaft zeigte. In anderen Ländern war eine soziale Bewegung, wie die polnische „Solidarität“ darum nicht möglich.

Auf die offensichtliche Schwäche der kommunistischen Parteien, Gesellschaft und Öffentlichkeit vollständig zu kontrollieren, reagierte seit den siebziger Jahren die politische Gegnerschaft auch programmatisch. Oppositionelle haben u. a. in Polen, in der ČSSR, in Ungarn und in der DDR seit den siebziger Jahren systematische Konzepte für die Rekonstruktion der Zivilgesellschaft zur Überwindung der parteiabhängigen Gesellschaft entwickelt. Dies reichte von der Samisdatbewegung in Polen, dem Ansatz der Charta 77 in der ČSSR, dem Konzept der „Antipolitik“ in Ungarn bis zu den Dialogkonzepten der DDR-Opposition. Prinzipiell handelte es sich dabei um vorpolitische Konzepte, die aber politische Bedeutung bekamen, weil die ansatzweise Rekonstruktion von Gesellschaft Politik erst ermöglichte und allein mit minimaler Selbstorganisation und Gruppenbildung die Inszenierung einer angeblich einheitlichen Gesellschaft durchbrachen.

Diese zivilgesellschaftlichen Konzepte sind nicht als gesellschaftspolitische Planspiele zu verstehen, in denen Oppositionelle am grünen Tisch Gegenentwürfe zur sozialistischen Konstruktion erdachten. Es handelte sich stets um existenzielle Fragen des Ringens um die eigene glaubwürdige Lebensweise, die in der DDR sich immer wieder stellte. In dieser Auseinandersetzung ging es nicht um das Ausspielen einer Wahrheit gegen die andere, sondern um die Konfrontation kategorial unterschiedlicher Zugangsweisen zur Wahrheit. Auf der kommunistischen Seite gab es den Anspruch auf eine

²³ Zitiert nach: Manifest der Charta 77. Prag 1. 1. 1977. Hektographiertes Material, 3 Seiten. Archiv Woronowicz. Akte Menschenrechte 1977–1979, S. 3.

vom einzelnen Menschen unabhängige geschichtsmächtige Wahrheit und auf der anderen die Beanspruchung des Rechtes auf individuelle Urteilsfähigkeit. Es handelte sich auf der existenziellen Ebene um den Gegensatz zwischen – um mit Václav Havel zu sprechen – einem „Leben in der Lüge“, nämlich der Beteiligung an der Aufrechterhaltung des ideologischen Scheins, und dem „Leben in der Wahrheit“, der Bewahrung der persönlichen Identität in der Übereinstimmung von Denken, Sprechen und Handeln. Hinter diesem Gegensatz stand eine zivilisatorische Wertediskrepanz, die in der geistigen Sphäre latent war und auf die politische Sphäre in unterschiedlichsten Formen durchschlagen konnte. Dies war auch die Machtquelle Oppositioneller, die sich auf „die Kraft der ganzen Gesellschaft“ stützen konnten, weil diese prinzipiell zu Teilen und in Massen in einem nicht vorhersehbaren Zeitraum von der „Kraft der Wahrheit ergriffen“²⁴ werden konnte.

Zu einem Feld zivilgesellschaftlicher Genese wurden besonders die Milieus der dissidentischen Intellektuellen, die sich im Ostblock immer deutlicher von der Staatsideologie absetzten. Der Versuch einer kollektiven Bewusstseinsbildung konnte nur einen Scheinkonsens zwischen den Individuen erzwingen. Allenfalls wurde der „Homo sowjetikus“ erzeugt, der sich apathisch, unpolitisch und inaktiv verhielt. Dort, wo sich das Individuum ausdrückte oder ausdrücken musste, wie vor allem in den Künsten, war es prinzipiell dissidentisch. Seit den siebziger Jahren brach die Parteikunst – sieht man von unbedeutenden Resten ab – selbst in den besonders rigiden kommunistischen Staaten zusammen. Damit verloren die Kommunisten nicht nur einen wichtigen Bereich ihrer Multiplikatoren. Sie hatten zugleich die Gruppe verloren, die im besonderen Maße über das Sein den sozialistischen Schein strahlen lassen sollte. Nonkonforme Künstler und Intellektuelle bildeten in manchen Staaten die politische Elite der Opposition. In der DDR wurde mit der Verdrängung vieler Künstler in den Westen seit 1976 die Basis politisch engagierter Künstler zwar schmaler, aber immerhin spielten sie 1989 wieder eine gewisse Rolle.

Ein zentraler Ansatz für oppositionelles Handeln erwuchs aus der engen Verflechtung der mittelosteuropäischen Opposition mit den Kirchen, die sowohl Formierungsort wie auch zivilisatorische Traditionsmittler waren. Die Fixierung der Kommunisten auf das Ziel der Aufhebung von Religion rührte aus ihrem eigenen totalitären und quasireligiös-konkurrierenden Ansatz. Sie konnten dieses Ziel jedoch nirgends erreichen, wenn sie auch teilweise die Kirchen minimierten oder instrumentalisierten. Überall blieben religiöse Refugien bestehen, die als Traditionsmittler und als strukturell und ideologisch unangepasste Milieus mehr oder weniger oppositionelle Funktionen über-

24 Havel, Václav: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Reinbek bei Hamburg 1990, S. 28 ff.

nahmen. Dafür sind Polen und die DDR trotz aller Unterschiede die eindrucklichsten Beispiele.

Durch die ethische Orientierung, die universalistischen Bezüge und die Dramatisierung der politischen Fragen sahen sich christliche Oppositionelle vor eine politische Aufgabe gestellt, die Teil ihrer religiösen Identität war. In ihnen war das Theologische mit dem Politischen unlösbar verbunden. In der DDR verstanden sich Oppositionelle darum in der Konfrontation immer auch als Bekennende. Der Begriff implizierte schon wegen seiner Bedeutung in der NS-Zeit eine widerstandsethische Dimension.²⁵

Zweifellos spielten die Kirchen als Träger des europäischen Ideenhaushaltes eine erhebliche Rolle für die inhaltliche Orientierung der Opposition.

In der DDR verlief dieser Prozess äußerst konfliktreich, zumal der ostdeutsche Protestantismus nur wenige demokratische Traditionen hatte. Trotz der Umständlichkeit, mit der viele Theologen die demokratischen Ideen begründeten, zeigt sich gerade bei den Oppositionellen unter ihnen, wie sie zu den Wurzeln der westlichen Zivilisation fanden. Etwa Heino Falckes Arbeiten sind in einer breiten politisch-theologischen Debatte anzusiedeln, die den Anspruch zum unabhängigen politischen Handeln verteidigte. Als Autoren traten u. a. Ulrich Woronowicz, Hans-Jochen Tschiche, Rudi Pahnke oder Edelbert Richter hervor. Diese Vordenker waren immer auch Akteure. Ihre Debatten boten weniger eine idealtypische Theorie der Demokratie, als sie vielmehr Aufschluss über den reflektierten Prozess eines politischen Anspruchs und die geistigen Grundlagen der späteren Revolution gaben.

In Polen wurde die Debatte um die Verknüpfung des Politischen mit dem Theologischen in den siebziger Jahren auf praktische Weise im Zusammengehen von katholischer Kirche und linksliberalen Intellektuellen geführt, die schließlich auch die Solidarnośćbewegung 1980 möglich machte. Zu den wohl eindrucklichsten theoretischen Arbeiten gehört Adam Michniks 1977 erschienenes Buch „Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog“. Er schildert darin, dass die Koalition von Kirche und Dissidenz vor allem zustande kam, weil die Kirche selbst auf den Menschenrechten, besonders dem Recht auf freie Religionsausübung, bestand und dies pastoraltheologisch begründen konnte. Die Brücke zur Kirche für die Intellektuellen baute ihnen ausgerechnet der deutsche Widerstandskämpfer und Theologe Dietrich Bonhoeffer, dessen Widerstandsethik damals in Polen rezipiert wurde. Michnik zitiert Bonhoeffer, der unter dem Eindruck der unmenschlichen Diktatur die Begriffe *Vernunft, Bildung, Humanität, To-*

25 Eine solche Verbindung wird deutlich in einem Text von Rudi Pahnke zur Barmer Theologischen Erklärung von 1934. In: Samariter-Friedenskreis (Hg.): Arbeitstexte 7. 1. 1987 Samisdat.

leranz nicht mehr gegen die christliche Kirche gerichtet sah, sondern ihre *Rückkehr zum Ursprung*²⁶, zur christlichen Tradition, feststellte. Insofern wollte auch Michnik die säkularistische Selbstinszenierung des Freiheitswillens der Intellektuellen überwinden und das Gemeinsame von Kirche und Intellektuellen in politischen Grundfragen, besonders in der Menschenrechtsfrage, erschließen.

Unbestritten hatte die enge Verknüpfung des Politischen mit dem Theologischen auch Folgen, wie eine idealistische Überdehnung der politischen Programmatik. Dies führte dazu, dass die Wirklichkeit der schließlich erfolgten Revolution 1989 bei nicht wenigen christlichen Revolutionären enttäuschend hinter den Idealen zurückblieb.

Unterschiede zwischen der ostdeutschen Opposition und der mittelosteuropäischen Dissidenz lassen sich deutlicher in der Friedens- und Umweltfrage ausmachen, obwohl es auch hier ähnliche Phänomene gab. Beide Themen waren in der DDR schon in den siebziger Jahren von Oppositionellen besetzt worden, wenn sie auch erst in den achtziger Jahren zum wichtigen Mobilisierungsfaktor wurden.

Der latente Verteidigungs- und Kamp fzustand des Kommunismus führte zu einer Militär- und Sicherheitspolitik, die auf dem Irrtum beruhte, dass Macht durch Gewaltpotentiale zu erhalten wäre. Der außenpolitische expansive Charakter der Militärpolitik überdehnte die Grenzen der Integrationsfähigkeit des kommunistischen Weltsystems und überforderte die materiellen Ressourcen. Innenpolitisch war die Militarisierung der Gesellschaft ein Disziplinierungsinstrument. Hier setzte auch die unabhängige DDR-Friedensbewegung an. Bei den Ostdeutschen spielte die Traumatisierung durch die deutsche Kriegsschuld und den Völkermord eine entscheidende Rolle, die gerade von den schuldbewussten Protestanten ernst genommen wurde. Deswegen hat sich eine politische Opposition, die als antimilitaristische Friedensbewegung und organisierte Wehrdienstverweigerungsbewegung auftrat, vor allem in der DDR entwickelt. Erst in den achtziger Jahren sind Ansätze einer kritischen Friedensbewegung in der ČSSR und in Polen erkennbar.

Ähnliches gilt auch für die oppositionelle Umweltbewegung, die in der DDR ab Mitte der siebziger Jahre Gestalt bekam. Auch hier haben die zivilisationskritischen Protestanten zunächst den Ton angegeben. Die DDR-Kirchen waren auf Grund ihrer sozia lethischen Orientierung mit ihren Institutionen, etwa dem Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg, stark engagiert. Da aber in allen kommunistischen Ländern die Konflikte zwischen Ökologie und Ökonomie nicht mehr zu beherrschen waren, entstanden in den Folgejahren

26 Michnik, Adam: Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog. München 1980, S. 103.

oppositionelle ökologische Bewegungen auch in anderen osteuropäischen Ländern, die zu Säulen der demokratischen Opposition wurden. Ökologische und zivilisationskritische Einlassungen finden sich in dieser Zeit etwa in der russisch-sowjetischen Literatur aber auch bei Václav Havel.

Noch gravierender waren die politischen Differenzen zwischen den ostdeutschen Oppositionellen zur osteuropäischen Dissidenz in der europäischen Frage. Die Osteuropäer wehrten sich sowohl gegen die kommunistische internationalistische Identität ihrer Staaten, die in Abhängigkeit zur Sowjetunion die nationale Kultur, Geschichte und Religion missachtete, wie auch insgesamt gegen die Ordnung von Jalta, die sie dauerhaft vom Westen trennte. Die Opposition Mittelosteuropas verfolgte das Ziel, ihre Länder als demokratische Nationalstaaten in einem freien Europa zu verankern. Die DDR war für eine solche Vision ein politisches Hindernis. Die ostdeutsche Opposition wollte zumeist erst Europa und dann, wenn überhaupt, die deutsche Einheit auf neutralistischer Position verwirklichen. Ausgetragen wurden diese Differenzen freilich erst in den achtziger Jahren, als sich in der DDR auch andere Stimmen bemerkbar machten.

Zweifellos hat sich die DDR-Opposition eines wichtigen politischen Mobilisierungsfaktors mit der Thematisierung der nationalen Frage in den siebziger Jahren beraubt und damit selbst zu ihrer eigenen Schwäche beigetragen. Dies konnte auch nicht dadurch ausgeglichen werden, dass in den siebziger Jahren intensive Kontakte nach Polen, in die ČSSR und auch schon nach Ungarn entstanden, die aber die deutsche nationale Frage ausklammerten. Die Hinnahme der Teilung Deutschlands als Sühneleistung für die deutschen Verbrechen blieb bis 1989 ein Problem der ostdeutschen Opposition. Polnische und tschechische Dissidenten haben daher immer wieder versucht, die Ostdeutschen zu ermuntern, die eigene nationale Frage zu klären, freilich in den Grenzen von 1949.

Der Westen und die Dissidenten

Zu den politischen Verdiensten der sozialliberalen Koalition von 1969 bis 1982 gehört die aktive Entspannungspolitik und das Befördern des Helsinkiprozesses. Die neue Ostpolitik hat erstarrte Fronten in Bewegung gebracht und langfristig dafür gesorgt, dass die unter kommunistische Herrschaft geratenen Völker und Gesellschaften Hoffnung schöpften, mehr Freiheiten zu erlangen. Dazu trug auch die von Egon Bahr schon 1963 geprägte Formel „Wandel durch Annäherung“ bei. Allerdings waren die Nebenwirkungen der Ostpolitik erheblich. Die Entspannungspolitik des Westens hatte es nicht mit einem Partner zu tun, der irgendeine politische Legitimation besaß. Die herr-

schenden Kommunisten haben den Entspannungsprozess von Anfang an als Instrument der eigenen Machtsicherung verstanden. Auf diesen Umstand hat die sozialliberale Ostpolitik nicht oder nicht ausreichend reagiert. Sie betrieb erfolgreich die Entspannung zu den kommunistischen Machthabern, aber die Gesellschaften und ihre Eigenbewegung kamen nicht in den Blick. Opposition und Dissidenz blieben als politische Faktoren im Westen unbeachtet, ja sie konnten als Störenfriede der zwischenstaatlichen Beziehungen gelten. Das betraf die ostdeutsche Opposition ebenso wie die Charta 77 oder die polnische Dissidenz und auch die Gewerkschaftsbewegung ab 1980. Dies trug nicht unerheblich zur politischen Isolation der demokratischen Antikommunisten im kommunistischen Machtbereich bei. Diese Isolation führte aber auch zu einer doppelten Hilflosigkeit. Verfolgt von den eigenen kommunistischen Regierungen und ignoriert von der westlichen Politik, war es besonders schwer, eine politische Rolle im europäischen Kontext zu finden. Da die offizielle Entspannungspolitik des Westens der siebziger Jahre die gesellschaftliche Komponente aussparte, wurde ihr nicht ganz zu Unrecht vorgeworfen, dass die Formel „Wandel durch Annäherung“ in einen „Wandel durch Anpassung“ umschlug. Jedenfalls ist zu konstatieren, dass im Westen in diesen Jahren das eigene politische System stets infrage gestellt wurde, während die Politik keinen Beitrag zur Demokratisierung des Ostens leistete.

Als 1980 erstmals in einem osteuropäischen Land, in Polen, die kommunistische Herrschaft durch eine mächtige oppositionelle Bewegung, immerhin waren zehn Millionen Menschen der Solidarność beigetreten, ins Wanken gebracht wurde, haben westdeutsche Sozialdemokraten eine friedensgefährdende Destabilisierung aufziehen sehen. Als das Kriegsrecht 1981 verhängt wurde, äußerten Sozialdemokraten Erleichterung. Solche Haltungen haben in Polen Unverständnis und kritische Nachfragen hervorgerufen. Den Kritikern der westlichen Entspannungspolitik „von oben“ ging es um eine Entspannung „von unten“²⁷, um die Einbeziehung der Gesellschaft und der Opposition. Freilich sind dies inzwischen längst erledigte Fragen, weil die kommunistischen Diktaturen gefallen sind und die Gesellschaften nun ihre politische Selbstständigkeit gewonnen haben.

In historischer Hinsicht kann aber die Isolierung und Ignorierung oppositioneller Bestrebungen im Ostblock auch eine Antwort auf die Frage geben, warum viele Zeugnisse der Opposition, wie auch das Querfurter Papier, relativ unbekannt blieben und in ihrer Wirkung eingeschränkt waren.

²⁷ Vgl. Kuwaczka, Waldemar: Entspannung von unten. Möglichkeiten und Grenzen des deutsch-polnischen Dialoges. Mit einem Geleitwort von Władysław Bartoszewski. Stuttgart, Bonn 1988.

Zeitzeugenberichte

25 Jahre „Querfurter Papier“ FRIEDE UND GERECHTIGKEIT HEUTE – Rückblick eines Mitverfassers

Dieter Tautz

Der Wortlaut des besagten Schreibens ist im April 1977 entstanden in der „Ökumenischen Predigt-Arbeitsgemeinschaft Querfurt“, in der evangelische und katholische Geistliche der Region im 4–6 wöchentlichen Rhythmus zusammen kamen, um gemeinsam Predigten zu erarbeiten und aktuellen Fragen der Gemeindepastoral zu besprechen. Auslöser unseres Schreibens war das Erscheinen der Charta 77 im Nachbarland Tschechoslowakei. Die Teilnehmer der AG waren sich einig, dass es auf Seiten der DDR etwas Ähnliches geben müsste wie dieses Prager Papier. Da in der DDR die Geistlichen beider Konfessionen – gemessen an den Einschränkungen der übrigen Bevölkerung – ein Höchstmaß an „Narrenfreiheit“ genossen, schien uns auch eine besondere Verantwortung für gesellschaftspolitische Veränderungen auferlegt zu sein. Eine kleine Vorbereitungsgruppe, zu der der Verfasser dieses Berichtes gehörte, erklärte sich bereit, einen Textvorschlag für eine gemeinsame Erklärung zu formulieren. Der fertige Text des „Papieres für gesellschaftliche Veränderungen in unserem Land“ sollte dann in den Kirchengemeinden beider großen Konfessionen (in der Evangelischen Kirchenprovinz Magdeburg und im katholischen Bischöflichen Amt Magdeburg) vorrangig kirchlichen Mitarbeitern zur Unterschrift vorgelegt werden. An Christen, die nicht im kirchlichen Dienst standen, haben sich die „Unterschriftensammler“ dann auch nur in Ausnahmefällen gewandt und solche auch nur höchst selten in Kenntnis gesetzt, um Menschen ohne das schützende Dienstverhältnis kirchlicher Anstellung nicht zu gefährden oder zu überfordern.

Als Adressat des mit möglichst vielen Unterschriften versehenen Papieres kam sowohl die DDR-Regierung wie auch die Leitung beider Magdeburger Kirchen in Betracht. Schon bald jedoch zeigte sich, dass der Kreis der zur Unterschriftsleistung bereiten hauptamtlichen Männer und Frauen in den Kirchen längst nicht so groß war, wie sich der Arbeitskreis erhofft hatte: im ganzen kamen in den beiden Magdeburger Kirchen etwa 60 Unterschriften zusammen.

Als Gründe wurden vor allem genannt: angebliche Aussichtslosigkeit eines solchen Versuches, Rücksicht auf persönliche und familiäre Verhältnisse, Angst vor Repressalien u. a. m. War die Zeit, anders als im „sozialistischen Bruderland ČSSR“, noch nicht reif?

Die enttäuschend geringe Zahl derer, die sich mit unserem Aufruf solidarisierten, gab letztendlich den Ausschlag dafür, dass das mit den Unterschriften

ten versehene Papier lediglich den Kirchenleitungen, also dem evangelischen Bischof Dr. Krusche und dem katholischen Bischof Johannes Braun, durch Vertreter der Predigtarbeitsgemeinschaft persönlich übergeben wurde – mit dem Hinweis, dass beide Bischöfe nach eigenem Urteil bei den sog. Staat-Kirche-Gesprächen damit verfahren könnten. Der Kreis der Unterzeichner ging davon aus, dass den Leitenden Geistlichen ein solches „Papier von unten“ u. U. eine willkommene Unterstützung sein könnte, wenn sie selbst in ihren Verhandlungen auf Veränderungen für die Bürger der DDR drängen wollten. Unterdessen gab es gelegentlich Informationen über das Querfurter Papier auch über den Kreis der Amtsträger hinaus, so auf der 26. Vollversammlung des „Aktionskreises Halle“, einer ökumenisch arbeitenden Basisgruppe in Halle/Saale (September 1977)²⁸. Nur wenige Tage danach wurde in einer Operativen Information, deren Wortlaut in den vom Aktionskreis Halle im Jahre 1999 edierten Veröffentlichungen nachgelesen werden kann, ausführlich über alles berichtet, was dort Gegenstand des Gespräches war – die Vertreter der „Staatssicherheit“ hatten auch hier ihre schnell arbeitenden Informanten! Über *Pfarrer Tautz* wird mitgeteilt, er habe *eine angebliche Aussage von Bahro* zitiert: *Jetzt ist die Zeit reif, um Aktionen zu starten und Dinge auszusprechen* und versucht, *eine regelrechte Bürgerrechtsbewegung im Sinne der KSZE-Akte* in Szene zu setzen. Abschließend heißt es: *Von dem IM wurde eingeschätzt, daß die Bemühungen von Garstecki und Tautz unter den anwesenden Personen nicht die Resonanz fand [!], die zu sofortigen feindlich-negativen Handlungen geführt hätte*. Sieht man einmal von der typischen Phraseologie und dem schlechten Deutsch solcher Darstellungen ab, so wird doch deutlich, mit welcher panischen Angst jede systemkritische Stimme beargwöhnt und jede auf Veränderung zielende Äußerung notiert wurde.

Im Umfeld des Verfasserkreises war freilich auch diskutiert worden, ob es eine Zweitfassung des Schreibens geben sollte, die, an weitere Kreise gerichtet, weniger biblisch-theologisch argumentierte, eine einfachere Sprache wählte und vor allem kürzer gefasst wäre. Der Verlauf der Ereignisse und das mangelnde Echo unter den kirchlich Engagierten hat diese Pläne bald fallen lassen.

Die Reaktion der Kirchenleitungen auf unseren Vorstoß war gleichfalls enttäuschend: Die Erwartungen der Verfasser erfüllten sich nicht. Weder eine wohlwollende Aufnahme noch irgend ein Anzeichen der Verwendung unseres Schreibens bei entsprechenden Gelegenheiten sind uns mitgeteilt worden. Der Arbeitskreis konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass unser Versuch eher als Störung oder als Einmischung in den Kompetenzbereich kirchlicher Leitungsorgane angesehen wurde. Die Reaktion von Bischof

²⁸ vgl. S. 111–113

Johannes Braun dem Berichterstatter gegenüber bestand in der Aussage, dass ich persönlich *mit einem Bein bereits im Gefängnis gesteckt habe* und nur dank seiner Bemühungen vor schlimmeren Folgen bewahrt blieb – eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema fand nicht statt. Vielmehr hatte ich den Tadel einzustecken, ich hätte wissen müssen, *daß ein bestimmtes und kluges Vorgehen oft mehr erreicht als lautstarke Proklamationen es vermögen*. Im übrigen hätte ich als Gemeindepfarrer genügend Möglichkeit, in der Gemeinde vor Ort *Verhältnisse, die uns stören, zum Guten hin zu verbessern* (Brief vom 3. 10. 1977)²⁹. Die Reaktion auf evangelischer Seite war ganz ähnlich. Damit war unser vielleicht wirklich in manchem dilettantischer Versuch, zu mehr Freiheit und Demokratie im engen Rahmen damaliger DDR-Wirklichkeit beizutragen, eindeutig verpufft.

Trotz aller Enttäuschung über die scheinbare Erfolglosigkeit unserer Initiative waren wir als Verfasser im Nachhinein einig: Es war einer der nicht gerade häufigen, aber notwendigen Versuche, aus christlicher Überzeugung für die Mitbürger der DDR-Gesellschaft öffentlich einzufordern, worauf viele schon lange gewartet hatten.

Bischof Johannes Braun war später in der Vor-Wende-Zeit überraschenderweise einer der ersten der katholischen Bischöfe in der DDR, der in seinen Briefen an die Gemeinden sehr deutliche Forderungen an die Adresse staatlicher Stellen richtete und eine unerschrockene Eindeutigkeit bewies, die sich unser Arbeitskreis zwölf Jahre früher gewünscht hatte.

Dass durch die friedliche und gewaltlose Revolution vom November 1989 Wirklichkeit wurde, worauf wir gehofft und wofür wir gestritten hatten, macht uns froh und dankbar.

Superintendent i. R. Dr. Hartmut Scheurich

Sie haben mich heute zu der Tagung als Zeitzeuge geladen. So will ich gern das Bezeugen, was ich aus der Zeit, in der das Querfurter Papier entstanden ist, noch weiß.

Immerhin, es sind nun 25 Jahre seit dieser Zeit vergangen und es ist kein Wunder, dass manche Einzelheiten aus jenen Tagen in Vergessenheit geraten sind. Nun habe ich das Glück, dass mir Frau Pfarrerin i. R. Brigitte Herrmann, die auch zu dem Autorenkreis des Querfurter Papiers gehört, einige Zeitdokumente geschickt hat, die manches Vergessene bei mir wieder in Erinnerung gerufen haben. Aber davon später.

Wie Sie ja wissen, wurde das Papier von der Ökumenischen Predigtarbeitsgemeinschaft der Querfurter Region erarbeitet und letztlich auch verantwor-

²⁹ vgl. S. 155

tet. Wir waren immer nur eine kleine Gruppe von etwa 5 bis 7 Pfarrern und Pfarrerinnen. Wenn es Sie interessiert, kann ich Ihnen die regelmäßigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer gern nennen. Es waren einmal die katholischen Pfarrer Deventer aus Querfurt und Dieter Tautz aus Osterhausen-Sittichenbach, dann Frau Pastorin Brigitte Herrmann aus Obhausen b. Querfurt, Pfarrer Dr. Nierth aus Schraplau, Pfarrer Bernd Rudolph, damals aus Farnstädt, jetzt Querfurt, und ich, damals Pfarrer in Osterhausen. Wir haben uns etwa alle 6 bis 8 Wochen in den verschiedenen Pfarrhäusern getroffen. Was uns zusammenführte und auch zusammenhielt, war die Freude an der Predigt, aber auch das Bewusstsein von der großen Verantwortung, die wir gegenüber den biblischen Texten und den Gemeinden haben. Natürlich war uns bei der Auslegung biblischer Texte der gesellschaftspolitische Kontext immer gegenwärtig.

Die alltäglichen Auseinandersetzungen mit der Schule vor Ort oder mit den Vertretern des Rates des Kreises besonders mit der Abteilung Inneres, oder die vielen Repressalien und vielfältigen Formen ideologischer Bevormundung der Menschen in der DDR haben uns immer wieder bewegt und erregt. Dabei wurde uns immer deutlicher, dass zu dem prophetischen Auftrag der Kirche Ideologie- und Gesellschaftskritik unabdingbar hinzugehören. Das Defizit an öffentlicher und unzweideutiger Wahrnehmung dieses Auftrages durch die Kirche, war uns damals schmerzlich bewusst.

Selbst in der Zeit, als wir an dem Papier arbeiteten, haben wir uns aber nie als so etwas wie ein konspirativer Kreis verstanden oder organisiert. Schon deswegen nicht, weil wir ja – über welchen Weg auch immer – mit unserem Papier gerade in die Öffentlichkeit wollten. Außerdem lebten wir in dem Vertrauen, dass uns unter dem schützenden Dach der Kirche nicht allzu Schlimmes passieren könne.

Nun zu den Dokumenten, die Frau Herrmann mir schickte. Da ist:

1. ein maschinengeschriebener Durchschlag des Originals unseres Papiers,
2. ein Brief Bischof Krusches an Pfarrer Dr. Nierth vom 21. 09. 1977³⁰,
3. ein Brief von Christoph Hinz, damals Leiter des Pastorkollegs in Gnadau an Frau Herrmann vom 27. 10. 1977³¹.

Die beiden Briefe sind deswegen besonders interessant, weil sie die Reaktion der Kirchenleitung auf unseren Aufruf gut dokumentieren. Der Bischof geht in seinem Brief zunächst noch einmal auf die Erwartungen an die Kirchenleitung ein, die wir Autoren bei der Übergabe des Papiers benannt hatten.

30 vgl. S. 152–154

31 vgl. S. 157–158

Da gab es auf unserer Seite z. B. den Wunsch oder doch die Hoffnung, dass unser Dokument in einer gemeinsamen Erklärung des katholischen und evangelischen Bischofs aufgenommen wird.

Zu diesem Wunsch schreibt Bischof Krusche:

Ich hatte damals sofort gesagt, daß ich dies für völlig aussichtslos halte. Bischof Braun und ich hätten uns bisher noch nie gemeinsam an die Öffentlichkeit gewandt und es sei ganz aussichtslos, daß wir uns in dieser Sache erstmalig mit einem gemeinsamen Wort an die Gemeinden richteten. Ich habe mit Weihbischof Hubrich diese Angelegenheit besprochen. Er hat mir erklärt, er sähe dieses Schreiben als das an, als das es ihm übergeben worden sei, nämlich als Versuch einer Unterstützung und Hilfe. In diesem Sinne würde es auch verwendet werden.

Wir haben damals auch erwogen, das Papier im Westen veröffentlichen zu lassen. Soweit ich mich erinnere, gab es auch bei einigen in unserer Gruppe deutliche Vorbehalte gegenüber einem solchen Schritt – einfach aus der Sorge heraus, unser Aufruf könne in unseriöser Weise vermarktet werden. Der Bischof warnt in seinem Brief ausdrücklich noch einmal vor einer Veröffentlichung außerhalb der DDR!

Aber auch andere Möglichkeiten der Veröffentlichung, wie z. B. im Amtsblatt oder den Informationen, die damals Pfarrer Meinhof herausgegeben hatte, hatten wir erwogen und entsprechende Wünsche geäußert. Der Bischof erinnert daran in seinem Brief und schreibt dazu:

Wir haben im Rat der Kirchenleitung durchgesprochen, ob es sinnvoll sei, diesen Text oder Teile dieses Textes in den Informationen zu bringen. Er schreibt weiter: Wir waren der einmütigen Überzeugung, daß dies nicht tunlich sei, einfach weil der apodiktische Ton dieses Schreibens nicht der Gesprächssituation angemessen sei. Er fügt dann hinzu: Bei näherem Zusehen wird einem doch auch einiges an theologischer Fragwürdigkeit immer deutlicher bei diesem Schreiben!

Nach dem Brief des Bischofs hatten wir die Kirchenleitung auch gebeten, unser Dokument in irgendeiner Weise in den Kirchenleitungsbericht vor der Synode aufzunehmen. Auch diesem unserem Wunsch äußert sich der Bischof gegenüber sehr zurückhaltend. Er macht noch einmal deutlich, dass er *keineswegs versprochen habe, daß der Text übernommen werde*, sondern er habe nur zugesagt, dass die in unserem Papier *angeschnittene Problematik* im Kirchenleitungsbericht aufgegriffen werde und die Gruppe, die für diesen Teil des Berichtes verantwortlich ist, *natürlich frei sein würde*, Passagen aus dem Dokument zu übernehmen.

Trotz der deutlichen Zurückhaltung der Kirchenleitung gegenüber unserem Papier, die aus dem Brief des Bischofs erkennbar wird, hat unser Anliegen

doch offenbar einiges Nachdenken ausgelöst. Der Bischof schreibt: *Sie dürfen gewiß sein, lieber Bruder Nierth, und ich bitte Sie, das auch den Mitunterzeichnern zu sagen, daß die von Ihnen angeschnittenen Probleme von uns sehr sorgsam bedacht werden und daß wir mit Ihnen darin eins sind, daß die Dinge zur Sprache gebracht werden müssen. Ihr Dokument hat uns genötigt, weiterhin intensiv nachzudenken und ist insofern durchaus eine Hilfe gewesen; auch dann wenn man die Dinge anders sagen muß, ist es ja doch hilfreich, wenn man erst einmal einen Text hat, mit dem man sich auseinandersetzen muß.*

Es hat ja als erste Reaktion der Kirchenleitung auf unser Papier ein Gesprächsangebot gegeben. Propst Münker und Christoph Hinz wurden gebeten, mit Vertretern unserer Gruppe zu sprechen. Ich selbst war – aus welchem Grund weiß ich nicht mehr – nicht dabei. Aus dem Brief von Hinz an Frau Herrmann wird deutlich, dass dieses Gespräch offensichtlich für alle Beteiligten sehr unbefriedigend verlief. So musste zum Beispiel das Gespräch aus terminlichen Gründen vorzeitig abgebrochen werden.

Hinz schreibt: *Der Abbruch des Gespräches am 06. 09., um 12.30 Uhr war schlecht. Ich habe das selber als schmerzlich empfunden, hätte am liebsten eine Gesprächsfortsetzung vereinbart.* Zu einer solchen Vereinbarung kam es damals offensichtlich nicht.

Nun waren ja Christoph Hinz und Propst Münker sehr unterschiedliche Persönlichkeiten und es wundert mich eigentlich nicht, dass sie beide unser Anliegen auch sehr unterschiedlich bewerteten. Offensichtlich aber war Christoph Hinz von der Haltung Münkers überrascht. Er schreibt:

Ebenfalls habe ich im vorhinein nicht geahnt, daß die Einstellung von Bruder Münker zu Ihrer Gruppe und dem, was Sie bewegt, sich von der meinen in dem Maße unterscheidet, wie es Ihnen und mir spürbar geworden ist. Er fügt hinzu: Ich habe mit dem Herrn Bischof gesprochen, in dem selben Gesprächsgang, in dem Bruder Münker berichtete. Ich habe gesagt, was ich anders sehe und anders beurteile. Aus Ihrem Brief entnehme ich, daß es kaum aufgenommen ist.

Aus diesen Sätzen von Christoph Hinz klingt Enttäuschung.

Ich kann mich noch gut erinnern, dass auch wir Autoren des Papiers damals nach den ersten Reaktionen unserer Kirchenleitung – die Reaktion Bischof Brauns gegenüber Pfarrer Tautz war ja auch nicht gerade ermutigend – ziemlich enttäuscht die Arena verlassen haben. Um so erfreulicher ist es für uns, wenn wir nun hören, dass unser Anliegen offenbar doch im Stillen einiges bewegt und also eine, wenn auch bescheidene Wirkungsgeschichte gehabt hat, an die wir damals nach den ersten Erfahrungen gar nicht so recht glauben mochten.

Brigitte Herrmann

Obhausen, den 22. 7. 02

Lieber Herr Tautz!

Ich schicke Ihnen die beiden von mir erbetenen Briefe – den des Bischofs an Nierth und den an mich gerichteten von Hinz.

Dazu kommen, zu Ihrer Information oder Gebrauch:

1. Die Abschrift des an Ihren Namensvetter gerichteten Briefes von seinem Bischof.
2. Die Durchschrift meines an Krusche gerichteten Briefes, der aber nur zu Ihrer Information gedacht ist. Für Veröffentlichung oder auch nur Zitierung ist er zu emotional und persönlich.
3. Die Durchschrift eines Briefes des Mitarbeiterkonventes Querfurt an die Kirchenleitung betreffs Brüsewitz.
4. Die Durchschrift einer Eingabe des Ev. – Kath. Pfarrkonvents an das Zentralkomitee der SED.

Darüber folgende Information: Nachdem uns von Hamel, den wir zu diesem Konvent eingeladen hatten, von dem Schreiben der 35 jungen Marxisten berichtet worden war und von der Inhaftierung einiger aus dem Kreis – ein Schreiben, das nach ihrem Willen Frau Brüsewitz und allen Pfarrern der Kirchenprovinz Sachsen ausgehändigt werden sollte, was nicht geschehen war – beschlossen wir, für die einzutreten, die für einen von uns eingetreten waren. Krusche hat mir gegenüber das Nichtaushändigen damit begründet, dass es sonst sofort von irgend jemanden der Westpresse übergeben worden wäre – und die scheute man ja wie der Teufel das Weihwasser (siehe auch mein Brief v. 23. 2. 78 an den Bischof).

Noch am gleichen Tag entstand diese Eingabe, von allen Pfarrern des Kirchekreises und den 3 in diesem Bereich amtierenden katholischen Pfarrern unterzeichnet. Ich wurde beauftragt, am nächsten Tag den Bischof mündlich zu informieren, ihm diese Durchschrift mit den Originalunterschriften zu übergeben und dann den Brief in Magdeburg abzusenden. Es wurde dann anders. Krusche, der sehr betroffen war darüber, dass wir den Brief der jungen Marxisten kannten und darauf reagieren wollten, sagte mir, wir würden damit ins Leere laufen. Er hätte selbstverständlich wegen der Verhaftungen interveniert und die Antwort erhalten, dass sie nicht wegen dieses Briefes, sondern wegen staatsfeindlicher Schriften verhaftet worden seien. Daraufhin sandte ich das Schreiben in der vorliegenden Form nicht ab, ließ die Durchschrift nicht bei Krusche – ich habe sie dann

selbst behalten und sie ist mir wegen der Unterschriften wertvoll – sondern sagte, dass wir uns eben was anderes einfallen lassen müssen. Nach einem Gespräch mit Nierth waren bereits am nächsten Vormittag mit Hilfe des Buschfunks alle zusammengetrommelt und wir haben zu dem Schreiben noch etwas hinzugefügt, was ich leider nur aus dem Gedächtnis wiedergeben kann. Eine Durchschrift der entgeltigen Eingabe habe ich nicht.

Durch Bischof Krusche erfuhren wir, daß die Inhaftierung nicht wegen des Briefes geschah. Was immer aber ihnen vorgeworfen wird, bitten wir darum, daß ihr Brief bei einem Verfahren gegen sie positiv ins Gewicht fällt, da aus ihm eine so ehrliche, gerade Gesinnung spricht, wie Sie sie von (gerade) jungen Sozialisten erwarten und erhoffen können.

Es ist keine Reaktion erfolgt, weder Eingangsbestätigung noch Beschwerde nach Magdeburg.

Nun noch einiges zu unserem „Querfurter Papier“ aus meiner Erinnerung. Während einer Predigtarbeitsgemeinschaft, an der einige von uns und die 3 katholischen Pfarrer teilnahmen – außer der Predigtvorbereitung ging es immer auch um aktuelle Fragen – kam von Pfarrer Tautz der Vorschlag, doch etwas zu formulieren, was uns wichtig war. Während bisher immer alles von allen getragen wurde, wurde es jetzt anders. Zwei von uns erklärten sofort, dass sie sich nicht beteiligen würden, zwei weitere sprangen nach dem ersten, einer nach dem zweiten Vorgespräch ab, da Propst Münker, der auch erschienen war, alles daransetzte, uns von unserem Vorhaben abzubringen. Es blieben dann von uns fünf übrig und drei Katholiken.

Was ich jetzt schreibe, ist nur zu ihrer Information. Eine Veröffentlichung wäre ohne Einwilligung unfair dem Betroffenen gegenüber. Am Tag nach der Fertigstellung unseres Papiers fuhren Nierth und ich nach Naumburg, da wir hofften, durch Ullmann Unterstützung für die Unterschriftensammlung in diesem Bereich zu finden. Er lehnte ab. Begründung: Dieses Papier sei für alle, die sich mit ihm solidarisierten gefährlich, aber doch so moderat oder harmlos, dass er dafür seinen Kopf nicht hinhalten möchte. Wir sagten ihm, er möchte doch etwas schärferes verfassen, für das es sich seiner Meinung nach dann wohl lohnen würde. Wir würden sofort unterschreiben. Er winkte ab, zumal er ja genug Ärger mit aufmüpfigen Studenten hätte. Wir fuhren dann nach Bad Kösen, wo wir bei dem mir seit der Studentenzeit befreundetem Ehepaar Höck offene Ohren fanden. Und die „aufmüpfigen Studenten“ haben ja dann kräftig bei der Unterschriftensammlung mitgewirkt. Mich würde interessieren, ob Ullmann versucht hat, sie zu hindern oder ob er sich neutral, vielleicht sogar verständnisvoll verhalten hat.

Als ich im Mai dieses Jahres, während der Wochen in meiner Zweitheimat im Allgäu mit einer mir befreundeten Pastorin, die mich regelmäßig von ihrem jetzigen Wohnort München aus besucht, über das „Querfurter Papier“ sprach und die Tagung in Querfurt zum 25. Jahrestag, kam ihr folgende Erinnerung:

Sie war zu der Zeit in Mecklenburg im Vikariat. Bei einem Konvent wurde ihnen mitgeteilt, dass ein paar Pfarrer aus Querfurt sich offenbar zu Märtyrern aufspielten. Sie hätten ein Schreiben verfasst, das das Verhältnis zwischen Staat und Kirche schwer belastet und allen würde dringend abgeraten, sich mit so was zu befassen.

Ich wundere mich, wie so was nach Mecklenburg kommt und frage mich, ob auch in anderen Landeskirchen ähnliche Warnungen vor uns weitergegeben wurden.

Machen Sie mit dem, was ich Ihnen zusende und mitteile, das, was Sie für sinnvoll halten. Ich wünsche Ihnen guten Fortgang Ihrer Arbeit und bin gespannt auf die Fertigstellung.

Dr. Wolfgang Ullmann

Berlin, den 26. 8. 02

Lieber Herr Tautz,
hier meine zugesagte Fußnote:

Zum Verständnis des von Frau Herrmann über mich Berichteten merke ich zweierlei an:

1. Als damaliger Rektor des Katechetischen Oberseminars Naumburg musste ich bei jeder öffentlichen Äußerung die Schutzinteressen der Studenten, besonders der „Aufmüpfigen“ sowie die der Hochschule selbst nicht nur gegenüber der SED, sondern auch gegenüber kirchlichen Stellen wie dem Kirchenbund in Berlin vor Augen haben, die die staatlichen Theologiefakultäten offen gegen die kirchlichen Hochschulen, besonders gegen die Naumburger, begünstigten. (Anmerkung des Herausgebers: Die „aufmüpfigen Studenten“ wurden keinesfalls von Dr. Ullmann in ihren „staatsfeindlichen“ Aktivitäten gehindert. Allerdings hat er vorsichtshalber auch nicht alles erfahren!)

2. Dem Inhalt des Querfurter Papiers musste jeder SED-Funktionär nach Helsinki und der UNO-Aufnahme der DDR zustimmen. Die Partei als solche aber konnte es unmöglich, weil sie dann schon 1977 ihren Führungsanspruch hätte aufgeben müssen. Meine damalige Position in dieser Sache ist ausgedrückt

in den Schlusssätzen der im Sommersemester 1977 in Naumburg gehaltenen Vorlesung über Kirchengeschichte in der Kirchenprovinz Sachsen:

Freiheit im Sinne der Berliner Synode von 1956 bedeutet die Freiheit der Alternative zum Erkennen des Heils im Heute. Es gibt keinen dritten Weg, auf dem die Beziehungen von Heil und Heute erst festzustellen wären. Die Glaubensfrage ist immer eine Alternativfrage: Glaubst Du das? Das ist eine Frage, die nicht aus politischen oder sozialen Alternativen herausführt, sondern tiefer in sie hinein als alle programmatischen Solidarisierungen das je könnten. Hier muß jeder Rede und Antwort stehen. Entweder haben wir das Heil mit Marxisten und anderen Evolutionisten erst in der Zukunft zu suchen, oder wir erkennen mit Paulus die Heutigkeit des Heils. Tertium non datur. (Inzwischen abgedruckt in der Festschrift für Helmut Lippelt „Von Lehrte zum Lehrter Bahnhof“, Berlin 2002, S. 55)

Dr. Wolfgang Ullmann

Dr. Claus Herold

Roßbach, 21./22. Juli 2002

Lieber Bruder Tautz,
nun habe ich die erbetene Seite „Querfurter Papier“ doch nicht in Halle geschrieben und an Sie gesandt.

Ich habe aber in unserem Roßbacher Ferienhaus in den einschlägigen Akten des Jahrganges 1977, die ich für den „Aktionskreis Halle“ (AKH) und unsere bisherigen Veröffentlichungen hier ausgelagert habe, noch einmal die Quellenlage der „Wirkungsgeschichte“ des Querfurter Papiers in unserer Gruppe, einschließlich Verbindungen zur evangelischen Kirche nachgelesen.

So habe ich die 5 Punkte für die von Ihnen gewünschten Seiten meiner Berichterstattung bis ins Detail für Sie untermauert:

1. verweise ich Sie meine Chronik, herausgegeben in der Reihe „Betroffene erinnern sich“ durch die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt. Unser Engagement in Menschenrechtsfragen im Zusammenhang mit dem Querfurter Papier wurde insbesondere im OV „Akademica“ erfasst, mit dem die Stasi den AKH ins Visier nahm (ebd. S. 99 ff.).
2. Darüber hinaus übersende ich Ihnen einige einschlägige Dokumente des MfS aus dem OV „Akademica“, in denen deutlich wird, dass die Zersetzung des AKH wegen seiner Menschenrechtsdiskussion beschlossen wurde.

de. Damit war ein „Zurückdrängen“ und „Liquidieren“ der „feindlich negativen“ Personen in der Gruppe verbunden.

3. Auf kirchlicher Seite ist Folgendes festzuhalten:

Die Reaktion der katholischen Kirchenleitung (Bischof Braun) in Magdeburg: Nichtanerkennung des AKH als kirchliche Gruppe anlässlich der Pastorsynode 1975, Hausverbot für den AKH in kirchlichen Räumen (Jugendhaus St. Michael, Roßbach, Thomas-Morus-Haus der KSG in Halle),

Nichtbeförderung engagierter katholischer Priester des AKH in kirchliche Ämter des Bischöflichen Amtes Magdeburg,

Denunziation der laisierten Priester bei ihren staatlichen Arbeitgebern, was in den meisten Fällen zur Ausreise – Ausweisung in die Bundesrepublik – führte,

Beschwerde über den beim „Bund Evangelischer Kirchen“ angestellten Jochen Garstecki und Denunziation durch die katholischen Prälaten in Berlin bei seinem „Chef“ Konsistorialpräsident Manfred Stolpe (Man betrachte seinen Einfluss im AKH als „ökumenisch unfreundliche Aktivitäten“.),

„Bearbeitung“ der evangelischen Mitarbeiter im AKH, z. B. Superintendent Joachim Jäger, Halle, Superintendent Helmut Hartmann, Eisleben, Superintendent Karl Stange, Brehna und speziell Frau Pastorin Sigrun Pabel, Erfurt durch den „Offizier im besonderen Einsatz“ „Günther“, Magdeburg (später Konsistorialpräsident der Kirchenprovinz Sachsen, Dr. Detlev Hammer).

4. Besondere durch „operative Maßnahmen“ des MfS gegen die AKH-Funktionäre verursachte Konsequenzen:

Claus Herold: Beendigung seiner Promotion zum Dr. theol. an der MLU Halle, wiederholte Nichtanerkennung seiner Wahl zum Dechanten des Dekanates Halle/Merseburg durch Bischof Braun,

Helmut Langos: wird nicht Propst der freien Pfarrstelle Halle – St. Franziskus und Elisabeth“ bzw. später „St. Norbert“, Halle, bei deren Vakanz, stattdessen wird Peter Gospos (IM „Gustav“) zum Propst ernannt,

Willi Verstege: Verweigerung jedes erbetenen Gesprächs mit dem Bischof und Nichtbeantwortung seiner Eingaben,

Dieter Tautz: Pfarrvikar in Osterhausen und Mitverfasser des „Querfurter Papiers“ wird erst nach „Abstinenz“ vom AKH zum Pfarrer in Eisleben und zum Leiter des ökumenischen Arbeitskreises im Bischöflichen Amt ernannt.

5. Meinem Schreiben lege ich noch einen Auszug aus der Diplomarbeit Sebastian Lindners, Leipzig, bei, das Kapitel Menschenrechte im AKH betreffend. Ein Beispiel für die Recherchen eines „Outsiders“ und seine Fehlinterpretation der obigen Vorgänge unter völliger Auslassung der Aktionen des MfS: Dem Diplomanden lagen alle in meinem Archiv einschlägigen Akten zu 1–4 zur Einsicht vor. Der Verfasser deutet die Zerschlagung des AKH 1978 als „strukturelle Krise“ und dementsprechende „Denkpause“.

Die „Stunde des AKH“ lag dagegen noch in der Zukunft, speziell im Jahr 1985 und im Vorbereitungsjahr zur friedlichen Wende 1989. Auch da wurden Mitglieder des AKH von Bischof Braun ausdrücklich nicht in die „ökumenische Versammlung“ zugelassen. Einziger Teilnehmer wurde so wieder Jochen Garstecki als Vertreter der Studienabteilung des „Bundes evangelischer Kirchen“.

Ich schicke ihnen zu 1. die Originale und bitte um gelegentliche Rücksendung. Die Unterlagen zu 2.–5. habe ich für Sie kopiert. Die können Sie behalten. Hoffentlich ertrinken Sie nicht in den zur Verfügung gestellten Material! Ich wünsche Ihnen einen guten Abschluss der Arbeit und uns gelegentlich ein Wiedersehen!

Ihr Claus Herold

Lothar Tautz

Frieden und Gerechtigkeit heute

... Nach einer Woche vorsichtigen Abwartens legten wir wieder los.³² Oder besser gesagt: machten wir weiter, wo wir vor Aljoschas Verhaftung aufgehört hatten: Die Brüsewitz-Biermann-Dokumentation fertig zu schreiben, die nun auch die Aktionen von Aljoscha beinhalten würde. 500 Blatt Durchschlagpapier hatte ich in der Hauptstadt erstanden. So ein Glücksfall! Damit und mit zwei Schreibmaschinen, der „Erika“ unserer Naumburger Mitstreiterin Martina Lintzel, sowie einer „Brother“, die mir Sarah Kirsch besorgen konnte, waren die materiellen Voraussetzungen gegeben, eine vernünftige Schriftform aller von uns gesammelten Informationen herzustellen und in einem akzeptablen Zustand zu verbreiten. Nach und zwischen Vorlesungen und Seminaren tippten wir wie die Weltmeister, zehn Durchschläge in der „Erika“, die „Brother“ schaffte sogar vierzehn.

³² Zitiert aus Annette Hildebrandt/Lothar Tautz, „Don't Worry, Be Happy!“, S. 70–72. Der Bericht umfasst den Zeitraum von April bis Juli 1977. Am 30. März dieses Jahres war Günther (Aljoscha) Schau, Mitstreiter der Naumburger Menschenrechtsgruppe, verhaftet und ohne weitere Begründung inhaftiert worden.

In dieser Zeit arbeitete ein vom KSZE-Prozess animierter Kreis kirchlicher Mitarbeiter aus Querfurt und Umgebung an einem programmatischen Papier zum Thema Menschenrechte. Ich war der „Verbindungsmann“ zwischen unseren Gruppen und hielt den Kontakt über einen Pfarrer Nierth. Der gehört zu der Brüsewitz-Generation und wirkte manchmal etwas realitätsfern, wie viele, die schon zu lange im Pfarramt sind. Aber er war wie wir von der Charta 77 begeistert. Auch in die ČSSR hatten wir inzwischen Verbindungen geknüpft: Aljoscha hatte vor seiner Verhaftung noch einen der Verfasser, Professor Jan Patočka, besuchen können. Der saß aber inzwischen selbst im Gefängnis. So war es uns leider vorerst nicht gelungen, uns dauerhaft mit den Tschechen zusammenzutun.

In der DDR hatte die Menschenrechtsdebatte immerhin zu mehr Zivilcourage geführt und innerhalb der Kirche zu einer neuen Friedensinitiative. Aber die Tschechen waren einfach kompromissloser.

Dr. Nierth hatte mir versprochen, unsere Naumburger Vorschläge für die Umsetzung von Korb III der KSZE-Vereinbarungen in den Querfurter Entwurf einzuarbeiten. Das war auch geschehen, und nun musste die Ausarbeitung nur noch bekannt gemacht werden, dafür wollten wir alle miteinander sorgen. Darauf freute ich mich schon, ganz nebenbei auch wegen eines unverhofft entdeckten Namensvetters. Zu den Katholiken, die in Querfurt beteiligt waren, gehörte ein richtiger Priester aus Osterhausen, der Dieter Tautz hieß, obwohl nicht verwandt oder verschwägert mit mir. Das würde der Stasi noch tüchtiges Kopferbrechen bereiten, vor allem bei der Unterschriftensammlung, wo wir beide natürlich an verschiedenen Orten unterwegs waren.

KD Halle, 13. 7. 1977

Inoffiziell wurde bekannt, daß im Amtsbereich der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, illegal ein sogenanntes Querfurter Papier mit dem Titel „Frieden und Gerechtigkeit heute“ erarbeitet wurde. Es ist gerichtet an die „Mitarbeiterschaft der evangelisch-katholischen Kirche“. Seine Verbreitung und die damit verbundene Unterschriftensammlung soll vorerst auf den Amtsbereich der Magdeburger Kirchenleitung beschränkt bleiben.

Bisher wurde bekannt, daß Unterschriftenaktionen in Naumburg, Weißenfels, Erfurt und Jena durchgeführt werden sollen, wobei eine Unterschriftensammlung im Raum Querfurt bereits durchgeführt wurde. Inoffiziell ist bekannt, daß durch Studenten des Kirchlichen Oberseminars Naumburg bereits entsprechende Aktivitäten entwickelt wurden, Unterschriften von kirchlichen

Mitarbeitern und Pfarrern für dieses sogenannte Querfurter Papier zu sammeln. Es handelt sich dabei um die Studenten

- Lothar Tautz, Mitunterzeichner des „Querfurter Papiers“ ...

Zur Unterbindung weiterer feindlich negativer Aktivitäten des genannten Personenkreises wird, unter Berücksichtigung des Quellenschutzes, eine Information an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Gen. Seigewasser, übergeben. Aus dieser Grundlage und einer, von der HA XX/4 entsprechend auszuarbeitenden Argumentation, wird Staatssekretär Seigewasser in einem Gespräch mit Bischof Krusche diesen veranlassen, Maßnahmen gegen die Personenkreise und damit zur Unterbindung ihrer Aktivitäten durchzuführen. Erforderlichenfalls ist der Personenkreis gegenüber Bischof Krusche durch die Nennung der Person Tautz zu personifizieren.

Das Querfurter Papier kam hervorragend an. Fast jeder, mit dem ich darüber sprach, unterschrieb. Das waren keineswegs nur kirchliche Mitarbeiter, die bekanntlich einen gewissen Schutz durch ihren Brötchengeber hatten. Viele Leute aus meinem weitverzweigten Freundeskreis taten das, obwohl sie wussten, was ihnen blühen könnte, denn Fuchs, Kunert und Pannach saßen immer noch, verstärkt (und hoffentlich auch gestärkt) durch Aljoscha.

Wenn es irgend möglich war, begleitete ich Ami Pannach zu ihren „Sprechern“, wie man die Besuchszeiten nannte, in der Berliner Magdalenenstraße. Ich wartete immer draußen, denn ihr ging jedes Mal schlecht, wenn sie Gerulf in den Fängen der Stasibüttel zurücklassen musste. Da half es nicht zu wissen, dass die vier Häftlinge eher einen Edelknast erleben, als die DDR-Variante des Gulag. Wobei wir nicht vergessen wollen, dass der beste Knast nichts taugt.

Gut dann, dass es solche Menschen wie Robert Havemann gab: Am nächsten Tag, immer noch den Duft von Graziellas Parfüm in der Nase, nach einem Besuch bei Rechtsanwalt Vogel von dessen Weltläufigkeit und Zuversicht angenehm überrascht, die „Magdalene“ vor Augen, in der Ami für zwei Stunden verschwunden war und von der großartigen Sarah durch die Anhäufung von Stasispitzeln sicher geführt, saß ich endlich vor ihm, um bei Kaffee und Kognak unsere Dokumentation über die Protestbewegung nach der Biermannausbürgerung und das Querfurter Papier „Frieden und Gerechtigkeit heute“ zu überreichen.

24. 7. 1977

Am Abend des 22. 7. 1977 fand in der Stadtwohnung des Havemann eine Zusammenkunft statt, an der neben Havemann die Fuchs, Lilo; Kirsch, Sarah;

Pannach, Amrei (alle operativ bekannt) und der Tautz, Lothar teilnahmen. Der Tautz wurde vermutlich durch die Kirsch an Havemann vermittelt. Er berichtete, daß mehrere nichtgenannte Personen eine „Dokumentation“ über die Ereignisse des letzten dreiviertel Jahres in der DDR gefertigt haben und übergab Havemann ein Exemplar.

Ausdeutungen ist zu entnehmen, daß diese „Dokumentation“ über Proteste, Stellungnahmen und Verhaftungen von Personen im Zusammenhang mit der Ausbürgerung Biermanns informiert.

Weiterhin informierte er Havemann darüber, daß er Theologie studiere und daß ein evangelisch-katholischer Predigtkreis, dem sieben Pfarrer angehören, ein Schreiben verfaßt haben, das ähnlich der „Charta 77“ aufgebaut sei, indem die DDR bezichtigt wird, gegen Menschenrechte zu verstoßen, eine Militarisierung betreibe und keine Informationsfreiheit und Kritikmöglichkeit gewährleiste.

Als wir nach zwei Stunden das Haus verließen, wartete die Stasi schon im Dutzend, mein „Personaldokument“ abzufordern. Ich war so wütend über diese dreiste Vorgehensweise, dass ich sie alle in die Flucht schlagen wollte. Nur Sarah Kirschs Besonnenheit war es zu verdanken, dass ich zwar identifiziert aber frei zur Fischerinsel laufen konnte. Meinen selbstzerstörerischen Aktionismus dämpfte erst der eiskalte Wodka aus ihrer Hausbar.

Christian Kunert

Lieder und Texte, vorgetragen von Christian (Kuno) Kunert, Musiker der Klaus-Renft-Combo anlässlich des Lesekonzerts gemeinsam mit Lothar Tautz zum 25. Jahrestag des Querfurter Papiers auf der Querfurter Burg am 26. April 2002

Für uns, die wir noch hoffen

Um seinem Verbot zu begegnen, hatte sich Gerulf Pannach eine ganz infame Strategie ausgedacht: Er bot an, sein Programm mit internationalen Songs, die er ins Deutsche bringen wollte, konsensfähig zu gestalten. Für die Idee bekam er einen mit Honorar verbundenen „Fördervertrag“ und ging ans Werk. Gegen die Songs des Katalanen Raimon Pelegro, der im faschistischen Spanien verboten war oder die von Patricio Manns, Sänger des chilenischen Widerstandes, konnten sie ja nun schwerlich was einwenden.

Die Funktionäre waren zwar blöde, aber nicht dumm. In einer dieser „Analysen“ heißt es, dass Gerulfs Nachdichtungen „in der Allgemeinheit ihrer Ge-

sellschaftskritik – sofern der Name des Autors beim Vortrag nicht ausdrücklich genannt wird – auch ihren Missbrauch gestatten, das heißt vor Publikum als Anti-DDR-Gedichte aufgeführt werden können.“

„Missbrauch“ hin und her, aber wo sie recht hatten ...

Für uns, die wir noch hoffen

(Text: Pannach / frei nach Raimón)

*Für uns, die wir noch hoffen
Auf eine bessere Zeit
Schlage ich die Gitarre
Und sage, was in uns schreit*

*Wir glauben nicht an Pistolen!
Leben ist das, was wir wolln
Und noch vorm Tod, wenn's geht!*

*Wir brauchen keine Kandarre!
Freiheit heißt die heiße Ware
Nach der wir schlangestehn!*

*Für uns, die wir noch hoffen
Auf eine bessere Zeit
Schlage ich die Gitarre
Und sage, was in uns schreit*

*Hoffnungslos wie gefangene Stiere
Hin zur Exekution
Wolln wir nicht mehr marschieren
Nach ihren Kommandos!*

*Für uns, die wir noch hoffen
Auf eine bessere Zeit
Schlage ich die Gitarre
Und sage, was in uns schreit*

*Für uns, die wir immer noch hoffen
Auf eine bessere Zeit*

1974, LP „Für uns, die wir noch hoffen“, CBS 1977

Über den Frieden

(Sobre la pau / Raimón / dt. Pannach)

*Frieden, das ist manchmal
Die Angst davor
Daß die Ruh nächtlich trügt
Daß es klingelt vor der Früh
Frieden, das ist manchmal
Die Angst davor*

*Frieden, das ist manchmal
Die Ruh vorm Tod
Vorm Tode der Menschen
Die schon schweigen vor dem Ende
Frieden, das ist manchmal
Die Ruh vorm Tod*

*Frieden, das ist manchmal
Hundegebell
Wenn Armeekarawanen
Nachts durch tote Straßen tranen
Frieden, das ist manchmal
Hundegebell*

*Frieden, das ist manchmal
Nur der Vorwand
Für ein großes Land
Um in kleine Länder zu marschieren
Das ist Frieden manchmal*

*Frieden, das ist manchmal
Doch Knechtschaft bloß
Unter Führern
Die nicht fallen
Nach dem Fallgesetz
Das ist Frieden manchmal*

*Frieden, das ist manchmal
All unsre Qual
Frieden, das ist manchmal
All unsre Qual
Das ist Frieden manchmal*

1974, LP „Für uns, die wir noch hoffen“, CBS 1977

Rockballade vom kleinen Otto

(Musik: Thomas Schoppe – Text: Pannach)

Seine Kinderjahre
Lagen ihm im Magen
Wie Steine, doch er weint nicht mehr
Manchmal sagte Otto:
Leben ist wie Lotto
Doch die Kreuze macht ein Funktionär!

Ob ich nach Norden
Ob ich nach Norden
Ob ich nach Norden flieh?

Als er mal ein Foto
Sah vom großen Otto
Aus Hamburg an der Reeperbahn
Schrieb dem Namensvetter
Er: Du bist mein Retter
Der mir die Freiheit kaufen kann!

Hol mich nach Norden
Hol mich nach Norden
Hol mich, oder ich flieh!

Die Deutsche Mark, die harten
Ließen auf sich warten
Da ging er an die Autobahn
Und fuhr ungefährdet
Bis nach Wittenberge
Dort sprang er aufn Elbekahn

Hol mich nach Norden
Hol mich nach Norden
Hol mich, oder ich flieh!

Nimm mich mit, oh Kapitän,
Auf die Reise!
Nimm mich mit, oh Kapitän,
Durch die Schleuse!

Nach dem Tütenkleben
Wollt er nicht mehr leben
Er fuhr nach Wittenberge rauf
Und ging in die Elbe
Die Stelle war dieselbe
Vielleicht taucht er in Hamburg wieder auf

Ho Hol mich nach Norden
Hol mich nach Norden
Hol mich, oder ich flieh!

etwa 1974, CD „Renft live“, Fluxus 1990,
außerdem CD Renft „Zwischen Liebe und Zorn“, Deutsche Schallplatten GmbH 1993

Glaubensfragen

(Musik: Kunert – Text: Pannach)

Du, woran glaubt der
Der zur Fahne ³³ geht
Ruhm der Fahne schwört
Dabei stramm steht?

Du, woran glaubt der
Der nicht anlegt
Der als Fahne vor sich her
Einen Spaten trägt

Du, woran glaubt der
Der in'n Kahn ³⁴ geht
Und den Hintern quer
Zur Fahne dreht?

etwa 1974, LP „Für uns die wir noch hoffen“, CBS 1977
auch CD Renft „Zwischen Liebe und Zorn“, 1993

„Otto“ und „Glaubensfragen“ waren der Hammer. Damit kam keiner mehr zurecht, nicht mal unser Publikum. Als wir in Meerane zum ersten Mal „Glaubensfragen“ aufführten, war es ganz still im Saal: Was denn, so was dürfen die? Nach der zweiten Strophe rief ein Vorlauter, der uns die Konsequenz nicht zutraute: „Und, was is' mit dem, der verweigert?“ Prompt kam die dritte Strophe mit dem, der in den Knast geht – da war nur noch „Was'n jetzt los!“

33 Fahne: DDR-Jargon für Wehrdienst

34 Kahn: DDR-Jargon für Knast

Fluche, Seele, fluche

(Musik: Sallmann/Kunert – Text: Mühsam/Pannach)
– nach Erich Mühsams Gedicht: „Weiter, weiter unermüdlich“

*Ob im Süden oder Norden
Nirgends bist du froh geworden
Suche, Seele, suche!
Such nur, kannst doch nichts finden!
Siehst nur das Glück von hinten
Fluche Seele, fluche!*

*In nem D-Zug ausm Fenster
Lehnst du und glaubst an Gespenster
Suche, Seele, suche!
Such nur, hinter Gardinen
Lauern schadenfrohe Mienen
Fluche, Seele, fluche!*

*Ob im Osten oder Westen
Wo man ist, ist's nie am besten
Suche, Seele, suche!
Freiheit, Freibier und Frieden
sind dir, Seele, doch nicht beschieden
Fluche, Seele, fluche!*

1980, LP „Fluche Seele, fluche!“, Mood-records 1981



Christian
Kunert
(Foto: Privat-
Archiv Kunert)

BLUES IN ROT

(Musik: Kunert, Text: Pannach & Kunert)

*Ich singe meinen Blues für einen Mann
Der konnte erzähl'n
Wie rot die Träume war'n in den Ruinen
Da, wo jetzt die Neubauten stehn.*

*Und willst Du wissen, was dem Mann
Von seinen Träumen blieb
Dann frag die Wände in der Zelle
Hohenschönhausen, Drei – Null – Sieb'n.*

*Ich sing den Blues in Rot
Für einen, der mich nicht hört
So wie in Dunkelheit 'n Kind
Sich laut 'n Lied singt
Sing ich den Blues in Rot.*

*Ich singe meinen Blues für einen Mann
Der konnte erzähl'n
Wie rot die Hoffnung war an runden Tischen
Da, wo jetzt die Chefsessel stehn.*

*Von seinem Heimatland, wo er kein Land sah
Ging er ohne Gruß
Wenn Du nicht weißt, wohin, geht's Dir wie mir
Mit meinem Blues.*

Ich sing den Blues in Rot ...

1999, CD „Als ob nichts gewesen wär“, BMG 1999

ALS OB NICHTS GEWESEN WÄR

(Musik: Kunert, Text: Kunert)

*Katzenjammer im Dezember
In der Tasche keinen Knopp
Nichts als Nieten im Kalender
Und im Horoskop nur Schrott.*

*Januar, Februar, März, April, Mai
Hoppla, es geht gar nicht schwer
Pfeif ich wieder Dideldumdei
Als ob nichts gewesen wär.*

*Jenni³⁵ hat 'ne Braut im Lampi³⁶
Die hat's hintern Ohren dick
Trabt 'n Kerl vorbei mit Hengstblick
Hat sie schon mal Zeit für'n Ritt.*

*Kummer ist was, was man nicht will
Glück kommt bloß von ungefähr
Nächsten Morgen alles Himmel
Als ob nichts gewesen wär.*

*Wo kommt das her
Daß ich heut nicht traurig sein mag
Was will ich mehr
Wenn's an deinen Tollkirschen lag.*

*Aller Spaß hat mal ein Ende
Nichts, was mir die Laune nimmt
Weiß man doch, keine Zustände
Gibt es, die für ewig sind.*

*Frühling, Sommer, Herbst und Winter
Mancher lacht schon lang nicht mehr
Lachend aber sind wir Kinder
Als ob nichts gewesen wär.*

1999, CD „Als ob nichts gewesen wär“, BMG 1999

35 Jenni ist Klaus Jentzschs (Renfts) Spitzname

36 Lampi: Szenekneipe „Lampion“ in Berlin-Mitte

Das „Querfurter Papier“ im Spiegel der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit – Der Zentrale Operative Vorgang (ZOV) „Korinther“

Wiebke Janssen

Hinter dem stasi-internen Kürzel „ZOV Korinther“ verbirgt sich die schriftliche Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit (im folgenden MfS abgekürzt) über die Entstehung und Verbreitung des Querfurter Papiers „Friede und Gerechtigkeit heute“. Die Staatssicherheit wählte die Bezeichnung „Korinther“, weil dem „Querfurter Papier“ die Bibelstelle *so bitten wir nun an Christi statt, lasset Euch versöhnen in Gott* aus dem 2. Korintherbrief (Abschnitt 5, Vers 20) des Neuen Testaments vorangestellt ist. Der ZOV „Korinther“ umfasst 13 Akten mit insgesamt 990 Blättern. Er wurde am 13. Juli 1977 eröffnet und hatte das Ziel, *den Personenkreis, der an der Verfassung, Unterzeichnung und Verbreitung des von feindlich-negativen klerikalen Kräften erstellten sogenannten „Querfurter Papiers“ beteiligt ist, zu bearbeiten*.³⁷ Wie die „Bearbeitung“ erfolgte, und ob sie im Sinne der Staatssicherheit erfolgreich war, soll Gegenstand dieses Aufsatzes sein.

Die Kirchenpolitik wurde wie alle Politikfelder in der DDR von der SED allein bestimmt. Der Atheismus war fester Bestandteil der kommunistischen Weltanschauung. Die SED wertete Religion, insbesondere den christlichen Glauben, als rückständiges gesellschaftliches Bewusstsein. Die Kirchen galten als konkurrierende politische Institutionen. In ihrer Kirchenpolitik folgte die SED in all den Jahren des Bestehens der DDR keinerlei definierten Leitlinien. Sie war oft Reaktion auf kirchliche Aktivitäten.³⁸

Das MfS hatte als „Schild und Schwert der Partei“ diese Politik geheimdienstlich umzusetzen. Mielkes Vorgänger im Amt des Ministers für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, brachte das Feindbild Kirche auf eine einfache Formel: *Die Kirche ist der stärkste legale Stützpunkt des Imperialismus in den sozialistischen Ländern*.³⁹ Für die geheimdienstliche Überwachung dieses legalen Stützpunktes des Imperialismus war innerhalb des MfS die Abteilung 4 der Hauptabteilung XX zuständig. Neben der Überwachung der

37 Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik – Außenstelle Halle (im folgenden BStU – Außenstelle Halle abgekürzt), AOP Halle 3266/78, Bd. 1, Bl. 14.

38 Vgl. Carl Ordnung, Kirchenpolitik, in: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch hrsg. von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler, Berlin 1997, S. 432–442, hier S. 433.

39 Zit. nach Peter Maser, Die Kirchen in der DDR, Bonn 2000, S. 119.

Kirchen „bearbeitete“ die Hauptabteilung XX die Bereiche Kunst, Kultur und politische Untergrundtätigkeit. Entsprechende Abteilungen gab es auch in den untergeordneten Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS. Im Zentralen Operativen Vorgang „Korinther“ übernahm die Abteilung XX/4 der Bezirksverwaltung Halle die Federführung. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich aus Mitarbeitern der Bezirksverwaltung sowie der Kreisdienststellen Naumburg, Querfurt und Weißenfels rekrutierte. Die Erstunterzeichner des „Querfurter Papiers“ lebten, wie die Staatssicherheit bereits wusste, in den genannten Kreisen. Des weiteren verdächtigte das MfS, Studenten des Katechetischen Oberseminars Naumburg Unterschriftenaktionen zu organisieren. Aus diesem Grund wurde der ZOV „Korinther“ in drei Teilvorgänge (TOV), für die die Kreisdienststellen Naumburg, Querfurt und Weißenfels verantwortlich zeichneten, aufgesplittet. Leiter der Arbeitsgruppe war Hauptmann Jonak von der Bezirksverwaltung des MfS Halle. In regelmäßigen Abständen unterrichtete die Bezirksverwaltung die Stasi-Zentrale in Ost-Berlin über den Fortgang der Untersuchung.

Im Eröffnungsbericht vom 13. Juli 1977, der die Notwendigkeit eines Zentralen Operativen Vorganges begründete, mussten die Mitarbeiter der Abteilung XX/4 zwar einräumen, dass nach einer Prüfung der Hauptabteilungen IX⁴⁰ und XX des MfS keine strafrechtliche Relevanz vorläge.⁴¹ Dennoch stufte die Staatssicherheit die Verfasser des „Querfurter Papiers“ als *gesellschaftsgefährlich* ein. Die „Gesellschaftsgefährlichkeit“ war aus der Sicht der Staatssicherheit gegeben, weil die Erstunterzeichner *mit der Sammlung von Unterschriften unter feindlich-negativen klerikalen Kräfte beider Konfessionen ... die gegenwärtige Angriffsrichtung des Gegners* [gemeint ist hier der kapitalistische Westen und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, W. J.], *die vor allem auf die Schaffung sogenannter Bürgerrechtsbewegungen innerhalb der DDR und der sozialistischen Bruderländer ausgerichtet ist*, unterstützten. Die Verfasser des „Querfurter Papiers“ hätten auch *bewußt eine strafrechtliche Relevanz vermieden*, weil sie sich nur an einen bestimmten

40 Die Hauptabteilung IX war die Untersuchungsabteilung. Sie trat immer in Erscheinung, wenn es um politische Straftaten im Sinne des Strafgesetzbuches der DDR ging. Zur Funktion der Hauptabteilung IX innerhalb des MfS vgl. Roger Engelmann, Staatssicherheitsjustiz im Aufbau. Zur Entwicklung geheimpolizeilicher und justitieller Strukturen im Bereich der politischen Strafverfolgung 1950–1963, in: ders.; Clemens Vollnhals (Hrsg.), Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999, S. 133–164.

41 Vgl. BStU – Außenstelle Halle, AOP Halle 3266/78, Bd. 1, Bl. 13–16. Das Dokument ist auch abgedruckt in: Lothar Tautz; Christian Radeke, „Warte nicht auf bess're Zeiten ...“ Oskar Brüsewitz, Wolf Biermann und die Protestbewegung in der DDR 1976–1977, Halle 1999, S. 140–142.

Personenkreis, nämlich die Mitarbeiter der evangelischen und katholischen Kirche, wandten. Aus diesem Grund seien auch die *feindlich-negativen Angriffe* im „Querfurter Papier“ *theologisch verbrämt und aus der Sicht einer angeblichen christlichen Mitverantwortung heraus formuliert* worden.⁴²

Die „feindlich-negativen Angriffe“ waren:

- 1.) *die Anzweiflung der Glaubwürdigkeit des von Partei und Regierung auf wissenschaftlicher Grundlage vorausbestimmten Kurses der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR,*
- 2.) *die Verneinung des untrennbaren Zusammenhanges von Sozialismus und Kampf um Frieden und Zusammenarbeit,*
- 3.) *die Verleugnung der Notwendigkeit der Landesverteidigung und der sozialistischen Wehrerziehung,*
- 4.) *die Unterstellung, daß die verfassungsmäßig garantierte Glaubensfreiheit eingeschränkt wird,*
- 5.) *die Vorhaltung, daß einige in der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Grundsätze in der DDR nicht verwirklicht werden.*⁴³

Aus dieser Wertung des „Querfurter Papiers“ ergaben sich alle folgenden Aufgaben, die die Staatssicherheit im ZOV „Korinther“ stellte. Zunächst sollten alle Personen ermittelt werden, die an dem Entstehen des Papiers beteiligt waren bzw. die ihre Unterschrift unter das Papier gesetzt hatten. Gleichzeitig war die Staatssicherheit daran interessiert, weitere Aktionen der Initiatoren des „Querfurter Papiers“ aufzudecken bzw. zu verhindern und zu prüfen, ob diese ggf. einer strafrechtlichen Verfolgung standhielten. Zusätzlich beschäftigte sich die Staatssicherheit mit der Frage, ob es sich um eine Aktion einer isolierten Gruppe handelte oder ob Verbindungen zu westdeutschen Bürgerrechtsbewegungen oder zu oppositionellen Gruppierungen in sozialistischen Ländern Osteuropas bestünden. Die letzte Aufgabe verfolgte eine langfristige Zielsetzung. Ausgehend von den ersten Untersuchungsergebnissen plante das MfS das Einschleusen von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) sowohl in das unmittelbare persönliche Umfeld der Erstunterzeichner als auch *in Schwerpunktbereiche der Kirchen beider Konfessionen*. Darüber hinaus sollte eine *umfassende Aufklärung der Persönlichkeitsbilder des Personenkreises sowie Erarbeiten politisch-operativ verwendbarer Ansatzpunkte für die Einleitung zielgerichteter Zersetzungsmaßnahmen* erfolgen.⁴⁴

42 BStU – Außenstelle Halle, AOP Halle 3266/78, Bd. 1, Bl. 14.

43 Ebenda, Bl. 15.

44 Ebenda, Bl. 16.

Seit einigen Jahren erscheinen verstärkt Erinnerungen und Autobiographien hochrangiger Stasi-Offiziere. Sie sind überwiegend mit der Intention geschrieben worden, die Öffentlichkeit über die „wahren“ Aufgaben und Funktionen der Staatssicherheit aufzuklären.⁴⁵ Karl Wilhelm Fricke hat jüngst diese Erinnerungsliteratur aus dem Stasi-Milieu untersucht. Er charakterisierte sie als eine Gemengelage aus Halbwahrheiten und Legenden, Stasi-Verklärung und Selbstrechtfertigungen.⁴⁶ Es werden aber auch Lügen verbreitet. Die Behauptung von Josef Schwarz, letzter Chef der Bezirksverwaltung Erfurt, der Begriff „Zersetzung“ habe *keinesfalls die physische oder psychische Zerstörung einer Persönlichkeit* bedeutet, sondern nur *Auflösung oder Desorganisation einer Gruppe, indem man Personen aus diesen Gruppen zu beeinflussen versucht*⁴⁷ entspricht nicht der Wahrheit. Die MfS-Richtlinie 1/76 über die Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge nennt u. a. eine *systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes*, die *gezielte Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge*, die *Verwendung anonymen und pseudonymen Briefe, Telegramme und Telefonanrufe*, den Gebrauch *kompromittierender Fotos* sowie die *gezielte Verbreitung von Gerüchten* als bewährte *Formen der Zersetzung*.⁴⁸ All das ist unter den Worten *zielgerichtete Zersetzungsmaßnahmen* zu verstehen, wie sie auch in der Aufgabenstellung des ZOV „Korinther“ genannt werden.

In einem ersten Schritt informierte das MfS den Staatssekretärs für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, über die Existenz und den Inhalt des „Querfurter Papiers“. Ein Mitarbeiter der Staatssicherheit erarbeitete für Seigewasser eine Argumentation für ein geplantes Gespräch mit dem Bischof der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen, Werner Krusche. Ziel des Gesprächs war, Bischof Krusche zu veranlassen, *Maßnahmen gegen die Personengruppen und damit zur Unterbindung ihrer Aktivitäten* einzuleiten.⁴⁹ Das Gespräch zwischen Seigewasser und Krusche kam am 13. Juli 1977 zustande. Über den Inhalt der Besprechung fertigte Seigewasser zwei Tage später einen Bericht an, den er an die Staatssicherheit übermittelte. In der Unterredung erfuhr Seigewasser, dass Bischof Krusche im Besitz des Papiers sowie einer Unterschriftenliste mit den Namen von ungefähr 60 oder 62 Unter-

45 Vgl. Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997; Josef Schwarz, Bis zum bitteren Ende. 35 Jahre im Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit. Eine DDR-Biographie, Schkeuditz 1994; Werner Großmann, Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs, Berlin 2001.

46 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Memoiren aus dem Stasi-Milieu. Eingeständnisse, Legenden, Selbstverklärung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30–31/2001, S. 6–13.

47 Schwarz, Bis zum bitteren Ende, S. 142 zit. nach Fricke, Memoiren, S. 7.

48 Karl Wilhelm Fricke, MfS-intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991, S. 126 f.

49 BStU – Außenstelle Halle, AOP Halle 3266/78, Bd. 1, Bl. 41.

zeichnen sei, die ihm Pastor Dr. Wolfram Nierth übergeben hatte. Bischof Krusche versicherte, dass diese Schrift nur für ihn persönlich bestimmt sei und nicht über seinen Schreibtisch hinausgehen würde. Seigewasser wertete Krusches Bemerkungen über die Inhalte des „Querfurter Papiers“ als *Versuche, die negative, gegen Staat und Gesellschaft gerichtete Tendenz zu verniedlichen*. Über die Unterschriftenaktion der Erstunterzeichner äußerte Bischof Krusche den Standpunkt, *für ihn sei es aber kirchlich nicht illegitim, wenn Geistliche und andere Angestellte der Kirche durch Unterschriften ihre Meinung präsentieren, sofern sie nicht über die Kirche hinaus andere Bürger dafür gewinnen wollen*. Mit dem Verlauf des Gesprächs war Staatssekretär Seigewasser nicht zufrieden. Er wies den Stellvertreter Inneres des Rates des Bezirkes Halle, Theo Pöhner, an, in einem weiteren Gespräch mit Bischof Krusche noch einmal gegen die Unterschriftenaktion zu protestieren. Allerdings sollte es Pöhner nicht zu *einer unnötigen Verschärfung kommen lassen*.⁵⁰

Neben der Einschaltung des Staatsapparates war die Staatssicherheit auf die Zuarbeiten von Inoffiziellen Mitarbeitern angewiesen. Im ersten operativen Maßnahmenplan stellte der Leiter der Arbeitsgruppe „Korinther“, Hauptmann Jonak, fest, welche Inoffiziellen Mitarbeiter, die über kirchliche Belange berichteten, eingesetzt werden könnten. Im Vergleich zu anderen Hauptabteilungen des MfS verfügte die Hauptabteilung XX über wenige Inoffizielle Mitarbeiter. Das bedeutet aber nicht, dass die Kirchen nur ein Arbeitsgebiet von geringer Bedeutung für die Staatssicherheit gewesen wären. Im Gegenteil. Sie verfügte in diesem „sensiblen“ Bereich über besonders qualifizierte Inoffizielle Mitarbeiter, deren Einsatz und „Karrieren“ langfristig geplant waren. Deshalb war das MfS stets bemüht, diese vor einer Enttarnung oder um mit dem Stasi-Jargon zu sprechen, vor einer „Dekonstruktion“ zu schützen.

In den Akten über den ZOV „Korinther“ tauchen immer wieder Berichte auf, die mit dem Decknamen „Günther“ unterzeichnet sind. „Günther“ war ein Offizier im besonderen Einsatz (OibE), ein hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS, der zuletzt den Rang eines Majors innehatte.⁵¹ Er war in der evangelischen Kirchenleitung der Provinz Sachsen tätig und berichtete unter anderem auch über die Reaktionen von Bischof Krusche auf das „Querfurter Papier“. Das Gespräch zwischen Staatssekretär Seigewasser und Bischof Krusche hatte für das MfS die negative Folge, dass Bischof Krusche das Papier unter Verschluss hielt. Erste Überlegungen der Staatssicherheit, über

50 Ebenda, Bl. 66 f.

51 Zu Beginn des ZOV „Korinther“ wird „Günther“ als IME (= Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz) bezeichnet. Ende März 1978 taucht erstmals das Kürzel OibE für „Günther“ auf. Vgl. BStU – Außenstelle Halle, AOP Halle 3266/78, Bd. 1, Bl. 181.

„Günther“ das „Querfurter Papier“ und die dazugehörige Unterschriftenliste in ihren Besitz zu bekommen, wurden nicht umgesetzt: „Zur Verhinderung politischer Komplikationen sowie einer Dekonspiration des OibE Günther wurde von der Durchführung einer konspirativen Arbeitsplatzdurchsuchung bei Bischof Krusche Abstand genommen, obwohl die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen wurden.“⁵² Erst nach der Wende wurde „Günther“ enttarnt. Es war der seit 1974 für das Magdeburger Konsistorium tätige Jurist Detlef Hammer. Seine Verpflichtungserklärung unterzeichnete er bereits 1970. Hammer war zuletzt Konsistorialpräsident. Er verstarb 1991 in Magdeburg.⁵³

Auch in der katholischen Kirche waren Inoffizielle Mitarbeiter im Einsatz. Im Zusammenhang mit dem ZOV „Korinther“ wird ein IM „Joppe“ genannt, von dem ebenfalls Berichte in den Akten vorliegen. Über die Haltung des katholischen Bischofs Braun berichtete „Joppe“, dass „Braun die Handlungen dieser Personen mit Unbehagen beobachtet und auch noch in geeigneter Form vorgehen wird dagegen. Das ‚Querfurter Papier‘ wird unbeantwortet bleiben.“⁵⁴ Beide, „Günther“ und „Joppe“, erhielten unter anderem von der Staatssicherheit den Auftrag, die Bischöfe Krusche und Braun zu einer öffentlichen Stellungnahme gegen die Verfasser und den Thesen des „Querfurter Papiers“ zu bewegen.⁵⁵ Über die Einflussnahme des Staatsapparates und den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern in den Kirchenleitungen erreichte die Staatssicherheit, dass das „Querfurter Papier“ keine weitere Verbreitung in den Gemeinden fand.

Nach einem halben Jahr waren der Staatssicherheit erst die Namen von elf Unterzeichnern des „Querfurter Papiers“ bekannt.⁵⁶ Sehr schnell konzentrierte sich die Staatssicherheit auf den evangelischen Pastor Dr. Wolfram Nierth sowie den katholischen Pfarrer Dieter Tautz, die als Initiatoren angesehen wurden. Gemäß der Aufgabenstellung des ZOV „Korinther“, die den Einsatz „zielgerichteter Zersetzungsmaßnahmen“ rechtfertigte, hinderte das MfS beide Geistliche nachhaltig an einem weiteren Engagement für die Verbreitung des „Querfurter Papiers“. Das MfS schreckte nicht davor zurück, sie bei ihren Vorgesetzten durch Lügen und Gerüchte in Misskredit zu setzen.⁵⁷

52 Ebenda, Bl. 184.

53 Vgl. Maser, Kirche, S. 123; Harald Schultze; Waltraud Zachhuber: Spionage gegen eine Kirchenleitung. Detlef Hammer im Konsistorium Magdeburg, Magdeburg 1994.

54 BStU – Außenstelle Halle, AOP Halle 3266/78, Bd. 1, Bl. 127.

55 Vgl. ebenda, Bl. 98.

56 Vgl. ebenda, Bl. 165.

57 Vgl. BStU – Außenstelle Halle, AOP Halle 3266/78, Bd. 2, Bl. 112–113.

Ihr Ziel, sämtliche Personen zu ermitteln, die das „Querfurter Papier“ unterzeichnet hatten, erreichte die Staatssicherheit durch den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern nicht. Wie geschildert kam OibE „Günther“ nicht in Frage. Anderen Inoffiziellen Mitarbeitern gelang es nicht, ein ausreichendes Vertrauensverhältnis zu den Erstunterzeichnern aufzubauen. Aus diesem Grund plante die Staatssicherheit eine „konspirative Hausdurchsuchung“ bei Pastor Dr. Nierth. Sie hoffte, das Original oder eine Durchschrift des „Querfurter Papiers“ zu finden. Darüber hinaus sollten Schreibmaschinenproben und auch Handschriften von Dr. Nierth gesichert sowie Adressen und Briefe auf Verbindungen ins Ausland überprüft werden. Eine Hausdurchsuchung, die im August 1977 geplant war, konnte nicht ausgeführt werden, weil Pastor Dr. Nierth vorzeitig aus dem Urlaub zurückgekehrte.⁵⁸

Ein Jahr später, im Juli 1978, unternahm die Staatssicherheit einen zweiten Versuch. Wieder war Pastor Dr. Nierth im Urlaub auf Rügen. Eine minutiös geplante Aktion der Staatssicherheit nahm ihren Lauf. Die Bezirksverwaltung Halle stellte durch einen Telefonanruf in der Kreisdienststelle Bergen sicher, dass sich Pastor Dr. Nierth in ihrem Einzugsgebiet aufhielt. Zur Zeit des Anrufes hielt er einen Vortrag. Erst aufgrund dieser Information gab die Bezirksverwaltung Halle das Startsignal für die Hausdurchsuchung. Dabei dachte die Stasi auch an eine Betreuung für den Hund der Familie. IM „Franke“ nahm den Hund in Gewahrsam und sollte ihn nach Abschluss der Aktion wieder freilassen.⁵⁹

Obwohl alles durchdacht und geplant war, scheiterte die Hausdurchsuchung aufgrund menschlichen Versagens. Die Vertreter der Bezirksverwaltung Halle trafen ihre Kollegen von der Kreisdienststelle Querfurt nicht am vereinbarten Treffpunkt an. Später stellte sich heraus, dass Querfurter und Hallenser MfS-Mitarbeiter aufgrund eines Verständigungsfehlers an verschiedenen Orten aufeinander warteten. Die Aktion wurde abgebrochen und auf den folgenden Tag verschoben. Dazu traf die Staatssicherheit hektische Vorbereitungen. IM „Franke“ musste sich weiter um den Hund kümmern und im Dorf in Erfahrung bringen, ob die Einwohner ungewöhnliche nächtliche Aktivitäten wahrgenommen hatten. Im dritten Anlauf konnte die Durchsuchung stattfinden.⁶⁰ Sie war für die Staatssicherheit ein Erfolg. Nach über einem Jahr war das MfS schließlich im Besitz des Originals des „Querfurter Papiers“ sowie der Unterschriftenliste mit den Namen von 60 Unterzeichnern.⁶¹

58 Vgl. ebenda, Bl. 35.

59 Vgl. BStU – Außenstelle Halle, AOP Halle 3266/78, Bd. 1, Bl. 221–222.

60 Vgl. BStU – Außenstelle Halle, AOP Halle 3266/78, Bd. 2, Bl. 122–123.

61 Vgl. BStU – Außenstelle Halle, AOP Halle 3266/78, Bd. 1, Bl. 199–202.

In den folgenden Wochen überprüfte die Staatssicherheit alle Unterzeichner und empfahl gegebenenfalls das Anlegen weiterer operativer Vorgänge. Zufrieden konnte Hauptmann Jonak in seinem Abschlußbericht schließlich feststellen, dass die Staatssicherheit all ihre Ziele erreicht hatte. Die im ZOV „Korinther“ beobachteten Personen zeigten durch die „Bearbeitung“ Zeichen von „Verunsicherung“. Eine öffentliche Diskussion über die Inhalte des „Querfurter Papiers“ wurde vom MfS durch politischen Druck auf die Kirchenleitungen und Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern im Keim erstickt. Mit Genugtuung konstatierte Hauptmann Jonak, dass *die Bemühungen von Dr. Nierth und Tautz, Aktionen im Sinne einer Bürgerrechtsbewegung in der DDR durchzuführen, vereitelt* wurden.⁶² Am 10. November 1978 schloss die Bezirksverwaltung Halle den Zentralen Operativen Vorgang „Korinther“.

Die Charta 77 im KSZE-Prozess

Jaroslav Šabata

Ich möchte mit der Frage anfangen, ob wir Verfasser der Charta 77 die Solidarität aus Ostdeutschland wahrgenommen haben. Ganz sicher. Und nicht nur das. Wir spürten, dass wir gerade von euch mit großer Genugtuung betrachtet wurden, dass gerade die Ostdeutschen die Reformbewegung in der Tschechoslowakei mit besonderem Interesse verfolgten und die Chartisten bewunderten. Das tat uns – warum sollte ich das nicht sagen? – gut. Jedenfalls ist das nicht nur Höflichkeit, wenn ich sage, dass die ostdeutsche Solidarität – neben der polnischen – eine außerordentlich starke moralische Unterstützung für alles was wir unternommen hatten war. Durch sie wurde ein Zeichen gegeben, dass die ostdeutschen Reformer denselben Weg gehen möchten, und dass sie ihn eigentlich auch schon eingeschlagen hatten. Das Querfurter Papier mit dem ganzen geistig-politischen und kirchlichen Hintergrund, den wir ziemlich gut kannten, war ein Beweis dafür. Dabei wussten wir gut, dass sie in einer im gewissen Sinne schwierigeren Lage sind: Weil sie keinen Aufbruch in der Art und Weise hatten, die den Namen **Prager Frühling** trug. Die Ereignisse des Jahres 1953 kamen doch in ganz anderer Zeit und waren ganz anderer Natur.

In diesen Zusammenhang möchte ich meine erste Bemerkung stellen: Herr Scheurich sagte gestern, dass sich die Gruppe um das Querfurter Papier **nicht** als Konspirative fühlte. Das ist ausgesprochen wichtig. So wichtig, dass ich mich vergewissern musste, ob wirklich „**nicht**“ gesagt wurde. Denn,

⁶² Ebenda, Bl. 275.

als wir 1968 die Sache der Reform verloren hatten – wir haben keine Zeit in die Einzelheiten zu gehen – sagten wir uns (damals noch keine Chartisten, sondern die letzten Mohikaner der am Anfang siegreichen Reformbewegung), dass wir uns in keinem Fall in den Untergrund abdrängen und zurückdrängen lassen dürfen – dass wir mit einem offenem Visier **weiter** gegen das Machtmonopol der Partei auftreten müssen (dieses Postulat war doch des wichtigsten im offiziellen Programm des „Frühlings“). Kurz gesagt: Hier stehen wir und werden immer stehen ...!

Wir wussten, dass wir mit dieser Haltung viel weiter zielen, als das Aktionsprogramm der Partei vom April 1968 vorhersehen konnte. Aber gerade diese Radikalisierung des ursprünglichen Anliegens der Reform, das Abkoppeln der inhaltlich demokratischen Postulate vom reformistisch-kommunistischen Hintergrund, war höchst wünschenswert und notwendig. Und eigentlich auch der positive Ausgang des im ersten Schritt verlorenen Streites. Denn nur so konnte sich der genuine Inhalt und Sinn des Jahres 1968 voll entpuppen.

Selbstverständlich hatten wir keine Illusionen über die undemokratische Natur des Regimes. Aber die Formen eines quasilegalen Kampfes um mehr Freiheit und schließlich um Freiheit überhaupt mussten erst erfunden werden. Und wir wussten dabei, dass sehr viel, obwohl nicht absolut alles, von der internationalen Entwicklung abhängen wird.

Auch das war einkalkuliert, dass wir im Gefängnis notwendigerweise landen können und werden. Und dass entsprechende Entschlossenheit zur moralischen Ausrüstung des ganzen Vorhabens gehört. Ja, sogar als eine notwendige Vorbedingung. In Verhältnissen, in denen eine offene und systematische Kritik des Regimes im Namen demokratischer Postulate ein Verbrechen war, konnte es nicht anders sein. Am Rande: gerade im Gefängnis Bory bei Pilsen fielen mir die Memoiren des namhaften tschechischen Dichters Stanislav Kostka Neumann (eines Anarchisten der zum Kommunist wurde) in die Hände, der in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts als politischer Gefangener – und gerade an der selben Stelle (in Bory) – das Elend der tschechischen Politik, wie er meinte, dadurch erklärte, dass sie durch allzu große Angst vor dem Gefängnis geprägt ist.

Übrigens: mit diesem Thema berühren wir etwas sehr wesentliches. Etwas, was mit dem Charakter und Moral der modernen Politik – oder besser gesagt mit der Tiefe des Politischen der Moderne – zusammenhängt. Vor allem im Lichte der latenten Auseinandersetzungen mit den Ultrakonservativen, die sich den „verbrecherischen Kommunismus“ in einer manichäischen Art und Weise vorstellten, also als ein Phänomen, das keine innere Entwick-

lung hat und haben kann. Aus deren Perspektive war unser „legalistisches“ Anliegen – dass notwendigerweise einen direkten oder indirekten Dialog mit reformwilligen Kommunisten im allgemeinen implizierte – eine Sackgasse. Aber dennoch war es klar, dass selbst das perfide Regime nach 1969 nicht dasselbe terroristische Gebilde sein kann, wie es sich nach dem Februar 1948 – also in der hochstalinistischen Zeit – gestaltet hat. Und obwohl es noch kein Helsinki-Papier gab, wussten wir zugleich, dass so etwas wie ein **Wandel durch Annäherung** – wenn ich an das bekannte Wort eines deutschen Ostpolitikers erinnern darf – im Gange war.

Damals, in der Helsinki-Vorzeit kursierte zwar die ziemlich suggestive Ansicht, dass die Détente im Prinzip eine schief laufende Strategie ist, weil sie angeblich den kommunistischen Status quo für alle Zeiten zementiert, aber der Kern der Bürgerrechtler der neuen Welle war überzeugt, dass es keine andere, in seinem Wesen genuin realistische Alternative zur Überwindung der imperialen Spaltung Europas gibt. Im Rückblick wird es zwar klar, dass sich die Doppelstrategie der Verteidigung der Menschenrechte (die später als Helsinki „von unten“ auftauchte) und der Vereinigung Europas behauptete, aber zugleich wurde diese historische Wahrheit durch eine einseitige Vergangenheitsbewältigungsmentalität stark in den Hintergrund verdrängt. Darum hat es wohl Sinn zu wiederholen: ohne die deutsche Ostpolitik kein Helsinki – ohne Helsinki sowohl keine „samtene“ Revolution als auch keine Vereinigung Deutschlands und Europas.

Am Anfang der sogenannten Normalisierung kannten wir das Wort „samtene Revolution“ selbstverständlich nicht. Aber diese Revolution war für uns sozusagen **ante verbum** als Perspektive gegeben. Denn am Grunde der Erfahrung vom 1968 waren wir uns der Möglichkeit sicher, auf einem friedlichen Weg zu einer bürgerlich-sozial-demokratischen Umwälzung zu gelangen. Es stellte sich eigentlich „nur“ eine einzige Frage: Wann wird auch die imperiale Metropole von den Reformgeistern heimgesucht.

Dass es dazu früher oder später kommen wird, war nach 1968 unsereinen klar. Auch dass die Initiative „von oben“ in der Art und Weise, die in der Tschechoslowakei mit Alexander Dubček verknüpft war, eine unumgängliche Vorbedingung solcher Entwicklung ist. Sonst wäre nichts „von unten“ aufzugreifen. Denn das Interessanteste an der Revolution, die ich später – im Jahre 1983 (im offenen Brief an Professor Edward Thompson) – als „neodemokratische“ charakterisierte, war eigentlich das im gewissen Grad ungewollte Entgegenkommen der Kräfte von oben und unten – der Kräfte aus den Reihen des Establishments und der Kontraelite des Unbehagens der „Bürgergesellschaft“.

Ich wiederhole: Im allgemeinen wussten wir, dass auch ein russischer Dubček kommen wird, und dass es zwar auch russische Breschnews geben wird, aber nicht in derselben Position wie im August 1968. Als ich zum zweiten Mal im Gefängnis war, kam mir in die Hand ein Artikel von einem russischen Akademiker. Jevgenij Ambarzumov hieß er übrigens. Es war ein fantasztisch aktualisierter Text über Lenins Denken in der Sache des Verhältnisses zwischen der Politik und Ökonomie. Das war kurz vor dem polnischen Aufbruch im August 1980. Da sagte ich mir als einer, der sich unter denselben Geistern bewegte und deren Überzeugung auch teilte: Klar, sie sind schon in der zweiten Hälfte des Übergangsprozesses – ungefähr dort, wo wir Tschechen am Anfang der 60er Jahre waren. Also: Geduld!

Die zweite Bemerkung betrifft die innere Geschichte der Charta 77 vom Anfang an bis zu der Wende: Was war eigentlich „am Anfang“? Nur die Menschenrechtsfrage? Nur ein „unpolitisches“ Anliegen? Das stimmt nur in dem sichtbaren Plan. Der verborgene war aber wichtiger: In ihm und mit ihm ging es um eine politisch motivierte Strategie – um einen Versuch zu einer komplexen Antwort auf die Herausforderung der sogenannten Normalisierung zu gelangen. Die Zeit war reif nach 1975 – da gab es schon die Schlussakte von Helsinki und seit 1976 wurden beide großen Menschenrechtskonventionen zum Bestandteil der Rechtsordnung der ČSSR. Das fast intuitiv aufgegriffene und zugleich stärkste Argument der Verlierer vom 1968 – nicht nur der Ex-Kommunisten – die sich in der oder anderen Weise gegen das Regime wehrten, hieß: Ihr deklariert vor den ganzen Welt, dass alles, was ihr tut, keine Unterdrückung der Bürger ist. Nicht nur unser Schicksal spricht gegen diese Behauptung. Und wir werden das wiederholen, bis wir uns Gehör erzwingen werden.

Diese Bereitwilligkeit der „Machtlosen“ einen Dialog mit den „Machtvollen“ im Namen der zwar **gemeinsam** deklarierten aber scharf gegensätzlich interpretierten „Werte“ zu führen, war in der Grunderklärung der Charta 77 im Klartext lesbar. Dennoch gab es unter den Unterzeichnern der Charta 77 bis zur Wende unterschiedliche Meinungen in der Sache, wie man das Angebot zum Dialog begreifen soll, wenn man durch die Skylla der reformistischen Illusion, dass man mit den Herrschern kooperieren kann und der Charvdis der sturen antikomunistischen Einstellung, die jeden Versuch mit den Leuten von „drüben“ bei einem runden Tisch zu landen als einen unrealistischen Unsinn, bzw. direkt als einen Verrat an der Demokratie beanstandeten. Das Votum der Geschichte ist zwar bekannt, aber daraus folgt nicht, dass es bis in die Tiefe in einem klaren Konsens umgesetzt wurde. Im Gegenteil: Bis heute prallen „linke“ und „rechte“ Denkmuster aufeinander, die im Begriff „einholende Revolution“ einen gemeinsamen Nenner haben (also im

Begriff, den – wie wir wissen – im Frühling 1990 Jürgen Habermas prägte). Laut Wortlaut und Inhalt des Habermas'schen Begriffs war die „Samtene“ nur und nur eine Revolution der **Einholung** des westlichen Kapitalismus – ein Anschluss an den Westen, dem eigentlich jeglicher innovativer Charakter fehlte.

Im „altdemokratischen“ Sinne ist demnach die samtene Revolution ein Triumph des Westens (nach Fukuyamas Lesart ein Ende der Geschichte) – im „altsozialistischen“ Sinne eine unglückselige Restauration des Kapitalismus – also eine gelungene Konterrevolution (die sich im Jahre 1968 dank der „Internationalen Solidarität“ nicht durchsetzen konnte).

Aber man kann auch anders denken, in einer Alternative zum Begriff der einholenden Revolution: Die friedliche Revolution wird dann zu einer Revolution-Restauration mit einer weltweiten geopolitischen Dimension. Also eine Restauration der politischen Demokratie und der Marktwirtschaft in einer postimperialen – und dadurch in einer revolutionären Perspektive, die bis heute ihren Sinn nicht verloren hat. Mit einem Satz: Die Perspektive der Europäischen Union wird mit dem Begriff „erste postimperiale Weltmacht“ bestimmt. Am Rande – in diese Richtung zielt der Essay von Peter Sloterdijk „Falls Europa erwacht“ aus dem Jahr 1994. Meine Absicht ist nicht, Sloterdijk über Habermas zu stellen (Habermas sagte etwas ähnliches schon im Jahre 1992). Ich will nur in äußerster Kürze andeuten, dass beide traditionell ideologischen Denkmuster – sowohl das altlinke, als auch bloße Bejahung des westlichen Kapitalismus – nicht ganz taugen können. Der Doppelhegemonie der Sowjetunion und Amerika kann eine unipolare Hegemonie der USA keine Alternative bieten. Wir können das vom Bild der antiterroristischen Allianz ablesen. Kurz und gut: Zum Anachronismus wird jegliche imperialistische Vorherrschaft.

Als eine äußerst beredende Vorgeschichte dieser Perspektive kann der Dialog zwischen den Chartisten und westlichen Friedensbewegungen in den 80er Jahren dienen: Er drehte sich um die Abschaffung beider militär-politischen Blöcke. In dieser Intention entstand der Prager Appell 1985, der als ein offener Brief den Teilnehmern des Kongresses der END (European Nuclear Disarmament) in Amsterdam zugeschickt wurde. Die allgemeine Idee der Vereinigung Europas wurde in diesem Dokument durch den Plan der demokratischen (nicht nur nach der Form, sondern auch nach dem Inhalt) Vereinigung Deutschlands ergänzt und unterstrichen.

Diese Perspektive hat noch kurze Zeit nach der Wende gegolten. In keinem Fall war doch vom Anfang an klar, dass die DDR in einem Anschluss an BRD schlicht untergehen wird (nicht nur Habermas wusste von einer Alternative einer neuen gesamtdeutschen Verfassung). Man kann auch an Havel's große Rede im Mai 1990 im Europa-Parlament erinnern: Damals skizzierte

er eine gesamteuropäische Struktur, die sich im Sinne des ursprünglichen Dissidenten-Programms – d. h. Europa sowohl ohne den Warschauer Pakt, als auch ohne NATO – entwickeln sollte.

Leider kann ich in dieser im gewissen verlorenen Sache hier nicht in die Einzelheiten gehen. Aber fragen kann ich: Ist diese Reflexion nur ein nostalgisches Zurückdenken, eine schwächliche Erinnerung oder wirft sie die Frage auf, ob wir nicht die Motive der Charta 77 und des Querfurter Papiers im Lichte neuer Erfahrungen durchdenken sollten?

Ein kleines Credo möchte ich doch am Ende hinzufügen: Sie hatten der Struktur meiner Ausführungen entnehmen können, dass ich so etwas wie ein Neomarxist sein könnte. Tatsächlich kam ich von dieser Seite des linken Denkens. In die KP bin ich als 18-jähriger im Jahr 1945 eingetreten. Da war mein politischer Anfang. Mein Vater sagte damals: Ich weiß eigentlich gar nicht, was du bist. Und einmal sagte er: Ah, ich weiß schon, du bist ein Protestant. Da sagte ich: Nein, kein Protestant, wenn schon, dann Katholik. Gut, sagte er, und die Einheit der Welt ist eine katholische Idee. Der radikal demokratische Geist, in dessen Zeichen ich gesprochen habe, war nicht der Glaube aller Ex-Kommunisten. Es gab auch eine reformkommunistische Einstellung, die sich nicht vorstellen konnte – und manchmal auch nicht wollte – dass es unter den Bedingungen der sowjetischen Vorherrschaft zu einer Umwälzung von oben **und** unten kommen kann und wirklich wird.

Und was vielleicht noch interessanter ist: Nicht alle unsere christlichen Kommilitonen, mit denen wir in einen existentiellen Dialog permanent sozusagen verwickelt waren – teilten diese stark politisch ausgeprägte Hoffnung für eine demokratische Umwälzung. Manche sagten: Euer „neomarxistischer“ Glaube ist (wenigstens im politischen Sinne) stärker als der unsere. Ich bin darum der Meinung, dass die Zeit des gemeinsamen Kampfes der Chartisten und deren Verbündeten um Frieden und Demokratie bis heute eine intellektuelle und moralische Herausforderung bleibt. Oft zitiere ich den tschechischen katholischen Exil-Theologen **Karel Skalický**, der in Anknüpfung an die Theologie der Revolution von Comblin, Heer, Rosenstock und anderen die Revolution vom 1989 als ein Sammelbecken aller emanzipatorischen Motive der Geschichte der europäischen Menschheit interpretiert.

Auch das klingt fast neomarxistisch. Aber meiner Meinung nach sind wir in der heute fast vergessenen vorrevolutionären Ära weit hinter jeglichen marxistischen Horizont vorgedrungen. Darum konnte die Revolution von 1989 nicht nur eine „einholende“ sein. Wenn wir uns auf das Neue Testament beziehen, wissen wir, dass wir „einen Meister“ haben: Sein Geist ändert sich nicht, aber seine Gefolgschaft ändert sich. Denn wir leben – wie wir wissen – nicht im Kosmos, sondern in der Geschichte. Und das ist vielleicht der allererste Ausgangspunkt bei aller Betrachtung des Sinnes der Epoche, in der wir leben.

Frieden und Gerechtigkeit heute

Hans Koschnick

Darf ich drei Bemerkungen machen?

Erstens: Ich gehöre zu den Wessis, die in den langen Jahren der DDR-Existenz nur zweimal in diesem Teile Deutschlands waren, beide Male bei der Leipziger Messe mit einer bremischen Delegation der Wirtschaft. Andere Wege habe ich nicht beschritten, weil ich Probleme mit den Damen und Herren hatte, die später in Wandlitz, vorher in Pankow lebten und die wiederum Probleme mit mir hatten. Da habe ich deswegen meine gesamten politischen Aktivitäten auf alle die gerichtet, die um DDR und Bundesrepublik herum tätig waren.

Als Vertreter und Begleiter von Willy Brandt musste ich an allen wichtigen Gesprächen teilnehmen, um – soweit es darauf ankam – nachzuforschen, ob unsere Gesprächspartner die wirkliche Geschichte der KPdSU kannten, auch um Geschichtsmisverständnisse aufzuklären aus unserer Sicht. Ich war in Polen, ich war in der Tschechoslowakei, ich war natürlich in Russland; ich war in Rumänien, in Bulgarien, nicht zuletzt in Ungarn an Gesprächen beteiligt oder habe sie geführt, habe mit den Führungskräften und den Dissidenten gesprochen und traf eigentlich nur dort die Aufrührer aus der DDR, um mit ihnen sprechen zu können. Das hängt ein bisschen mit meiner eigenen Familiengeschichte zusammen. Freunde meiner Familie sind im November 1939 an Nazi-Deutschland ausgeliefert worden von Stalin, und zwar, weil sie kommunistische Links- und Rechtsabweichler waren und landeten so am Ende bei der Gestapo. Wir hatten von daher ein so enges, inniges Verhältnis gegeneinander, dass der Wunsch nach Begegnungen auf beiden Seiten ausgesprochen gering war.

Im Bereich der Evangelischen Kirche habe ich meine Aufgaben wahrgenommen, nicht im Sinne der mitteldeutschen-lutherischen Kirche, denn Bremen ist mehr ein Kirchenverband eigenständiger Gemeinden. Aber vielleicht habe ich etwas wiedergutmacht, bei meiner ersten Veranstaltung in der Katholischen Akademie in Berlin.

Nach dem Vollzug des Bruches – ich will auch vom Bruch und nicht von der Wende sprechen – hat mir der dortige Geschäftsführer, ein alter Freund von mir von den Christdemokraten, gesagt: „Wir wollen das Haus nicht entweihen, wir haben Dich bei den Protestanten untergebracht.“ Und seit dieser Zeit bin ich im Albrechtshof der Evangelischen Stadtmission, wo viele Gespräche vorher in Räumlichkeiten stattgefunden haben, die man nicht abhö-

ren konnte. Insofern habe ich sozusagen nachvollzogen im Kontakt mit den Ossis, was andere Klügere vorher getan haben.

In der deutschen Auseinandersetzung um das Gestern muss ich hier bekennen, dass das Aufbegehren von Christen innerhalb der DDR-Gesellschaft nach dem 17. Juni relativ miserabel behandelt worden ist. Zwar wurde bei uns Klarheit darüber hergestellt, wer sitzt in Bautzen und wer ist woanders abgeblieben, doch tiefgehende Informationen wurden schwächer. Auch diejenigen, von denen wir erfuhren, zum Teil aus Gesprächen mit Eppler, zum Teil aus Gesprächen mit Rau, die die jeweiligen Begegnungen mit den Vertretern und Freunden aus der evangelischen Kirche führten und wussten, wer hier in den verschiedensten Feldern tätig war, schafften nur zum Teil eine wirkliche Vermittlung derer, die auf einem anderen als sozialistischen Weg in die innere Gestaltung der Gesellschaft eingreifen wollten. Das ist nie hinreichend gelungen. Das Querfurter Papier habe ich jetzt gelesen, davon hat man früher bei uns nichts gehört. Während wir über die Charta 77 natürlich eine ganze Menge wussten. Meine besondere Beziehung zur Solidarność war ganz klar und ausgeprägt. Wir hatten hier immer enge Kooperation gesucht, und insofern war ich jenseits einer lutherischen-evangelischen Prägung engagiert.

Das Zweite ist: Uns war im wesentlichen Maße die Auseinandersetzung um Wolf Biermann, die hier stattgefunden hat, bekannt. Nicht so sehr, weil man auf einmal sozusagen anknüpfen konnte an die – wie es hier hieß – antifaschistische oder antinationalistische Vergangenheit seiner Familie, sondern weil die deutschsprachige Literatur, die Künstler im ganzen deutschsprachigen Europa den Fall Biermann zum Anlass nahmen und sagten: „Aha, es beginnt wieder mal das, was wir nach 33 erlebt haben.“ Insofern hatte er ein anderes Echo, eine andere Möglichkeit. Er trat bei uns auf, Rundfunk und Fernsehen machten ihn weithin bekannt und je nach Einstellung nutzte man ihn sehr gerne oder nur gerne. Aber er kam immer wieder in der Öffentlichkeit bei uns zur Geltung. In der Erinnerung derer, die damals protestierten, blieb er ein Synonym für Widerstehen, umso mehr, als ein Teil von ihnen dann nach Westdeutschland abgeschoben wurde.

Aber für mich und meine eigene kirchliche Arbeit blieb unklar, für uns auch nicht ganz nachvollziehbar, die eben nicht sehr klare Position von „Kirche im Sozialismus“. Und zwar nicht die offizielle Definition, sondern die Einstellung derer, die in der Kirche eine andere Position vertreten haben.

Und das Dritte: Ich habe es gerade eben unserem tschechischen Gast gesagt. Meine Beziehung zu den Dissidenten ist entstanden, als keiner in Westdeutschland aufarbeiten wollte, was durch den Samisdat in der

Tschechoslowakei damals und später in Polen passierte. Ich habe damals an meiner Universität – unter Protest meiner Universität allerdings, die damals noch linker war als ich – ein Forschungsinstitut für Ostkultur gegründet, das sich in besonderer Weise mit Samisdat beschäftigte, mit den tschechischen, polnischen, ungarischen und russischen Entwicklungen und später auch in anderen östlichen Bereichen. Wir werden in Kürze in Prag mit der Karlsuniversität unsere Sammlungen und Forschungsergebnisse in einer Ausstellung vorstellen. Sie sind sehr willkommen, sie anzuschauen, weil der Ausstellungsmittelpunkt der Bremer Arbeit die tschechische Immigration und die innere Auseinandersetzung mit dem dortigen System ist. Insofern bin ich für diesen Teil unserer Diskussion gut vorbereitet.

Für den Teil der Geschichte, den Sie mit einigen Freunden von mir früher in Naumburg und Umgebung vorangetrieben habe, bin ich ein Lesender, ein bisschen von Ullmann Beeinflusster, aber im übrigen einer von denen, der nur aufgenommen und aufgesogen hat, was er später erfahren konnte, nicht, was er vor der Vereinigung wusste. Dafür bitte ich um Entschuldigung, wenn ich das am Anfang gleich sagen darf. Besonders problematisch war, dass wir natürlich auch über Oskar Brüsewitz sprachen. Aber selbst in unseren offiziellen Diskussionen in den Kirchen ist damals immer wieder betont worden: Es wurde als Zeichen geistiger Verwirrung und nicht als Fanalposition gesehen, was ja ansonsten sehr lobend erwähnt wurde, wenn ich an die Selbstverbrennung von Mönchen in Vietnam denke.

Die wirkliche Bedeutung derer, die sich damals hier mit ihrem Einsatz für Gerechtigkeit in der Beurteilung von Brüsewitz eingesetzt haben, ist uns erst später bekannt geworden.

Sodann: Uns verband aus vielfachen Gründen vieles mit dem Prager Frühling. Für uns war Prag leichter zu erreichen als manche Gegenden in der DDR. Umgekehrt war es zugegebenermaßen schwieriger, zu uns zu kommen. Sie hatten große Chancen im damaligen Blocksysteem, den anderen Nachbarn etwas leichter zu besuchen, hatten keine Visaprobleme und keine Probleme mit Ihrem Geheimdienst, wenn Sie nur zum befreundeten Nachbarn wollten. Wir hatten da auch unsere eigenen Probleme und das war keineswegs nur aus östlicher Sicht problematisch, auch aus westlicher Sicht. Dies mag am Anfang unserer Diskussion genügen.

Es hätte eigentlich sehr gut gepasst, wenn wir viel früher in die Diskussion um das Querfurter Papier hätten einsteigen können. Dieser Ansatz, der ja eigentlich entstanden war als Beitrag zum Prager Frühling, vermittelte die Hoffnung, es gäbe eine Chance zum Neubeginn. „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ war ja bei uns in breiten Universitätsschichten Diskussions-thema, es war in großen Tagesauseinandersetzungen zu Hause. Es war

eine Perspektive, auch natürlich unter dem Gesichtspunkt derer, die gesagt hatten, die Teilung Deutschlands sei eine Strafe Gottes, Deutschland müsste geteilt sein, um Frieden zu haben. Doch brauchten wir andere Antworten, als es die DDR-Führungen vorsahen. Das Ziel Wiedervereinigung blieb umstritten – hier mehr als bei uns.

Diese Diskussion „Wiedervereinigung Ja oder Nein, Selbstbestimmung oder Hinnahme geschichtlicher Entscheidungen“ hat in einer ganz entscheidenden Phase eine andere Bedeutung bekommen. Als es möglich war, die deutsche Vereinigung zu erreichen, haben wir zwar die eindeutige Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika erfahren, doch fast alle anderen europäischen Nachbarn, Monaco ausgenommen, waren dagegen. Ob Mitterrand oder Thatcher, die Premiers von Kopenhagen, Rom, Den Haag, natürlich die von Prag und Warschau fuhren nach Moskau oder Kiew zu Gorbatschow, um dagegen zu votieren. Nur die Amerikaner haben die Einigungsbestrebungen damals aktiv unterstützt. Vielleicht ein wenig deshalb, weil es gelungen war, den KSZE-Prozess von Helsinki, den sie am Anfang nicht wollten, dadurch zu befördern, dass wir sie überzeugten, eine Brücke zwischen dem Atlantik und dem euro-asiatischen Raum zu gründen. Unsere Vorstellung: Wir müssen es gemeinsam versuchen, und wir brauchen dazu etwas, was auch für euch und die Sowjets interessant ist. Sie waren dann in besonderer Weise am Korb III, also an den Menschenrechten mehr interessiert als die übrigen europäischen Staaten, bei denen die Friedensfrage und die damit verbundene Abrüstungsfrage eine wichtigere Rolle spielte. Aber tatsächlich wurde Korb III die entscheidende Voraussetzung für vieles andere, auf was man sich dann in der internen Auseinandersetzung berufen konnte. Wenn man nicht gegen das Ergebnis von Helsinki verstoßen und eine eigene abweichende Position zur Tagespolitik vertreten wollte, konnte man sich am besten auf Menschenrechtspositionen, wie sie alle unterschrieben hatten, berufen.

Nun haben uns die Freunde in Moskau das auch nicht gleich geschenkt. Es war auch kein Geschenk des Himmels, sondern technologische Notwendigkeit. Es kam zwar vom Himmel, aber nicht von **dem** Himmel. Es waren die Möglichkeiten gewachsen, über Satelliten fast alle Informationen zu bekommen, weil man Fernsehen, Rundfunk nicht einfach mehr stören konnte. Und wenn man es nicht abschalten, nicht stören konnte, wollten die auch ihren Gewinn haben. Für sie war es das Ökonomiegeschäft. Und wir haben unser Menschenrechtsgeschäft gemacht. Insofern war das vorteilhaft für alle. Wir möchten das doch alles relativieren, z. B. wenn man über das Problem Menschenrechtsvorstellungen aus der Französischen Revolution diskutiert. Dann frage ich, welche Vorstellungen? In der Französischen Revolution ist

das Recht des Menschen nämlich auch interpretiert worden als Recht des Mannes. Da war nicht die Frau gemeint. Deswegen sind die Revolutionärinnen von 1789 sehr bald beseitigt worden, nur die Männer sollten die Welt verändern. Ich würde das heute gewiss nicht unter Menschenrechte einordnen, um es mal so deutlich zu sagen, aber so war damals der Zeitgeist.

Vergessen wir bitte nicht, dass unser Weg zur Demokratie im westlichen Europa mit einer Konzeption beflügelt war, die aus vielerlei Philosophien zusammengeschustert war. Wir haben einen teilweise antiken, nicht sehr demokratischen Bezug, weil die damalige Gesellschaft von Sklavenarbeit und der Arbeit von Halbfreien lebte. Ein anderer Bezug war die Einschränkung der Königsmacht, soweit es um Steuern und Abgaben ging, und schließlich die Auseinandersetzung um ein vermeintliches „Gottesgnadentum“. Doch die eigentliche Frage der Französischen Revolution von der „volonté générale“, wie die Mehrheitsentscheidung von den Jakobinern interpretiert wurde, hat dazu beigetragen, dass sogar die Kommunisten sich auf französische Positionen beziehen konnten. Es war nicht unsere Demokratieinterpretation, wir bezogen das auf die „balance of power“, auf die Gewaltenteilung in Würdigung der Unzulänglichkeit des Menschen. Lieber Gewaltenteilung und sehen, wie man im Kompromiss zurechtkommt, als irgend jemanden mit dem Prinzip der „volonté générale“ mit zeitbeschränkter totaler Macht auszustatten und ihm zu erlauben, zu machen, was er will. Dies alles muss man wissen, wenn wir über europäische Positionen von Menschenrechten und Demokratie sprechen und über die Frage, über die Sie mich gebeten haben zu reden, nämlich zur Frage „Frieden und Gerechtigkeit heute“.

Die eigentliche Diskussion, die wir nach 1945, nach 1949 oder nach 1955, aber auch später geführt haben, gipfelte in der Frage: Kommen wir zu gemeinsamen Friedenslösungen? Gibt es reale Entspannungsmöglichkeiten, kriegen wir diese über Annäherungsbrücken, damit die Menschen sich begegnen können und die Verkrampfungen totalitärer Gewalt sich auflösen. Ich benutze den Begriff Totalitarismus, auch wenn es ein problematischer Begriff ist. Ich meine die stalinistische Gewalt, wie wir sie im Osten erlebt und manche im Westen mitgeformt haben, schließlich war damals der Westen auch nicht viel besser. Portugal war noch faschistisch, als es in die NATO aufgenommen wurde. Das faschistische Spanien konnte lange nicht der NATO beitreten und kam erst viel später in der Europäischen Union an, als sich die Situation auf der Iberischen Halbinsel geändert hatte. Unsere Freunde in Griechenland waren auch nicht ausgeprägt demokratisch. Sie waren in der NATO jedenfalls keine Vorbilder für Demokratie. Die Übernahme von Begriffen wie Totalitarismus ist also sehr relativ. Dies vor Augen bedeutet,

dass unser Versuch, Friedensbemühungen nicht ideologisch einzugrenzen, zwar letztlich gelungen ist und auch zu Helsinki geführt hat, aber zur gleichen Zeit sind wir in den Schützengräben des „Kalten Krieges“ verblieben. In Westdeutschland gab es lange Zeit nicht genügend Kräfte, die das positiver gesehen haben. Wir haben zudem lange Zeit nicht hinreichend die Aufbegehrenden beachtet, weil wir zunächst über Entspannung und Abrüstung mit den Regierenden verhandeln wollten, den Freiheitszug wollten wir später besteigen. Etwas, was uns in der Tschechoslowakei nicht ganz so vorgeworfen worden ist wie in Polen, weil wir Brücken zur Charta 77 gebaut hatten, aber in Polen nicht beachtet, wie Solidarność die zentrale Freiheitsfrage stellte und zudem schon frühzeitig für die deutsche Wiedervereinigung eintrat – allerdings nicht so sehr, weil sie uns liebten, sondern weil sie einen Nachbarn von ihrer Grenze weghaben wollten, der ihnen den Zugang zur westlichen Welt versperrte. Dies ist bei uns in Westdeutschland zum Teil nicht begriffen worden. Deshalb sind Fehlentscheidungen getroffen worden, mit denen wir heute noch zu tun haben. Wohlgedacht: Es geht mir nicht um Klugheit und Einsicht, sondern um Feststellungen.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist nichts, hat Willy Brandt einmal gesagt. Das ist zweifellos richtig, aber da ist eine ganz entscheidende Frage mit zu beachten, nämlich dass Frieden nicht nur eine Frage der Rüstungsbegrenzung und der Absicherung von Waffenruhe ist, sondern dass Frieden nur dort herrschen wird, wo Formen freier menschlicher Existenz gesichert sind, die unter den Begriff von Gerechtigkeit subsumiert werden können. Diese Gerechtigkeit kann individuell begründet sein, kann auch sozial und ökonomisch fundiert sein – sollte es wenigstens sein. Da genügt nicht das abstrakte „Nur das eine oder andere“. Entscheidend ist, dass Frieden und Gerechtigkeit ganz eng zusammengehören, etwas, was wir eigentlich aus dem Glauben der christlichen Kirche hätten lernen und wissen müssen, doch hier ist über Jahrhunderte vieles verdrängt worden.

Ich habe für die Europäer auf dem Balkan arbeiten dürfen und oft festgestellt, auch als ich mit beteiligt war bei den Verträgen von Dayton, dass wir viele falsche Begriffe in den Auseinandersetzungen der Welt verwenden. Wir haben einen Friedensvertrag in Dayton geschlossen, der eigentlich gar kein Friedensvertrag ist, sondern für das frühere Jugoslawien Waffenruhe brachte. Waffenruhe ist wichtig, ganz wichtig. Und aus der Waffenruhe kann Frieden wachsen. Die Vorstellung aber, dass ich in fremder Uniform, mit fremder Waffe und mit Gewalt dafür sorgen kann, dass die Menschen Frieden miteinander halten, ist ein großer Irrtum. Ich kann damit hoffentlich erreichen, dass sie nicht mehr mit Gewalt gegeneinander vorgehen, ich kann verhindern, dass weiter verjagt, gemordet oder geschändet wird, aber ich

kann mit Gewalt nicht Frieden bringen, keine beständigen Einsichten erzwingen. Frieden ist nur dort, wo der andere freiwillig akzeptiert wird in seinem Anderssein.

Wenn ich das als generelle Position der Politik deklariere, frage ich mich: Wo in der Politik finden wir die volle Anerkennung des anderen in seinem Anderssein? Und wo finden wir das in unseren eigenen Städten, wenn wir uns über Fremde, Flüchtlinge und Asylanten unterhalten? Das bedeutet, der Friedensbegriff muss umfassender gefasst sein, als es im Umgang heute üblich geworden ist. Für mich ist das die entscheidende Frage meiner Lehren, die ich sowohl aus meinen Balkan-Erfahrungen als auch aus meinen Erfahrungen im Nahen Osten gezogen habe. Nur dann, wenn es uns gelingt – und das ist keine militärische Frage, das ist keine überirdische Frage –, über eine humanistische Grundeinstellung, nicht zuletzt über eine religiöse Bindung, die Friedensfrage vom Kern her zu stellen, gibt es Hoffnung auf Einsicht und Realisierung. Fest steht jedenfalls: Nur wenn die Grundbedingungen klar sind, wie ich anständig mit dem anderen umgehe in meiner Gesellschaft, in meiner Nachbarschaft, in der näheren oder weiteren Umgebung, erst dann kann ich glaubhaft Friedenspositionen vermitteln!

Und dann kommt ein weiteres Problem: Wie vertrete ich nachprüfbare Friedenspositionen, um ausgebrochene Kriege zu beenden, besser noch: Wie muss ich eventuell auch militärisch handeln, damit Kriege nicht ausbrechen können? Diese Frage war lange umstritten. In der Friedensarbeit (ich selbst komme aus der evangelischen Friedensbewegung) wurde immer ein militärisches Eingreifen abgelehnt, doch heute habe ich auf dem Balkan lernen müssen, dass trotz ökonomischer, humanitärer und diplomatisch-politischer Vorschläge häufig ein Gewalttäter nicht Frieden halten will, weil er sich um jeden Preis durchsetzen will und deshalb zur gleichen Zeit in Kauf nimmt oder veranlasst, dass große Teile einer unliebsamen Bevölkerung vertrieben werden, um einen reinen Nationalstaat zu gewährleisten. Dann stehen Sie vor der Frage, ob es genügt, mit dem Evangelium und mit der Friedensbotschaft zu kommen. Oder ob es genügt, dem mutmaßlichen Aggressor materielle Hilfen anzubieten. Wenn er dennoch alles verwirft, stehen Sie dann vor der Frage: Ziehe ich mich zurück und sage, ich habe alles im Guten versucht, ich kann nichts mehr tun? Oder falle ich dem Gewalttäter in den Arm, damit er nicht weiter morden kann? Vor dieser Frage stehen wir alle, auch jeder Christ, der es mit dem Friedensgebot ernst meint. Er muss sich entscheiden, dabei wird er schuldig. Das Zuschauen bringt Schuld, und das Handeln wird nicht ohne Schuld vonstatten gehen, weil Sie eben bei einer Reaktion in der Regel nicht nur den Gewalttäter als Mörder erwischen, sondern weil alle diese Gewalttaten eine ganze Reihe ansonsten unbeteilig-

ter Menschen einbeziehen. Vor dieser Entscheidung stehen wir. In den kleinen und mittleren Staaten, zu denen auch wir gehören, gab es früher Eliten mit klaren Absichten, eine neue Militarisierung der Politik zu verhindern. In den 50er/60er Jahren gab es diese Positionen in West- und Osteuropa. Aber es waren auf beiden Seiten häufig nur große Abwehrreaktionen wegen der Gefahr atomarer Vernichtung. Stets ging es also vorrangig um Abwehr von nicht beherrschbaren Gefahren – nicht um Friedensgestaltung.

Heute ist der gewaltsame militärische Einsatz erneut ein weiteres Mittel der Außenpolitik geworden, zwar nicht das erste, aber leider auch nicht das letzte. Die Diskussion um Interventionen in Europa und in der ganzen Welt zeigt die Veränderung des Denkens bei den politischen Führungskräften. Wir haben – es ist vorhin gesagt worden – nach 1945, jedenfalls gilt das für Deutschland, mehr im Westen als im Osten, aber da bin ich nicht sicher, weil bei uns auch manches nur formal war, gewiss eine Reaktivierung früherer christlicher Vorstellungen. Ich sage nicht im Sinne des früheren Abendlandes, aber in der Frage, Grundwertbestimmungen neu zu aktivieren, zum Beispiel bei den Verfassungsdiskussionen, die nach 1945 in der westlichen Welt neu aufgelebt sind. In einem Großteil der europäischen Staaten gab es früher noch kein Wahlrecht für Frauen, selbst klassische französische Revolutionäre haben erst nach 1945 den Frauen das Wahlrecht zugestanden, obwohl schon 1789 die große Französische Revolution ausgelöst wurde. In Europa haben zuerst die Finnen kurz vor dem 1. Weltkrieg ihren Frauen das Wahlrecht gegeben, in der ganzen Welt war es Neuseeland vor fast 150 Jahren. Wir Europäer sollten deshalb nicht so stolz sein auf das, was wir hier inzwischen durchgesetzt haben.

Dies schicke ich voraus bei der Frage der Wertigkeit und der Gleichwertigkeit. Eine andere Diskussion hat bei uns dazu geführt, dass aus der Erinnerung dessen, was nicht nur in deutschem Namen, sondern durch Deutsche geschehen ist, wir nach langen Diskussionen in die Präambel unseres Grundgesetzes aufgenommen haben, dass wir als einzelne in Verantwortung vor Gott und den Menschen handeln und dies, obwohl wir uns zu einem säkularen Staat bekennen. Das heißt, es gibt eine spezielle Verantwortung bei der Entscheidung oder Nichtentscheidung, im Handeln oder im Nichttun, die nicht auf andere zu übertragen ist. Diese Prämisse ist eigentlich das Ergebnis der Reformation, etwas später des Konzils von Trient. Die innere Realisierung der politischen und persönlichen Verantwortung ist das Ergebnis einer Geschichte Epoche, die über Aufklärung und weiterführende Philosophie Bestand gewonnen hat – wenn auch nicht in allen Teilen der Welt. Nicht weil dem einzelnen nicht das eigene Recht zur Entscheidung zugestanden war, sondern weil die geschichtliche Erfahrung der Gemeinschaft stärker geprägt

hatte als die individuelle Verpflichtung. Deshalb gilt es heute, neue Grundsätze zu bestimmen, aus denen wir Friedensfähigkeit und Friedensbereitschaft definieren müssen. Und wenn es wahr ist, dass wir verlangen können, wie Menschen zu handeln haben, dann können wir unser persönliches Gewissen nicht abgeben bei irgendwelchen Gemeinschaften, weder politischen noch religiösen, dann kommen wir um die Entscheidung nicht herum, wie wir umgehen mit der Frage: Wie siehst du Mensch die Verpflichtung gegenüber deinem Bruder?

Es fällt mir aus ganz anderen Gründen nicht leicht, vom Bruder zu sprechen, denn Kain und Abel waren auch Brüder. Auch wurde mir in meiner Arbeit in Jugoslawien nie ganz klar, welcher Teil der Geschichte gemeint war, als man dort von Brüderlichkeit und Gleichwertigkeit sprach: Meinte man das Verhältnis von Kain und Abel oder einen anderen Umgang? Deswegen vertrete ich als mitmenschliche Grundposition: Der Umgang mit dem Frieden muss neu gesehen und neu gelehrt werden. Wir haben einen Grundrechte- und Grundwertekatalog durchgesetzt, der die Erfahrungen der Geschichte aufnehmen sollte. Man hat allerdings immer wieder versucht, aus der staatlichen Ordnung auszubrechen, auszuweichen oder sie einzugrenzen. Es ist nicht so, dass die große Idee, der große Wurf alleine trägt, sondern der Mechanismus des Zusammenlebens leidet heute, bedingt durch bestimmte Dinge im terroristischen Umfeld. Heute heißt es: Erst muss der Staat geschützt werden, dann die Gemeinschaft und dann der einzelne. Ob das auf Dauer die richtige Antwort ist und die richtige Reihenfolge, wage ich nicht zu behaupten.

Wir haben also das Problem des indossierten Bezuges: Das hat mir bei einem Teil der neuen Schriften, das gilt auch für die Charta 77, gefallen. Hier wird die soziale Verpflichtung des einzelnen stärker betont. Ich sage das nicht im Sinne von Sozialismus, sondern in neuer Form werden unsere gesellschaftlichen Verpflichtungen betont, auch in Bezug auf die Freiheit, die ich habe und die ich nutze, insbesondere in dem, was ich tue mit den Nachbarn. Alles hat eine Grenze, nicht allein nach oben, sondern ebenfalls zur Seite hin. Ich muss die Rechte des anderen mitsehen. Ich lebe nicht in dieser Welt allein. Diese Position ist leider nicht sehr stark ausgeprägt in der heutigen Zeit. Der Ellenbogen triumphiert.

Ich hätte zum Beispiel gerne bei der Freiheitsdiskussion in der DDR einen Bezug gehabt im evangelischen Bereich auf die Barmer Erklärung von 1934. Nicht, weil ich glücklich war über diese Erklärung, doch war sie ein erstes „Bis hierher und nicht weiter“. Ich gehöre zu denjenigen, die ihre Probleme haben mit der Barmer Erklärung, denn es war die Erklärung, in der die Rechte der Evangelischen Kirche verteidigt werden sollten durch bekennende

evangelische Christen. Aber sie war kein Aufbegehren zum Schutze der allgemeinen Gesellschaft, schon gar nicht zum Schutz des jüdischen Menschen in der staatlichen Gemeinschaft. Die Frage, ob wir nicht als Christen die Verpflichtung haben, für die ganze Welt da zu sein und dieser unsere eigene Prägung zu geben, wurde nicht ausdiskutiert. Wir durften die jüdischen Mitbürger – gleich welchen religiösen Bekenntnisses – nicht ausklammern. Barmen hat für mich deshalb diese eine große Schwäche, ähnliches bewegt mich auch beim Kirchenbund der DDR.

Ich habe deshalb auch mein Problem mit der Schulderklärung der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1945, die mir ein bisschen zu lahm und zu weich war bei den Erfahrungen mit der totalitären NS-Gewalt. Ich bin mehr ein Freund der Darmstädter Bruderschaftserklärung von 1947. Aber da kann man auch hören: Diese war mehr für linke Vögel. Wer eine entpolitisierte Kirche haben will, muss auf Erklärungen wie die Bruderschaftserklärung verzichten. Auch das ist eben das Problem, dass es in dieser Welt keine entpolitisierte Kirche geben darf. Es kann eine unparteiische geben, aber entpolitisiert neben dem erkennbaren Unrecht stehen, das geht nicht. Und aus diesem Grunde ist auch die Suche nach dem Frieden heute und morgen etwas, was wir aus unserer eigenen Geschichte ableiten können. Es geht um ein eigenes, neues Verständnis, wie wir unseren Auftrag in Europa verstehen als gleichberechtigte, aber nicht vorrangige Nachbarn und welche Aufgaben wir darüber hinaus in der weiten Welt sehen.

Wir vertreten unseren Auftrag z. B. mit einer wunderschönen Erklärung, wie wir den Frieden in der Welt zu schützen gedenken, etwa indem wir Entwicklungshilfe betreiben. Doch alle diese Erklärungen sind wenig wert, wenn man genau nachrechnet, was wir wirklich konkret auf diesem Gebiet tun. Nicht einmal die Mindesthöhe dessen, was wir zugesagt haben bei einer reichen Volkswirtschaft, was wir investieren wollten als Entwicklungshilfe, stellen wir zur Verfügung. Bei jeder neuen Krise helfen wir nicht mit neuen Mitteln, sondern mit eigentlich verplanten Entwicklungsmitteln, ob es jetzt in Afghanistan ist oder im Sudan, morgen auf dem Balkan oder sonst wo. Auf allen unseren Kirchentagen, katholischen oder evangelischen, sprechen wir vom Teilen. Wir singen sogar davon. Doch in der Wirklichkeit sieht das häufig anders aus. Bei mir in der evangelischen Kirche sind viele Pastoren, bei denen sich zwei Personen mit einer Pfarrstelle zufrieden geben müssen. Das ist gewiss schon ein Teilen, manchmal freiwillig, manchmal weniger freiwillig. Aber im eigentlichen Ergebnis, ob die Gesellschaft bereit ist zu teilen, kann eine positive Antwort eher bei Ihnen möglich sein als bei uns im Westen.

Ich lasse mich da gerne belehren, falls ich hier irre, aber für mich ist es eine Tatsache: Ein Frieden, der nicht auf Gerechtigkeit beruht, ist kein Friede. Wer den Menschen nicht eine Perspektive gibt, etwas jedenfalls an persönlicher Hoffnung für eine bessere Zukunft, wird ihnen keine realistische Chance bieten, den Kindern mehr Sicherheit zu geben, als sie es bis heute hatten. Ich kann wohl sicherstellen, dass es meinen Eltern oder den Kindern materiell nicht schlechter geht als mir, doch sagt das noch nichts aus über ein menschenwürdiges Zusammenleben in der Gemeinschaft.

Materielle Sicherheit, so notwendig sie ist, gleiche Lebenschancen und ähnliche Perspektiven für das individuelle Dasein sind ganz unbestritten von Bedeutung für jeden einzelnen, doch sie bescheren noch keinen Frieden. Ja, sie führen im Detail zu einem unsinnigen oder unfriedlichen Wettbewerb um das größere Stück Wurst am Gabentisch der Zeit, nicht aber zu der notwendigen Konsequenz, im größeren Maßstab um mehr Gerechtigkeit in dieser Welt zu ringen, damit Frieden möglich wird. Nur Gerechtigkeit in gemeinsamer Verantwortung lässt die Hoffnung auf eine friedlichere Existenz in unserer Zeit wachsen, nicht allein im Sinne eines „Liebet einander“, sondern um ein Leben mit- oder auch nur gewaltlos nebeneinander zu ermöglichen. Das ist nicht über Nacht zu erreichen, wohl aber dann, wenn wir anfangen, bewusst den Weg aufeinander zu mit kleinen Schritten zu beschreiten, eingedenk der Erkenntnis: Frieden ist nur dort, wo ich den anderen in seinem Anderssein respektiere und ihn nicht in seiner Not alleine lasse.

Zivilcourage – eine Mahnung aus Querfurt

Wolfgang Thierse

I

Vor 25 Jahren machte das Querfurter Papier auf die Gefahr eines gesellschaftlich verbreiteten „konsequenten Schweigens“ aufmerksam und wies den einzig gangbaren Ausweg – es brach das Schweigen. Es artikulierte Protest gegen die Zumutungen der herrschenden Ideologie, es warb um Verständigung innerhalb der Kirchen, es organisierte Öffentlichkeit für die Idee der Versöhnung. Das Papier aus Querfurt regte zum Nachdenken an. Es ermutigte Gleichgesinnte und beförderte oppositionelles Verhalten.

Das lähmende Schweigen brechen – zugunsten der Würde und der Freiheit des Einzelnen, das ist eine der Forderungen, die das Querfurter Papier bis heute davor bewahrt, „nur“ ein Dokument der Zeitgeschichte zu sein. Das Querfurter Papier gehört nicht in die Schublade des Historikers. Seine Ar-

gumentation weist über unmittelbare zeitgeschichtliche Anlässe hinaus, denkt Menschenrechte als universale, unteilbare Rechte. Es verlagert Verantwortung für den Zustand des Gemeinwesens nicht an Andere, an Dritte, sondern erklärt, dass mit der gewünschten Veränderung ein jeder bei sich selbst beginnen soll: *Statt Einübung in den Haß brauchen wir Training in Toleranz, statt Abgrenzung Brücken der Verständigung, statt geistiger und materieller Aufrüstung Bereitschaft, füreinander Opfer zu bringen.*

Toleranz, Offenheit, Solidarität – das sind Tugenden einer demokratischen Gesellschaft. Sie in Zeiten der Diktatur zu leben, kostete ungleich mehr charakterliche Stärke. Im Rückblick weiß man zu unterscheiden, wer mit welchen Taten die Diktatur gefestigt und wer durch sein Tun wider den Stachel gelockt, wer Solidarität gewährt und wer sie verweigert hat. Und man weiß auch, dass es auf lange Zeit zum Wegducken vor der Macht keine zumutbare Alternative gab. Helden sind nicht der Normalfall, sonst wären sie keine.

Die Lektüre des Querfurter Papiers 25 Jahre nach seiner Entstehung weckt nicht nur die Erinnerung. Diese Lektüre provoziert auch Fragen, die auf unsere Gegenwart zielen: Wie halten wir es heute mit jener demokratischen Tugend, der das Querfurter Manifest seine Entstehung überhaupt verdankt – der Zivilcourage? Ist das couragierte Bürgerverhalten ein zwar kostbares, doch überlebtes Gut, weil die Demokratie, in der wir inzwischen leben, alles regelt und reguliert – wie von selbst, quasi „von Amts wegen“? Oder gibt es auch heute Anlässe, die nach vernehmbarem Ein- und Widerspruch, nach couragierter Gegenwehr, nach öffentlich vernehmbarer Solidarisierung verlangen?

In manchen Ohren mögen diese Fragen wie rhetorische Figuren klingen. Aber sie zu stellen, scheint angesichts des in unserem Lande immer häufiger zu beobachtenden gewalttätigen Umgangs mit Fremden, mit Ausländern, mit Minderheiten durchaus geboten. Und zwar aus zwei für unsere Bürgergesellschaft sehr beschämenden Gründen: Einmal, weil Gewaltanwendung längst nicht in dem Maße tabuisiert ist, wie sie das in einer zivilen Gesellschaft sein müsste. Und zum anderen, weil den angepöbelten, getretenen, angezündeten Menschen zivile Unterstützung, Mitmenschlichkeit, Solidarität erschreckend oft verweigert wird. In den Berichten über gewalttätige Ausschreitungen lesen wir immer wieder, dass Zeugen schlicht untätig geblieben sind, nicht einmal per Telefon Hilfe herbei gerufen haben. Obwohl ihnen selbst keine Gefahr drohte, haben sie das denkbar bequemste Verhaltensmuster gewählt: Sie haben geschwiegen, sie haben Anstand vermissen lassen. Spätestens diese Fälle zeigen: Auch in unserer Gesellschaft ist Zivilcourage leider keine Selbstverständlichkeit.

II

Extremes Verhalten am Rand der Gesellschaft ist oft genug ein Symptom für größere Missstände in der ganzen Gesellschaft. Doch so wenig es einfache Erklärungsmuster gibt: Gewalt wird auch gelernt. Wer geschlagen wird, schlägt irgendwann auch. Wer getreten wird, tritt zurück. Wer gedemütigt wird, rächt sich – und das Opfer ist immer ein Schwächerer. Doch es bedarf gar nicht der schlimmen persönlichen Erfahrung, in einer Gesellschaft, die Gewalt zum wichtigsten Gegenstand ihrer allabendlichen Unterhaltung via Fernsehen oder Computerspiel macht. Das bleibt dauerhaft nicht ohne Wirkung.

Der Umgang mit Fremden war jahrzehntelang kein brisantes Thema in Deutschland – in der DDR sowieso nicht, denn sie war ein eingesperrtes Land. Aber auch nicht in der Bundesrepublik, weil man meinte, im Grundgesetz die notwendigen Regeln des Zusammenlebens festgeschrieben und garantiert zu haben. Menschenwürde und Grundrechte sollten nach den schrecklichen Verbrechen der Nationalsozialisten in der westlichen Republik nicht mehr verletzt werden.

Der heutige Alltag belehrt uns eines anderen: Rechtsradikale Schläger treten die Grundlagen unserer Demokratie buchstäblich mit Füßen. Wir haben uns auseinander zu setzen mit Überfremdungsängsten und Fremdenfeindlichkeit, mit wachsendem Antisemitismus, mit Sündenbock-Theorien, denen zufolge Ausländer die Schuldigen an allen möglichen Krisensymptomen seien. Obwohl sich in den vergangenen drei Jahren endlich das öffentliche Problembewusstsein geschärft hat, nimmt die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in unserem Lande noch immer zu.

Gerade für verquere rechtsextremistische Ideologien sind die neu geschürten Feindbilder zwischen Islam und Christen- oder Judentum Wasser auf die Mühlen. Die „braune“ Ideologie lebt von Vorurteilen und Hass gegen alles, was fremd ist, gegen jeden, der fremd erscheint. Die Ausgrenzungsmentalität breitet sich oft unauffällig, unterschwellig aus. Wer den latenten Formen rechtsextremen Denkens nicht entgegen tritt, wird dem manifesten und gewalttätigen Extremismus erst recht nicht die Schranken weisen können.

Widersprechen und dagegen angehen heißt: die Ursachen zu erkennen. Monokausale Erklärungen verbieten sich, denn es geht um ein ganzes Bündel von Ursachen: Die ökonomische Globalisierung mit den dramatischen Veränderungen, die mit ihr verbunden sind, die Überforderungsängste und Vereinfachungsbedürfnisse vieler Menschen. Die Sorge um die materielle Sicherheit, die Erfahrung von Arbeitslosigkeit, das Gefühl des „Nichtgebrauchtwerdens“ oder auch die Angst davor, die Konkurrenz um Arbeits-

plätze, die tiefgreifenden Umbrüche nicht nur in Ostdeutschland mit den Folgen von Verunsicherung und moralisch-ideeller Desorientierung. Und als letztes Stichwort: Der bewusste Tabubruch, der den wohl letzten großen gesellschaftlichen Konsens, die eindeutige Absage an die menschenverachtende nationalsozialistische Ideologie, aufkündigt, um zu provozieren. Etwa durch die Wiederbelebung antijüdischer Ressentiments, den demonstrativen Gebrauch nationalsozialistischer Symbole, die Verbreitung fremdenfeindlicher Parolen, Schriften und Musik.

Widersprechen heißt aber auch, tätig werden. Nur zu analysieren reicht nicht aus, ebenso wenig wie es genügt, gebetsmühlenartig Zivilcourage und Gegenwehr einzufordern, ohne zu sagen, was sie konkret bedeuten, wie sie entstehen und gefördert werden.

III

Viele Menschen fragen sich: Was soll ich tun, wenn ich beobachte, wie ein Ausländer beleidigt, angepöbelt oder gar geschlagen wird? Soll ich etwa dazwischen gehen und mich selbst in Gefahr begeben?

Zivilcourage hat nichts mit falschem Heldentum zu tun. Niemand muss seine Gesundheit oder sein Leben aufs Spiel setzen. Aber Hilfe zu rufen oder die Polizei zu benachrichtigen, kann man wohl von allen erwarten, die Straftaten beobachten – und das übrigens nicht nur bei rechtsextremistischen Übergriffen.

Zivilcourage beweist derjenige, der sich ausländerfeindliche oder antisemitische Witze verbittet, der den Beleidigungen gegen Angehörige anderer Kulturen am Arbeitsplatz oder in der Freizeit entschieden entgegen tritt.

Zivilcourage zeigt derjenige, der nicht schweigend akzeptiert, dass in seiner Gegenwart Schwächere angepöbelt und gedemütigt werden.

Zivilcourage umfasst aber auch das Eingeständnis von Behörden, dass es in ihrer Stadt, in ihrer Gemeinde Rechtsextremismus gibt. Häufig wird von ihnen aus Furcht vor Image-Schäden das Problem einfach totgeschwiegen oder verharmlost. Diese öffentliche Feigheit hat mit dazu geführt, dass rechtsextreme Gruppen sich mancherorts stark genug fühlen, Andersdenkende unter Druck zu setzen. Sie verbreiten so konsequent Angst und Schrecken, dass es einigen Mut erfordert, ihnen entgegen zu treten.

Der Staat allein – Behörden, Polizei, Justiz – kann es nicht schaffen. Jeder Einzelne trägt Verantwortung, wenn die Rechte und Freiheiten, die unser demokratischer, pluralistischer Staat zu sichern hat, gefährdet sind. Unsere Rechte und Freiheiten einzufordern, sie zu leben, sie engagiert zu verteidigen,

gen – das ist couragiertes Verhalten. Und zum Glück, es gibt sie auch: Bürgerinnen und Bürger, darunter viele Jugendliche, die sich zur Gegenwehr formieren. Ich habe in den vergangenen Jahren viele dieser engagierten Initiativen besucht und mit Menschen gesprochen, die trotz ihrer Angst immer wieder auf den Marktplatz gehen und Mehrheiten aktivieren, um ihre ausländischen Mitbürger gegen drohende psychische und physische Gewalt zu verteidigen. Leider sind diese Zusammenschlüsse, diese Orte der Gegenwehr weniger bekannt als Guben, Hoyerswerda, Solingen oder Cottbus – Städte, in denen Ausländer ermordet wurden. Widerspruch, Gegenwehr, Solidarität sind – gemessen an den Gesetzen der Medien – offenbar immer noch zu unspektakulär. Gemessen an den Tugenden der Demokratie sind sie beispielhaft und vorbildlich.

Es gibt kein verantwortungsvolles Handeln ohne Ziel, ohne Überzeugung, ohne Wissen, um was es geht. Auch Zivilcourage wird niemandem bei der Geburt in die Wiege gelegt. Sie wird geprägt im Elternhaus, in der Schule, in der Ausbildung, im sozialen und beruflichen Umfeld. Für Lehrer und Ausbilder heißt couragiertes Verhalten, jenseits des eigenen Faches über Anstand, über Feigheit und Menschenwürde zu sprechen. Es gehört Courage dazu, den Meinungsführern eines Ausbildungsjahrgangs ein paar angeblich altmodische Wahrheiten zu sagen und zu diskutieren. Das erfordert natürlich, sich Fakten und Argumente anzueignen, um die inhaltliche Auseinandersetzung überhaupt führen zu können. Es kommt darauf an, zu überzeugen – durch bessere Argumente, durch andere politische Lösungen, durch das Aufzeigen ehrlicher Perspektiven. Mit Polemik ist es nicht getan. Das Wichtigste ist, die demokratischen Werte im Alltag zu leben, sie durch das eigene Vorbild zu vermitteln. Schließlich bedarf Zivilcourage dringend der Erfahrung, dass man nicht alleine ist, dass man sich auf Gleichgesinnte und Verbündete verlassen kann.

Zivilcourage ist ein kostbares Gut, gefragt zu allen Zeiten. Die Umstände und Herausforderungen mögen sich mit den Zeiten ändern, doch es bleibt dabei: Die Zivilität einer Gesellschaft wird wesentlich geprägt durch die Courage ihrer Mitglieder. Das bleibt eine Mahnung aus Querfurt.

Manifest der Naumburger Menschenrechtsgruppe vom 1. Mai 1977

Frieden, Zukunft und Hoffnung

JEREMIA 29, 11

DENN ICH WEISS WOHL,
WAS ICH FÜR GEDANKEN ÜBER EUCH HABE,
SPRICHT DER HERR:
GEDANKEN DES FRIEDENS UND
NICHT DES LEIDS,
SO DASS ICH EUCH GEBE
ZUKUNFT UND HOFFNUNG.

Mit Schaus Verhaftung werden für uns neue Aktivitäten notwendig. Wir stehen vor der Aufgabe, erstens ein möglichstes für Günther selbst zu tun, indem wir einen engen persönlichen Kontakt mit seiner Mutter halten, ihr bei der Korrespondenz mit den Behörden helfen und sie zu Gesprächen mit Rechtsanwälten und Kirchenvertretern begleiten. In diesem Bereich wird es in der nächsten Zeit noch einiges zu tun geben für Tautz, Behrend und Radeke, deren persönlicher Kontakt mit Frau Schau nicht so leicht durch andere ersetzt werden kann. Zweitens ist es nötig, Günthers Arbeit fortzusetzen und wenn möglich zu erweitern. Das ist nicht leicht bei einer Person, die mit so ungeheurem Einsatz und so viel Energie die Dinge betrieben hat.

Wir müssen uns die Arbeit teilen und werden, um das Begonnene sinnvoll fortzusetzen, andere Arbeitsmethoden nötig haben. Viel Zeit und Geld verschlangen die Fahrten, die nötig waren, um Kontakte herzustellen zu den Gruppen, die von Verhaftungen, Verhören, Haussuchungen, heimlicher Bewachung und Kündigung betroffen waren. Ein solcher Kontakt und eine gewisse Koordination oder Information zwischen den einzelnen Gruppen in der DDR erwies sich als nötig, um einer Vereinzelung entgegen zu wirken, die Unsicherheit und Angst mitbringt und die Betroffenen unfähig macht, rechtswidrigen Angriffen und Einschüchterungsversuchen angemessen zu begegnen. Dabei lag es uns jedoch immer vollkommen fern, auch nur in irgendeiner Weise konspirativ tätig zu werden. Auch für uns brachte dieser weitverzweigte Informationsaustausch wertvolle Erkenntnisse, auf die wir uns in

manchen Fällen stützen können. Es wäre wichtig, daß solche Erfahrungen mehr Allgemeingut werden könnten, so daß nicht jeder, der sich neu in die Situation gestellt sieht, hier an irgendeiner Stelle helfen zu müssen, sie unter unnötigen Schwierigkeiten und Gefahren allein von Anfang an machen muß.

Schließlich diene das Sammeln dieser Informationen der Berichtigung und Vervollständigung der Dokumentationen, die Schau geschrieben hat, so daß wir die vorliegende Zusammenfassung erbringen könnten. Das Ziel solchen Berichtes soll es sein, zu verhindern, daß ein stummer und stumm machender Terror Menschen, die verantwortlich und unter Einsatz ihrer Sicherheit und Freiheit das dringend Notwendige und gute Hilfe tun, oder auch solche, die nur einfach frei ihre Meinung sagen, von der Oberfläche verschwinden läßt, ohne daß es an dieser Oberfläche registriert wird.

Um dieser Aufgabe in Zukunft besser gerecht zu werden, wird es nötig sein, umfassendere Kontakte zu halten, so daß bei neuen Verhaftungen die Angaben zur Person und Umstände der Verhaftung schon bekannt sind und nicht erst unter großem Aufwand von einigen wenigen, die allein alles betreiben, in Erfahrung gebracht werden müssen. Hier kann die Kirche mehr tun als einzelne und sollte nicht, wie bisher oft geschehen, an dieser Stelle Entscheidendes versäumen. Ein Oberkirchenrat vom Landeskirchenamt Dresden äußerte uns gegenüber in einem Gespräch, daß, wenn irgendwo jemand verhaftet würde, am nächsten Tag der Gemeindepfarrer vor der Tür stehen müsse. In diesem Sinn verstehen wir auch, was im „Memorandum an den Generalsekretär des ÖRK vom Kolloquium über die Rolle der Kirchen bei der Anwendung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Montreux, Schweiz, den 24.–28. Juli 1976“, das in den Amtsblättern der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen vom 20. 01. und 23. 02. 77 veröffentlicht wurde, gesagt ist:

„18. Die Kirchen haben gleichzeitig aber auch ganz besondere Chancen, die ihnen anvertrauten Aufgaben zu erfüllen. Durch die Mitgliedskirchen haben wir im Rahmen der ökumenischen Bewegung Zugang zu Tausenden von Ortsgemeinden und können uns glücklich schätzen, daß uns damit die Möglichkeit gegeben ist, alle notwendigen Informationen und Voraussetzungen für die Verbesserung der Menschenrechtssituation zu verbreiten und allgemein bekannt zu geben. Die ökumenische Bewegung gibt uns ferner Gelegenheit, Menschen überall in der Welt für die gemeinsame Sache zu mobilisieren und über die einzelnen Gemeinden und Gemeindeglieder einen moralischen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, der nicht dadurch weniger wirksam wird, daß er in vielen Fällen unsichtbar bleibt.“

Es muß unser Ziel sein, auf diese Weise eine Massenwirksamkeit zu erreichen, die der staatlichen Willkür ein umfassendes Verantwortungsbewußtsein und Aufmerksamkeit entgegensetzt. Das Volk soll prüfen anstatt zu gehorchen und der Befehls- und Verdummungsmaschinerie durch Selbständigkeit und Selbstbewußtsein die Grundlage zu entziehen.

Es wird also nicht ohne politisches Engagement abgehen.

„Memorandum“ etc. aaO.:

Eine Beratungsgruppe für Fragen des Menschenrechts

„soll ... kirchliche Amtsträger und die einzelnen Christen in ihrer schwierigen Aufgabe stärken und ihnen helfen, ihre prophetische Rolle angesichts des Mißbrauchs der Macht und der unmenschlichen Praktiken in ihren Kirchen, in Staat und Gesellschaft gewissenhaft wahrzunehmen.“ Und

„in Fällen, wo die Menschenrechte mißachtet oder verletzt werden, die Vorschriften der staatlichen Gesetzgebung oder damit begründete Maßnahmen eingehend untersuchen;“

aaO.:

„Zur Religionsfreiheit muß auch das Recht und die Pflicht der religiösen Institutionen gehören, die herrschenden Mächte, wo dies notwendig ist, im Einklang mit ihren religiösen Überzeugungen zu kritisieren.“

aaO.:

„Die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen, wo immer diese als objektiver Tatbestand aufgedeckt worden sind, ist für die Kirche eine Pflicht und sollte nicht mit ungerechtfertigter Einmischung verwechselt werden.“

Auch bei unserer Arbeit zeigte sich, daß persönliche Hilfe und politische Kritik notwendig in eins fallen.

aaO.:

„Die Kirchen werden unweigerlich in die sozialen, politischen und kulturellen Auseinandersetzungen der Gegenwart mit hineingezogen.“

Durch mangelnde Konsequenz und Bereitschaft zum Handeln hat sich die Kirche bisher weithin einer Vernachlässigung dieser Frage schuldig gemacht und sich ins gesellschaftliche Abseits drängen lassen.

Ähnliches gilt zum großen Teil von dem Verhalten gegenüber der Masse von Bürgern, die durch einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR (der nach dem Gesetz zur Änderung und Ergänzung straf-

und strafverfahrensrechtlicher Bestimmungen (2. Strafrechtsänderungsgesetz) vom 7. April 1977 strafrechtlich verfolgt werden kann, arbeitslos geworden sind oder unter Schwierigkeiten am Arbeitsplatz leiden und deren Leben in zunehmenden Maße von Depressionen und Resignation geprägt ist.

Man hört in vielen Fällen von der Diskriminierung solcher Bürger auch im kirchlichen Bereich. Wenn wir bewußt hierbleiben und nicht fortgehen, können wir daraus doch nicht eine Verurteilung derer ableiten, die das nicht wollen und vom allerselbstverständlichsten Menschenrecht, sich frei bewegen zu können, Gebrauch machen möchten. Wo irgend möglich, sollte die Kirche freie Arbeitsplätze für diese Arbeitslosen haben, auch wenn zu erwarten ist, daß sie bald wieder kündigen werden. Auch hier hat die Kirche einzigartige Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung.

Eine weitere Chance liegt in einer weitgehenden Unantastbarkeit kirchlicher Mitarbeiter durch staatliche Stellen. – Obgleich wir allen Grund haben, anzunehmen, daß man durch heimliche Beobachtung und quasi-offener Beschattung mit dem Ziel, uns zu verängstigen, sich unserer annimmt, sind wir doch bisher weder verhört noch sonst irgendwie gewaltsam belästigt worden. Es wäre deshalb eine sträfliche Unterlassung, würden wir nicht die uns gegebenen Freiheiten so umfassend als möglich wahrnehmen. Nur so wird es möglich, daß wir in der DDR mit unseren besonderen Schwierigkeiten alleine fertig werden, ohne auf Hilfe von außen angewiesen zu sein.

5. 7. 1977

4

BStU
000037

527

Illegale Herstellung, geplante Unterschriftensammlung und Verbreitung eines sogenannten Querfurter Papiers mit dem Titel: "Frieden und Gerechtigkeit heute" durch kirchliche Kreise

Inoffiziell wurde bekannt, daß im Amtsbereich der Evangelischen Landeskirche der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, illegal ein sogenanntes Querfurter Papier mit dem Titel "Frieden und Gerechtigkeit heute" erarbeitet wurde. Es ist gerichtet an die "Mitarbeiterschaft der evangelisch-katholischen Kirche". Seine Verbreitung und die damit verbundene Unterschriftensammlung soll vorerst auf den Amtsbereich der Magdeburger Kirchenleitung beschränkt bleiben.

Bisher wurde bekannt, daß Unterschriftenaktionen in Naumburg, Weißenfels, Erfurt und Jena durchgeführt werden sollen, wobei eine Unterschriftensammlung im Raum Querfurt bereits durchgeführt wurde. (siehe Anlage).

Dieses sogenannte Querfurter Papier beinhaltet, daß Veröhnung den Menschen und die Verhältnisse ändere. Der Auftrag der Kirche bestehe darin, die christliche Veröhnung "... in die Fragen und Probleme unserer Gesellschaft zu übersetzen ...".

Es wird dazu aufgefordert, daß "... tägliche Verhalten in den hiesigen Lebensverhältnissen ständig zu überprüfen ..." und es nicht "... den Erwartungen der Umwelt in falscher Weise anzupassen. Wenn wir Kirche für andere sein wollen, erstreckt sich unser Auftrag um alle, die in diesem Land leben ...".

Was Handreichungen und Hirtenworte der Kirchenleitungen bisher dazu gesagt hätten, habe oft zu wenig Breitenwirkung gehabt.

Jetzt käme es darauf an:

1. Friede ohne Versöhnung sei kein echter bleibender Friede. Er sei die Fortsetzung des Kampfes mit anderen Mitteln.
 "... Wir können dem Prinzip des Klassenkampfes nicht zustimmen, weil es die Versöhnung mit dem Gegner von vornherein ausschließt. Konflikte könnten um des Menschen Willen nicht mehr mit Gewalt gelöst werden. Es genüge nicht, "... friedliche Koexistenz mit bloßem Nichtkrieg zu verstehen ...".
 "... Echtem Frieden dient es nicht,
 - a) wenn unter dem Stichwort der Verteidigungsbereitschaft eine umfassende Militarisierung des Denkens und Lebens aufkomme;
 - b) wenn in Anderedenkenden ein Feind gesehen wird, den es unter Umständen zu vernichten gilt;
 - c) wenn immer mehr Berufe- und Bildungswege nur noch nach einer freiwilligen Meldung zur Armee für 3 Jahre zu erlangen sind;
 - d) wenn eine umfassende Umerziehung zum Freund-Feind-Denken erreicht werden soll. Wir sehen dadurch den Menschen in seinem Menschsein gefährdet ...".
2. "... Der Mensch ist wichtiger als ein ideologisches System ...". Der gesellschaftlichen Vielfalt stehe die Einheitsgesellschaft als erklärtes Ziel entgegen. Nur wo Pluralität beachtet werde, würden Menschen gern Bürger ihres Staates sein. Unter Sach- und Gemeinschaftszwängen dürfe nicht die Würde und Freiheit des einzelnen verloren gehen.
 Daraus würden sich folgende Notwendigkeiten ergeben:
 - a) Christen, die der herrschenden Ideologie nicht zustimmen könnten, wären von der Mitverantwortung ausgeschaltet. Damit würde der Mensch seiner Entfaltungschance beraubt.
 - b) Der Mensch dürfe keiner Beschränkung im Umgang mit Menschen seiner Wahl unterliegen. Ein- und Ausreisebeschränkungen würden ohne Begründung verhängt. "... Nur wer frei ist zu gehen, wird freiwillig gerne bleiben ...".
 - c) Wenn die Kirche ihren Auftrag treu bleiben wolle, "... wird sie die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung für jedermann einzufordern haben ...".
 - d) In Krankenhäusern, Pflegeheimen, Gefängnissen und Internaten müßten Möglichkeiten der seelsorgerlichen Betreuung vorhanden sein. Ein Klima der Differenzierung wirke dem jedoch entgegen.

"... Darüber hinaus wehren wir uns gegen Einengung der christlichen Literatur ... und gegen das Verbot ihres Austausches über Grenzen hinweg ...".

Es wird ein allseitiges Informationsrecht für jedermann gefordert. Massenmedien und Druckerzeugnisse einer Richtung würden eigenverantwortliche Meinungsbildung und Gewissensentscheidung nicht zulassen. Fanatismus und Opportunismus seien die Folge.

- a) Es müsse der Anspruch auf Möglichkeit zur Kritik am Bestehenden vorhanden sein ohne nachfolgender Repressalien. In diesem Zusammenhang wird auf die Schlußakte von Helsinki verwiesen.
3. Die Menschheit habe nur Zukunft in universaler Zusammenarbeit. Es sei gefährlich
 - a) wenn einer dem anderen sein System aufzwingen wolle;
 - b) wenn nur das partikuläre Eigeninteresse hochgehalten und nicht die gegenseitige Abhängigkeit bewußt gemacht werde;
 - c) die Verantwortung für die Not der dritten Welt nicht stärker zu erfassen. Rüstungsbeschränkungen und politisch uneigennützige Opfer materieller Art seien entsprechende Hilfe.
 - d) Die Aktionen "Brot für die Welt" und "Not in der Welt" seien ein kleines Maß praktizierter Verantwortung. Die Spenden sollten endlich uneingeschränkt in ihren Bestimmungsbereichen wirksam werden.

Eine Alternative der aufgezeigten Schritte werde nicht gesehen. Es gelte, bequemen Konformismus aufzugeben und entschlossener Zeugnis "... von dem Angebot in Frieden Christi in dieser Umgebung abzulegen. Wer andere dazu ermutigen möchte, gebe diesen durch seine Unterschrift zu erkennen.
 Querfurt, den 29. April 1977"

Unterzeichnet ist dieses Papier von

Dr. Wolfram Nie r t h , Schraplau
 Dieter T a u t z , Osterhausen-Sippichbach,
 Brigitte B o r r m a n n , Ophausen,
 Friedrich O e v e n t e r , Querfurt,
 Dietrich R ä d i g e r , Steigra
 Gerhard B a k e n i u s , Osterhausen-Sippichbach,
 Hartmut S c h e u r i n g , Osterhausen,
 Bernd R u d o l f , Farnstedt.

Inoffiziell ist bekannt, daß durch Studenten des Kirchlichen Oberseminars Naumburg bereits entsprechende Aktivitäten entwickelt wurden, Unterschriften von kirchlichen Mitarbeitern und Pfarrern für dieses sogenannte Querfurter Papier zu sammeln.

Es handelt sich dabei um die Studenten

- [REDACTED]
- [REDACTED]
- [REDACTED] (Mitunterzeichner des "Querfurter Papiers")
- [REDACTED]

Initiator der gesamten Aktion soll der

Pfarrer

geb. [REDACTED] in [REDACTED]

wh. Bad Kösen, [REDACTED]

sein. Über den bisher keine negativen Hinweise bekannt wurden.

In internen Kreisen soll der Student [REDACTED] geäußert haben, daß er sich bis zum 30. 6. 77 mit der Verbreitung der Exemplare zurückgehalten hätte. Es sei jedoch ein Umstand eingetreten, der alles andere. Er, [REDACTED], habe die Weisung erhalten, daß er seinerseits die Aktion nicht ausweiten dürfe, so gern er dies auch wolle.

Nach Einschätzung des Materials durch die HA XX liegt eine strafbare Handlung nicht vor.

In Übereinstimmung mit der HA IX werden folgende politisch-operativ Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Zur Unterbindung weiterer feindlich negativer Aktivitäten des genannten Personenkreises wird, unter Berücksichtigung des Quellenschutzes, eine Information an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Gen. Seigewasser, übergeben. Aus dieser Grundlage und einer, von der HA XX/4 in Zusammenarbeit mit der HA IX entsprechend auszuarbeitenden Argumentation, wird Staatssekretär Seigewasser in einem Gespräch mit Bischof Krusche diesen veranlassen, Maßnahmen gegen die Personenkreise und damit zur Unterbindung ihrer Aktivitäten durchzuführen. Erforderlichenfalls ist der Personenkreis gegenüber Bischof Krusche durch die Nennung der Person Taute zu personifizieren.

Abteilung XX/4

Halle, den 13.07.1977

BStU
000013

bestätigt:
Stellvertreter Operativ

W o l l f
Oberstleutnant

Eröffnungsbericht

zum Zentralen - Operativ - Vorgang "Korinther"

Sachverhalt:

Inoffiziell wurde bekannt, daß im Amtsbereich der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen illegal ein sogenanntes "Querfurter Papier" mit dem Titel "Frieden und Gerechtigkeit heute", datiert mit Querfurt, den 29. April 1977, erstellt wurde.

Es ist gerichtet an die Mitarbeiterschaft der evangelisch-katholischen Kirche.

Seine Verbreitung und die damit verbundene Unterschriftensammlung soll vorerst auf dem Amtsbereich der Magdeburger Kirchenleitung beschränkt bleiben.

Bisher konnte inoffiziell dazu erarbeitet werden, daß Unterschriftenaktionen in Naumburg, Weißenfels, Erfurt und Jena durchgeführt werden sollen, wobei eine Unterschriftensammlung im Raum Querfurt bereits erfolgte.

Das Material wurde durch die HA XX und HA IX eingeschätzt, es liegt keine strafrechtliche Relevanz vor.

(ZOV „Korinther“)

Dokument 2: BStU, Ast. Halle, Reg.-Nr. VIII/998/77, Teil III, Band 1, Bl. 13-16

- 2 -

000014

Es wird vorgeschlagen, den Personenkreis, der an der Verfassung, Unterzeichnung und Verbreitung des von feindlich-negativen klerikalen Kräften erstellten sogenannten "Querfurter Papiers" beteiligt ist, im Rahmen eines Zentralen - Operativ- Vorganges zu bearbeiten.

Die Notwendigkeit der Aufnahme einer zielgerichteten politisch-operativen Bearbeitung dieses Personenkreises resultiert aus der vorhandenen Gesellschaftsgefährlichkeit, die trotz der gegenwärtig nicht nachweisbaren strafrechtlichen Relevanz des "Papiers", in den feindlich-negativen Aktivitäten dieses Personenkreises begründet liegt.

Mit der Verfassung dieses "Querfurter Papiers" und der Sammlung von Unterschriften unter feindlich-negativen klerikalen Kräften beider Konfessionen unterstützen die Initiatoren die gegenwärtige Angriffsrichtung des Gegners, die vor allem auf die Schaffung sogenannter Bürgerrechtsbewegungen innerhalb der DDR und der sozialistischen Bruderländer ausgerichtet ist.

Anhand der inhaltlichen Ausgestaltung des "Querfurter Papiers" ist ersichtlich, daß die Verfasser nur einen bestimmten Personenkreis ansprechen wollen und bewußt eine strafrechtliche Relevanz vermeiden.

Aus diesem Grunde sind die im "Papier" enthaltenen feindlich-negativen Angriffe theologisch verbrämt und aus der Sicht einer angeblichen christlichen Mitverantwortung heraus, formuliert.

Die im "Querfurter Papier" enthaltenen feindlich-negativen Angriffe bestehen vor allem in:

- der Anzweiflung der Glaubwürdigkeit des von Partei und Regierung auf wissenschaftlicher Grundlage vorausbestimmten Kurses der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR;

- der Verneinung des untrennbaren Zusammenhanges von Sozialismus und Kampf um Frieden und Zusammenarbeit;
- der Verleugnung der Notwendigkeit der Landesverteidigung und der sozialistischen Wehrerziehung;
- der Unterstellung, daß die verfassungsmäßig garantierte Glaubensfreiheit eingeschränkt wird;
- der Vorhaltung, daß einige in der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Grundsätze in der DDR nicht verwirklicht werden.

Ausgehend von diesem Sachverhalt besteht die Ziel- und Aufgabenstellung der politisch-operativen Bearbeitung des Personenkreises hauptsächlich in:

1. Ermittlung und Aufklärung der Verfasser und Unterzeichner des "Querfurter Papiers" sowie der an der Unterschriftensammlung beteiligten Personen.
2. Aufklärung und Dokumentierung der mit der Verfassung und Verbreitung des "Querfurter Papiers" verfolgten Zielstellung einschließlich der weiterhin geplanten feindlich-negativen Aktivitäten unter Prüfung der Tatbestände der §§ 106 und 107 StGB. Im Zusammenhang mit der Aufklärung und Dokumentierung der Zielstellung ist besonders zu überprüfen, ob der Personenkreis Verbindungen zu sogenannten Menschenrechtsbewegungen in der BRD sowie zu oppositionellen Gruppierungen in den sozialistischen Bruderländern unterhält und entsprechende Einflußnahmen von diesen Gruppierungen ausgehen.

3. Zur Verhinderung, daß vom angefallenen Personenkreis weitere feindlich-negative Aktivitäten ausgehen, sind geeignete Ansatzpunkte und Informationen zu diesen Personen zu erarbeiten, auf deren Grundlage wirksame politisch-operative Zersetzungsmaßnahmen eingeleitet werden können.

Die politisch-operative Bearbeitung des Personenkreises ist über einen langfristigen Zeitraum zu konzipieren und erfolgt unter Federführung der Abteilung XX/4 im koordinierten Zusammenwirken mit den Dienststellen, aus deren Verantwortungsbereich Personen im Zusammenhang mit dem "Querfurter Papier" in Erscheinung treten.

Die Konkretisierung des Einsatzes der operativen Kräfte, Mittel und Methoden sowie notwendiger Koordinierungsvereinbarungen erfolgt in einem Operativplan, auf dessen Grundlage detaillierte politisch-operative Maßnahmen zu den einzelnen im ZOV erfaßten Personen zu planen sind.

v. Leinert OH.
Nonak
Hauptmann

Leiter der Abteilung XX

Gröber
Oberstleutnant

Staatssekretär für Kirchenfragen

Berlin, den 15. Juli 1977

Information über ein Gespräch mit Bischof Krusche am
13. Juli 1977

BSU
000066

Bischof Krusche bestätigte nach Darlegung meiner Argumente
zu der Unterschriften-Aktion im Bezirk Halle und in Jena
die Tatsache dieser Aktion.

Er fragte sofort: "Meinen Sie etwa den Initiator
Pfarrer Nierth (?)?"

Ich habe ihm und auch dem Vertreter von Bischof Braun (Katholik)
eine Liste mit 60 oder 62 Unterschriften übergeben. Sie sei
angeblich nur für ihn gedacht und solle über seinen Schreib-
stisch nicht hinausgehen. Übrigens hätte er den Inhalt des
Papiers noch nicht gründlich genug gelesen. Dieser Behaup-
tung widersprach seine Bemerkung, daß er über bestimmte
Aussagen mit den Initiatoren gesprochen und ihnen dabei er-
klärt haben will, daß manches aus falscher Sicht von ihnen
behandelt worden sei.

Am Beispiel der Proteste gegen den Klassenkampf, der nach
ihrer Auffassung dem Geist von Helsinki widerspreche.
Ich persönlich halte diesen Protest schon deshalb für politisch
unmöglich, weil der Klassenkampf nun einmal da sei, international,
und nicht konstruiert werde.

Insgesamt versuchte Krusche die negative, gegen Staat und Gesell-
schaft gerichtete Tendenz zu verniedlichen.

Er meinte er, meine ersten Hinweise auf wahrheitswidrige
Behauptungen des Papiers über das Verhalten der Staatsorgane
für Kirche und zu den Christen dadurch entkräften zu können,
daß er meine Feststellung "wahrheitswidrig" überhaupt bestreite.
Seiner Auffassung nach teile sich das Papier in drei Teile.

Ein Teil, der "möglicherweise" als provokativ verstanden werden
kann, sei von ihm persönlich in Gesprächen mit den Initiatoren
als falsche Einschätzung, die zur Verschlechterung der Bezie-
hungen Kirche-Staat führen könne, zurückgewiesen worden.

Ein zweiter Teil wäre von ihm persönlich nicht so formuliert
worden, wurde aber von ihm aus gesehen, keinen Einspruch not-
wendig machen.

Der dritte Teil, der sich mit der geistigen Situation der
Kirche in der sozialistischen Gesellschaft befasse, würde sogar
von ihm anerkannt werden.

Meine mehrmaligen ersten Hinweise, daß dieses Papier zweifels-
los mit dem Ziel geschrieben worden sei, um

1. die Beziehungen zwischen Kirche und Staat nicht zu norma-
lisieren, sondern zu belasten und
2. daß im Papier selbst schon die Gefahr liege, Bürger zur
Pflichtverletzung zu verleiten, anerkannte er nicht.

BSU
000067

2.

Er versuchte dabei, sein eigenes Verhalten und seine Proteste
gegenüber dem Bräsewitz-Zentrum als Beispiel dafür heraus-
zustellen, daß er alles vermeiden möchte, was zu Spannungen
zwischen Kirche und Staat führe. So will er den Initiatoren
der Unterschriften-Aktion angeblich dringend nahegelegt haben,
im keinen Fall das Dokument über die Kirchenleitungen hinaus
sozialistischen Stellen der DDR oder gar der Bundesrepublik
übermitteln.

Ich habe sie ausdrücklich auf den provokatorischen Verlauf
der Bräsewitz-Kampagne verwiesen. Für ihn sei es aber kirchlich
nicht illegitim, wenn Geistliche und andere Angestellte der
Kirche durch Unterschriften ihre Meinungspräsenz zeigen, sofern
sie nicht über die Kirche hinaus andere Bürger dafür gewinnen
wollen.

Seine Bemerkung machte er, weil ich die Unterschriftensammlung
als unzulässig und vorliegenden Verordnungen wider-
sprechend bezeichnet hatte.

Ich erklärte ihm, daß es bei der Beurteilung der Aktion sicher
nicht um das Formale gehe, daß man dies nicht ausklammern kann,
sondern eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des
Staates, die auf jeden Fall unzulässig sei. Wir müssen immer
wieder feststellen, daß wir keine Diskussion über Glaubens-
und Gewissensfreiheit notwendig haben, denn diese sei garan-
tiert, sowohl von der Verfassung her als auch in der Praxis.
Als ich ihm noch einmal deutlich machte, daß das Niveau des
Papiers auf dem Niveau derjenigen stünde, die sich hinter dem
Bräsewitz-Zentrum in der Bundesrepublik verbergen, protestierte
er und meinte, wenn diese Feststellung berechtigt sei, hätte er
von sich aus Schritte gegen das Papier unternommen, das beweise
sein Verhalten zur Bräsewitz-Aktion und sein Auftreten in West-
berlin. Er habe doch einen großen persönlichen Anteil daran,
wenn Kirchen der BRD sich vom Bräsewitz-Zentrum distanzieren
haben. Was er tun könne, um einen Mißbrauch des Dokumentes zu
politischen Zwecken zu verhindern, das werde er tun.

Ich habe den Stellvertreter Inneres des Rates des Bezirkes Halle,
der heute am 14. Juli 1977 nachmittags, ein Gespräch mit Bischof
Krusche über Fachfragen führt, veranlaßt, von sich aus noch ein-
mal anhand des Papiers nachdrücklich gegen die Aktion zu protestie-
ren.

Es bekam die Orientierung, es nicht zu einer unnötigen Verschärfung
kommen zu lassen.

gez. Hans Seigewasser

2) *Wu ist möglich in weiter*
 3) *Welche Möglichkeit f. offiz. Anklage*
stehen ganz klar. Ankl.

24. 7. 1977 1008

BStU
000059

Kopie

Der Bundesbeauftragte für die
 Angelegenheiten des Staatssicherheitsdienstes
 der ehemaligen
 Deutschen Demokratischen Republik

Über das Zusammentreffen des HAVEMANN in seiner Stadtwohnung
 mit Sarah KIRSCH und TAUTZ, Lothar aus Erfurt am 22. 7. 1977

Am Abend des 22. 7. 1977 fand in der Stadtwohnung des Havemann
 eine Zusammenkunft statt, an der neben Havemann die Fuchs, Li-
 lo; Kirsch, Sarah; Pannach, Anrei (alle op. bekannt) und der

TAUTZ, Lothar
 geb. am 15. 4. 1950
 wohnhaft: Erfurt, Brühlerstr. 39
 nicht erfaßt
Theologiestudent, Mitglied des Kirchenrats

teilnehmen.

Der Tautz wurde vermutlich durch die Kirsch an Havemann ver-
 mittelt. Er berichtete, daß mehrere nicht genannte Personen
 eine "Dokumentation" über die Ereignisse des letzten dreivier-
 tel Jahres in der DDR gefertigt haben und übergab Havemann ein
 Exemplar.

Andeutungen ist zu entnehmen, daß diese "Dokumentation" über
 Proteste, Stellungnahmen und Verhaftungen von Personen im Zu-
 sammenhang mit der Ausbürgerung Biermanns informiert.

Weiterhin informierte er Havemann darüber, daß er Theologie
 studiere und daß ein evangelisch-katholischer Predigtkreis,
 dem sieben Pfarrer angehören, ein Schreiben verfaßt haben,
 das ähnlich der "Charta 77" aufgebaut sei, indem die DDR be-
 zichtigt wird, gegen Menschenrechte zu verstoßen, eine Mili-
 tarisierung betreibe und keine Informationsfreiheit und Kri-

Dokument 4: BStU, Gerichtsakte G. Schau, Bl. 59, 60

Der Bundesbeauftragte für die
 Angelegenheiten des Staatssicherheitsdienstes
 der ehemaligen
 Deutschen Demokratischen Republik

Kopie

1009

BStU
000060

- 2 -

tikmöglichkeit gewährleiste.

Dieses Schreiben, das ursprünglich direkt an den Genossen
 Honecker geschickt werden sollte, sei dem zuständigen Bi-
 schoff übergeben worden, mit der Bitte um Weiterleitung.
 Tautz betonte mehrfach, daß diese Schreiben den Sicherheits-
 organen mit Sicherheit bekannt seien.

Kopie

Die Kirsch informierte Havemann ausführlich über die Maßnah-
 men im Schriftstellerverband nach der Ausbürgerung Biermanns.
 Des weiteren berichtete sie über ihre Reise in die BRD und
 die Zusammentreffen mit Biermann und dessen Verbindungen. Sie
 übergab Havemann einen Brief Biermanns.

Wesentliche Teile des Gespräches beinhalteten vermeintliche
 Arbeitsmethoden der Sicherheitsorgane und Suche nach Möglich-
 keiten, sich der Kontrolle zu entziehen.

HA XX/4
4.8.77

Kopie

er Bundesbeauftragte für die
angelegenheiten des staatsanwaltschafts
der ehemaligen
deutschen Demokratischen Republik

- 7 -

BStU
000073

1022

einnehmen. [redacted] hat festgelegt, daß
[redacted] künftig als Verbindungsmann des [redacted]
die Verbindung zu K i r s c h aus Gründen der
Konspirierung aufrechterhält.
Im internen Gesprächskreis wird [redacted] als Ver-
bindungsmann der "Amnesti International", mit der das "Schutz-
komitee" in Verbindung steht, bezeichnet. Er selbst sagte
von sich, daß er jetzt die Stelle von "Aljoscha" [redacted]
einnehmen würde. Inoffiziell wurde festgestellt, daß
[redacted] gemeinsam mit T a u t z die Schrift
"Ein Biermann ging ..." überarbeitet und diese neue 79-seitige
Ausgabe bisher zu zehn Exemplaren vervielfältigt hat. Zu
seinem unmittelbaren Freundeskreis, die in diese Aktivitäten
mit einbezogen werden könnten, gehören: seine Freundin
[redacted], [redacted], [redacted], [redacted]
[redacted] (alle KOS-Naumburg). Von diesen Personen,
außer [redacted], wurde inoffiziell bekannt, daß diese
Aktivitäten unternommen haben eine Unterschriftensammlung zu
einem Papier, welches sich mit den Menschenrechten im Stil
der Charta 77 in der DDR beschäftigt, zu organisieren.
Initiator dieser Aktion soll Pfarrer [redacted], [redacted]
(Naumburg) sein. Bisher sollen 80 Pfarrer unterschrieben ha-
ben. (Abt. IX - keine strafrechtliche Relevanz). Weiterhin
wurde bekannt, daß von dieser negativen Gruppierung um [redacted]
vor der Belgrader Konferenz geplant war, die Charta 77
auszugewisse in Form von Flugblättern in den Universitätsstädten
der DDR zu verteilen. [redacted] war in diesem Plan für
die Aktion in Berlin vorgesehen. Durch operative Maßnahmen
wurde bisher von dem Plan Abstand genommen. Im Zusammenhang
der Aktivitäten des [redacted] besteht auch der Verdacht,
daß dieser bei der Ablage der Flugblätter in Naumburg sowie
am 18. 03. 77 in Jena (auszugweise Wiedergabe der Charta 77)
beteiligt war. Am 15. 03. 1977 war [redacted] nachweis-
lich in Jena. Inoffiziell wurde bekannt, daß [redacted]
den Rechtsanwalt V o g e l [redacted] gesucht hat. Gründe dafür
wurden nicht bekannt.

Kopie

Hauptabteilung XX/4

Berlin, den 19. 09. 1977

er Bundesbeauftragte für die
angelegenheiten des staatsanwaltschafts
der ehemaligen
deutschen Demokratischen Republik

Kopie

BStU
000085

B e r i c h t

Über die durchgeführte Befragung gemäß § 95 der Straf-
prozeßordnung am 16. 09. 1977 des [redacted],
T a u t z, Lothar und [redacted], [redacted]
in der Staatsanwaltschaft Naumburg

Auf der Grundlage des vom Genossen Minister bestätigten
Planes erfolgte vom Kreisstaatsanwalt Naumburg die Bostel-
lung der oben Genannten unter Einbeziehung des Leiters des
katechetischen Oberseminars Naumburg. Der Leiter des kate-
chetischen Oberseminars Naumburg zeigte Verständnis für
diese Maßnahme und sagte seinerseits Unterstützung zu.
Die vorgeladenen Personen erschienen gemeinsam pünktlich
am 16. 09. 1977 10.00 Uhr in der Staatsanwaltschaft Naum-
burg. Sie wurden durch den antretenden Staatsanwalt des
Kreises Naumburg begrüßt und mit der Verfahrensweise der
Befragung vertraut gemacht.

Die drei Personen wurden anschließend gleichzeitig durch
drei Vernehmer der Hauptabteilung IX/2 eingehend zum Sach-
verhalt befragt.

Die Schwerpunkte der Befragung wurden vorher zwischen der
Hauptabteilung IX/2 und der Hauptabteilung XX/4 gemeinsam
beraten und abgestimmt.

In der Befragung des [redacted], [redacted] und des
T a u t z, Lothar geben diese zu, Verbindungen zu
[redacted] (Vorsitzender des "Schutzkomitees
Freiheit und Sozialismus" und Vorsitzender des Deutschen
Schriftstellerverbandes in der IG Druck und Papier in WB)
und H a v o m a n n unterhalten zu haben. Diesbezüg-
liche inoffizielle Hinweise konnten bestätigt werden.

Kopie

- 2 -
Kopie

Zu einer Auftragserteilung des [REDACTED]
beziehungsweise des "Schutzkomitees Freiheit und Sozialismus" konnte in der Befragung nichts erarbeitet werden. Die Tätigkeit dieser Institution sei ihnen nur ungenügend bekannt. Insgesamt konnte kein strafrechtlich belastendes Material erarbeitet werden.

Zu den eigenen Aktivitäten des [REDACTED], [REDACTED] und des T a u t z, Lothar sagten diese aus, unüberlegt und voreilig gehandelt zu haben.

Im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten habe es Aussprachen mit der Kircheleitung gegeben, in deren Ergebnis sie das von ihnen erarbeitete Schriftenmaterial vernichtet hätten.

Bei der Befragung der [REDACTED], [REDACTED] konnten keine weiteren Hinweise erarbeitet werden.

Es kann eingeschätzt werden, daß durch die Befragung dieser Personen eine Verunsicherung erreicht wurde. In der Befragung traten diese Personen sachlich und aufgeschlossen auf. Sie machten jedoch keine belastenden Angaben zu anderen Personen.

Von den operativ interessanten Personen [REDACTED], [REDACTED] und T a u t z, Lothar wurden Geruchskonserven angefertigt und der BdVP Halle zu Vergleichszwecken zugeleitet.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß diese durchgeführte Maßnahmen erfolgreich verlaufen ist und damit Voraussetzungen geschaffen wurden, weitere Zersetzungsmaßnahmen durchzuführen.

Abteilung XX/4

Halle, den 21.09.1977
Schu/Ha

Operative Information

Am 17.9.1977 führte die im OV "Akademica" erfaßte feindlich-negative Gruppierung katholischer Geistlicher und Akademiker ("Aktionskreis Halle") ihre sogenannte 26. Vollversammlung durch.

Austragungsort war die katholische Pfarrei "Heilig Kreuz", Halle, Gütchenstr. 21. Teilgenommen haben ca. 25 Personen.

Im Mittelpunkt dieser Vollversammlung stand laut vorliegenden inoffiziellen Informationen eine Diskussion zum Problem der Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR sowie über notwendige Aktivitäten, die in dieser Beziehung von der Gruppierung weiterhin ausgehen müßten.

Von den Organisatoren dieser Veranstaltung

GARSTECKI, Jochen
Mitarbeiter im ev. kirchl. Dienst

WINKELMANN, Klaus
Mitarbeiter im staatl. Sicherheitswesen
ehem. kath. Geistlicher

wurde vorbereitend darauf verwiesen, daß die erneute Aufnahme dieser Themenstellung in Fortsetzung der 25. Vollversammlung des AKH im Mai d. J. zum Thema "Die KSZE, die Kirchen und die Christen" erfolgt, da zu erkennen war, "daß dem aufgekommenen Interesse auf der einen Seite ein erheblicher Informationsrückstand auf der anderen Seite entsprach".
"Es geht uns dabei vor allem um eine möglichst präzise Klärung von miteinander konkurrierenden Möglichkeiten, Menschenrechte zu verstehen ... vor allem aber: wo zeigen sich besondere Probleme im Spannungsfeld von einander konkurrierenden Menschenrechtsverständnissen?"
(Dokument des AKH vom 1.9.1977)

In der Einleitung der Diskussion zu dieser Themenstellung gab GARSTECKI laut vorliegenden inoffiziellen Informationen unmißverständlich zu verstehen, "daß es nun notwendig sei, zu konkreten Themen der Menschenrechte in der DDR, also in der unmittelbaren Umwelt zu kommen und nicht nur allgemeine Diskussionen über das Menschenrechtsverhältnis zu führen".

Aus dieser Äußerung von GARSTECKI sowie auch am Inhalt und dem Verlauf der weiteren Diskussion ist erkennbar, daß von bestimmten feindlich-negativen Kräften dahingehend eine Einflußnahme auf die Mitglieder und Sympathisanten des "Aktionskreises Halle" genommen werden soll, um diese Gruppierung zu offenen Handlungen gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zu veranlassen.

Gestützt wird dieser Verdacht vor allem durch:

1. Die Skizzierung der Rolle der ev. Kirchen in der DDR bei der Auseinandersetzung mit bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen anhand des Konsultationspapiers der Arbeitsgruppe "Kirche und Gesellschaft" beim Bund der ev. Kirchen durch GARSTECKI und der Aufforderung zu ähnlichen Aktivitäten.
2. Die Forderung auf Einflußnahme des AKH auf die Bischöfe und Christen zur Bildung einer nationalen Kommission "Justitia et Pax", die zur Abdeckung der feindlich-negativen Absichten dieser Kräfte durch ein offizielles kirchliches Gremium gegenüber dem Staat dienen soll.
3. Die Aufforderung zur Unterstützung der Aktivitäten der Verfasser und Unterzeichner des "Querfurter Papiers" durch den kath. Geistlichen TAUTZ.
4. Die Absicht, in Vorbereitung und Begehung des "Welttages des Friedens" am 1.1.1978 das Problem der Menschenrechte verstärkt unter den Christen in der DDR zur Diskussion anzuregen. Dazu sollen entsprechende Korrespondenzen an die kath. Kirchengemeinden in der DDR verwendet werden.

Als politisch-operativ bedeutsam ist das Auftreten des Vertreters des im ZOV "Korinther" unter Bearbeitung stehenden Verfasser und Unterzeichner des sogenannten "Querfurter Papiers"

TAUTZ, Dieter
kath. Geistlicher
Osterhausen, Krs. Querfurt

im Verlauf dieser Vollversammlung einzuschätzen. T., der bereits während der Vollversammlung des "Aktionskreises Halle" im Mai dieses Jahres von den Aktivitäten der Verfasser und Unterzeichner des sogenannten "Querfurter Papiers" informiert hatte, unternahm lt. inoffizieller Einschätzung

bei dieser Vollversammlung alles, um die anwesenden Personen zu offenen Handlungen bzw. Stellungnahmen gegen bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse in der DDR zu veranlassen.

Im Zusammenhang mit der Erläuterung der mit der Verfassung und Unterzeichnung des sogenannten "Querfurter Papiers" verfolgten Zielstellung gab TAUTZ zu verstehen, "daß er sich hinsichtlich der Textfassung eine andere Form gewünscht hätte. Es liegt hier eine sehr stark theologische Verprägung vor, die durch Einflußnahme der ev. Theologen zustande kam. ... Ihm wäre es lieber, wenn er sich einer zivilen Bewegung anschließen könnte und auch das Papier einen mehr zivilen Ton besitzen würde".

TAUTZ erhob die Forderung:

"Es ist an der Zeit, daß die kath. und ev. Kirche gemeinsam nicht mehr länger auf unterster Ebene weiterarbeitet und nicht nur Informations- und Bewußtseinsbildung betreibt, sondern endlich aktiv wird. Pfarrer TAUTZ forderte eine regelrechte Bürgerrechtsbewegung im Sinne der KSZE-Akte".

Er zitierte eine angebliche Aussage von Bahro dazu:

"Jetzt ist die Zeit reif, um Aktionen zu starten und Dinge anzusprechen."

Laut Darstellung von TAUTZ handelt es sich bei den Verfassern des "Querfurter Papiers" um einen Ökumenekreis aus kath. Theologen im Kreisgebiet von Querfurt. Zwischenzeitlich kam es von diesem "Querfurter Ökumenekreis" zu neuen Aktivitäten, da die Bischöfe Krusche und Braun auf das "Querfurter Papier" nicht die erwarteten Reaktionen gezeigt hätten.

Am 17.9.77 soll das Dokument an die Bischöfe Krusche und Braun übergeben worden sein, in dem folgende Forderungen enthalten sind:

1. Bei den zuständigen staatlichen Stellen vorstellig zu werden und die im "Querfurter Papier" enthaltenen Aussagen vorzutragen.
2. Das "Querfurter Papier" dem breiten Kreis der kirchlichen Mitarbeiter und Gemeindeglieder inhaltlich zur Kenntnis zu geben.
3. Ein gemeinsames Hirtenwort zu der im "Querfurter Papier" enthaltenen Problematik abzugeben.

Von den IM wurde eingeschätzt, daß die Bemühungen von GARSTECKI und TAUTZ unter den anwesenden Personen nicht die Resonanz fand, die zu sofortigen feindlich-negativen Handlungen geführt hätte.

BStU
000189Aktenvermerk

Am 5.4.1978 fand eine Absprache zum ZOV "Korinther" beim Leiter der BV, Gen. Oberst. Dr. Schmidt, statt. Weiterhin teilgenommen haben der Stellv.-Operativ, Gen. Oberst Wolff, der Leiter der Abt. XX, Gen. OSL Gröger, die Leiter der KD's Weißenfelds, Naumburg, Querfurt und die vorgangsführenden Mitarbeiter der TOV.

Vom Leiter der BV wurde eine politisch-operative Einschätzung zum Wirken neg.-feindl. klerikaler Kräfte im Verantwortungsbereich und deren Aktivitäten gegeben. Er ging davon aus, daß bestimmte Erscheinungen u. Vorkommnisse vor und nach der Selbstverbrennung von Pfr. Bräsewitz zeigen, daß im Bereich der pol. Untergrund durch neg.-feindl. klerikale Kräfte mitbestimmt wird.

Das "Querfurter Papier" ist ein Versuch dieser Kräfte, eine gemeinsame Plattform zwischen ev. u. kath. Geistlichen zu errichten u. zu bilden mit dem Ziel, im Sinne der PId unter Ausnutzung der erreichten Entspannungsergebnisse durch Helsinki und Belgrad die DDR zu unterwandern.

Die im ZOV "Korinther" bearbeiteten Personen sind potentielle Feinde, die immer wieder op. anfallen können und daher zielspreibig offensiv bearbeitet werden müssen. Aus diesem Grunde wurde vom Leiter der BV die bisherige op. Bearbeitung gebilligt und folgende Schlußfolgerungen für die Fortführung des Bearbeitungsprozesses gezogen:

1. Durchführung weiterer zielgerichteter Zersetzungsmaßnahmen gegen die im ZOV erfaßten neg.-feindl. klerikalen Kräfte zur weiteren Verhinderung und Durchsetzung ihrer feindl.-neg. Aktivitäten.
2. Einführung langfristiger perspektivischer IM im Bearbeitungsprozeß, um somit op. Informationen zu erarbeiten für vorbeugende Zersetzungsmaßnahmen.
3. Engeres, koordiniertes und abgestimmtes Zusammenwirken mit der HA XX/4 und den zuständigen DE bei der Einleitung von op. Maßnahmen.

Der im Plan des Leiters der BV genannte Termin der Berichterstattung zum ZOV "Korinther" (30.6.78) ist somit erfüllt.

Ein konkreter Termin der Berichterstattung durch den Leiter der Abt. XX erfolgt vor dem 30.10.78 beim Leiter der BV.

Jonak
Jonak
Major

11/4.78

201

BSU

000222

Maßnahmen

zur Absicherung der konspirativen Durchsuchung des Wohnhauses
in Schulpau, am 13.07.1978

Auf der Grundlage des durch den Stellvertreter Operativ be-
stättigten Antrages zur konspirativen Durchsuchung vom 30.06.1978
sind zur Sicherung dieser Maßnahme nachfolgende Aufgaben zu
realisieren:

1. Durch den LMS "Frank" ist konspirativ festzustellen, in
welchem Rhythmus die von Dr. Nierth beauftragte Frau
den Hund und die Blumen betreut
T.: laufend
V.: Hptm. Poblentz
2. Zur Sicherung der Aktion ist ein geeigneter gedeckter Be-
obachtungspunkt mit Einsichtsmöglichkeiten zum Objekt
zu schaffen. Dieser Stützpunkt wird am 13.07.1978 ab
03.00 Uhr durch den Mitarbeiter der Kreisdienststelle Quer-
furt, Pa. Ritter, besetzt. Er ist mit einem Handsprechge-
rät und einem Fernglas auszurüsten, sodaß er mit dem im
Objekt tätigen Mitarbeiter in Funkverbindung steht.
V.: Leiter der KD
3. Zur Gewährleistung der Sicherheit ist in den späten Abend-
stunden des 11. und 12.07.1978 eine Kontrolle des Wohnobjek-
tes durch in Augenscheinnahme vorzunehmen, um festzustellen,
daß das Objekt tatsächlich unbewohnt ist.
V.: Hptm. Poblentz
4. In den Nachtstunden vom 12. zum 13.07.1978 ist der im Objekt
befindliche Hund einzuschlepfen und aus dem Objekt zu ent-
fernen. Das dazu notwendige Präparat wird durch einen geeig-
neten IM der Kreisdienststelle bereitgestellt. Der Hund wird
aus dem Objekt entfernt und nach Abschluß der Aktion in der
Nähe der Stadt freigelassen, so daß er wieder zurückkehren
kann. Bei der Entfernung ist darauf zu achten, daß er den
Angeheißenen hat, er hätte sich selbständig von der Kette be-
freit und das Grundstück verlassen.
V.: Hptm. Poblentz
5. Um zu gewährleisten, daß die Frau nicht unvermutet
das Objekt betritt, wird über IM dieselbe "zur Klärung ihrer
Rentenansprüche" in die Kreisstadt bestellt, so daß sie min-

- 2 -

000222

201

destens zwischen 7 und 12 Uhr nicht in ihrem Wohngebiet ist.
V.: Hptm. Poblentz

6. Um eine Überraschung durch den Wohnungsinhaber durch vor-
zeitige mögliche Rückkehr aus dem Urlaub zu vermeiden, wor-
den mit der KD Bergen, BV Rostock operative Maßnahmen zur
Kontrolle des Nierth auf der Insel Rügen eingeleitet. Es ist
vereinbart, daß Dr. Nierth in der Zeit vom 12.07. bis 13.07.78
unter Kontrolle steht, so daß er nicht überraschend in sei-
nem Wohngebiet erscheinen kann.
V.: Oltm. Poble, welcher sich in diesem Zeitraum auf der
Insel Rügen im Urlaub befindet.
7. Es ist zu garantieren, daß die zur Durchführung eingesetzten
Genossen der Abteilung VIII und XX entsprechend der geführten
persönlichen Absprache am 30.06.1978 das Objekt am 13.07.1978
früh noch während der Dunkelheit auf dem festgelegten Weg
betreten. Nach Realisierung des Auftrages entscheiden die
eingesetzten Genossen eigenverantwortlich, ob das Objekt
konspirativ am Tage verlassen werden kann, oder ob Eintritt
der Dunkelheit abgewartet werden muß.

Ziel der operativen Maßnahme:

Die konspirative Durchsuchung erfolgt mit dem Ziel, der Fest-
stellung und Sicherung von Beweismitteln für eine feindliche
Tätigkeit entsprechend der Bearbeitungsrichtung des ZOV "Korin-
ther". Dabei ist besondere Wert auf Dokumentationen der Urheber
des "Querfurter Papiers" sowie anderer negativ-feindlicher Un-
terlagen, einschließlich Hand- und Maschinenschriftproben zu
legen. (konkrete Absprache erfolgte mit dem Gen. Schulz der Abt.
XX)

Voraussetzungen:

Die Bewohner des Hauses befinden sich nachweislich in der Zeit
vom 01.07. bis 31.07.1978 zu einem Urlaubsaufenthalt in Wiek/
Rügen, so daß keine Personen im Objekt sind. Die Lage des
Grundstückes ist für die Maßnahme äußerst günstig, da sowohl
ein konspiratives Betreten aus auch der Aufenthalt im Objekt
gewährleistet ist. Von den umliegenden Häusern aus, ist die
Einsicht in das Objekt nicht möglich. Lediglich von einem
Wohnhaus im Obergeschoß kann die Zufahrt zu dem Objekt einge-
sehen werden. Hier ist der Stützpunkt vorgesehen.

Anlagen

1. Lagekarte des Objektes
und der Umgebung mit Zu-
fahrtswegen;
2. Lagekarte der Raumver-
teilung im Erd- und Oberge-
schoß

Leiter der Kreisdienststelle

B. Poblentz
B. Poblentz
Hptm.

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Halle
Abteilung XX/4

Halle, den 29.08.1978
Jo/Lei
Tgb.-Nr.: XX/4 178

BSU
000223

Unterzeichner des sogenannten "Querfurter Papier" mit dem
Titel "Frieden und Gesellschaft heute"

Die Verfasser und Unterzeichner des sogenannten "Querfurter
Papier" unterstützen die gegenwärtigen Angriffsrichtungen
des Gegners, die vor allem auf die Schaffung sogenannter
Bürgerrechtsbewegungen innerhalb der DDR und sozialistischen
Bruderländer ausgerichtet sind.
Anhand der inhaltlichen Ausgestaltung dieses "Papiers" ist
ersichtlich, daß die Verfasser nur einen bestimmten Personen-
kreis der ev. und kath. Kirche ansprechen. Die im "Querfurter
Papier" enthaltenen feindlich-negativen Angriffe sind
theologisch verbrämt, und aus der Sicht einer angeblichen
christlichen Mitverantwortung heraus, formuliert.

Diese Angriffe bestehen vor allem in:

- der Anzweiflung der Glaubwürdigkeit des von Partei und
Regierung auf wissenschaftlicher Grundlage vorausbestimmten
Kurses der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR;
- der Verneinung des untrennbaren Zusammenhanges von Sozialismus
und Kampf um Frieden und Zusammenarbeit;
- der Verleugnung der Notwendigkeit der Landesverteidigung
und der sozialistischen Wehrerziehung;
- der Unterstellung, daß die verfassungsmäßig garantierte
Glaubensfreiheit eingeschränkt wird;
- der Vorhaltung, daß einige in der Schlußakte von Helsinki
enthaltenen Grundsätze in der DDR nicht verwirklicht werden.

BSU
000224

- 2 -

Im Prozeß der operativen Bearbeitung wurden aus Ihrem
Verantwortungsbereich die in der Anlage aufgeführten Personen
als Unterzeichner bekannt.
Soweit diese Personen nicht erfaßt bzw. in operativer
Bearbeitung stehen, schlagen wir vor diesen Personenkreis
zu erfassen und unter operativer Kontrolle zu stellen.

Gleichzeitig bitten wir, der BV Halle, Abteilung XX/4 einen
Auskunftsbericht über nachgenannte Personen bis zum
30.09.1978 zu übersenden.

Leiter der Abteilung XX

G. 8. 8. 8. 8.
Oberstleutnant

Anlage

lichen Meinung. Über Protesten und kritische Stimmen wurde ein Mantel dämpfen Schweigens gebreitet. Deshalb könnte man mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß Sie neulich auf einer Pressekonferenz auch diesen Stimmen einige Sätze widmeten. Sie sagten dort, daß der "Brief der 59: eine Eingabe von Prof. Lipiński" sei. Aber leider. Was zu diesem Thema gesagt wurde, steht in keinem Verhältnis zum Inhalt des Briefes, im Gegenteil. Die Art und Weise Ihrer Kritik rief Erinnerungen an jene finsternen Zeiten wach, in denen Kritik durch Verunglimpfungen und Verfluchungen erledigt wurde.

Unser Brief forderte die Achtung der Grundfreiheiten und Bürgerrechte: Gewissensfreiheit, Freiheit der Religionsausübung, Freiheit der Arbeit, des Wortes, der Information und der Wissenschaft. Er beinhaltete also Probleme, an deren Lösung alle Vertreter der Öffentlichkeit interessiert sind, gleich ob sie sozialistisch oder christlich orientiert sind.

Sie bewerten unseren Brief als einen "Aufsatz, der die Rolle der Partei im Land und unsere Außenpolitik" in Frage stellt. Dann kommentieren Sie weiter: "Was soll das, Genossen? Es ist dies der armselige Versuch, das durch die Geschichte kompromittierte Konzept der polnischen Bourgeoisie wieder aufleben zu lassen; ein Konzept, das zur Septemberrücklage (1939; d.U.) und der sich anschließenden Periode der Unfreiheit führte. Der Versuch, damals geäußerte Ansichten in die neue Epoche zu übertragen. Die Menschen, die das tun, haben nichts verstanden und in den letzten 30 Jahren nichts gelernt. Sie nehmen die einfache Tatsache nicht zur Kenntnis, daß unser Land auf der einzig richtigen Grundlage des Bündnisses mit der Sowjetunion schon 30 Jahre im Frieden lebt, daß es zum ersten Mal in seiner Geschichte befreundete Staaten als Nachbarn hat, über eine zuverlässige Garantie seiner unabhängigen Existenz und Sicherheit verfügt und daß nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderstaaten eine mächtige Triebkraft unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist. Antikommunistische Verböhrtheit und politische Blindheit macht ihnen ein Verständnis der grundlegenden nationalen Existenzbedingungen unmöglich."

Das sind starke Worte. Ich bemühe mich zu verstehen, von welchen politischen Vorstellungen sie diktiert wurden. Im "Brief der 59" schrieben wir überhaupt nicht über Außenpolitik und Bündnisse. Wenn er trotzdem von diesem Ansatz her attackiert wurde, so verbirgt sich dahinter, wie ich vermute, folgende Überlegung. Das Bündnis mit der Sowjetunion und die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern sicherte uns den Frieden, sichere Grenzen und den Aufschwung unserer Wirtschaft. Deshalb sind dieses Bündnis und diese Zusammenarbeit unabdingbar für unsere nationale Existenz und Sicherheit. Im Namen dieser unerläßlichen Tatsachen müssen wir wie unsere Nachbarn und Bündnispartner auftreten. Unsere Innenpolitik, unser gesellschaftliches und politisches Leben, der Umfang der bürgerlichen Freiheiten und unser kulturelles Leben müssen so angeglichen werden, daß sie die Zusammenarbeit mit den Nachbarn, hauptsächlich der Sowjetunion, nicht erschweren.

Verehrter Genosse Sekretär, Sie haben in unserem Regierungssystem eine so exponierte Stellung inne, daß es nicht angeht, über solchen politischen Wertungen zur Tagesordnung überzugehen. Denn ich ziehe leider ganz andere Lehren aus den letzten 30 Jahren unserer Geschichte für die Polen und die auf der Seite des Sozialismus engagierten Menschen als Sie. Ich fühle mich verpflichtet, zu den von ihnen angeschnittenen Fragen öffentlich Stellung zu nehmen. Als ein seit 70 Jahren mit der Sache des Sozialismus verbundener Mensch fühle ich mich dafür verantwortlich, welche politische Praxis sich unter dem Namen des Sozialismus herausbildet.

Auf Grund der in den vergangenen 30 Jahren unserer staatlichen Existenz erreichten Erfolge wurde auf dem letzten Parteitag die Lösung proklamiert und dann in die Verfassung übernommen, daß wir in einer sozialistischen Gesellschaft leben. Jedoch wachsen auch mit den schönsten Worten keine neuen, sozialistischen zwischenmenschlichen Beziehungen, kein neuer, mehr schöpferischer Charakter der Arbeit, keine Gleichheit der Menschen, keine Partnerschaft zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, zwischen Bürgern und Behörden. Es gibt bis heute keine Theorie, die eine wissenschaftliche Analyse der Wege leistet, die zu einer sozialistischen Gesellschaft nach der Verstaatlichung der Produktionsmittel führen.

Seit langem sehe ich die Entwicklung sozialistischer Ideen im Westen, besonders in Italien (da wir es in der Sowjetunion und bei uns mit einer völligen Erstarrung dieser Ideen zu tun haben), beobachte die letzten Ereignisse in Frankreich und Portugal, untersuche sorgfältig die Entwicklung der politischen Praxis in der UdSSR und gelange zu der Überzeugung, daß der sowjetische Weg, der aus einer Tradition des Despotismus in Rußland hervorgegangen ist und gegenwärtig auch die Entwicklung der UdSSR behindert, nicht der Weg ist, der in Polen politische Praxis werden sollte.

Polen hätte sich ohne Druck der Sowjetunion von Anfang an anders entwickelt. Es hatte keine erzwungene Kollektivierung (der Landwirtschaft; d.U.) gegeben und der Sechsjahrsplan wäre in seiner ursprünglichen Fassung erfüllt worden. Und später, wenn die Partei konsequent den Weg des Oktober (1956; d.U.) gegangen wäre, wäre Polen heute wirtschaftlich, gesellschaftlich und moralisch unvergleichlich stärker entwickelt. Leider sind wir diesen Weg nicht gegangen. Beinahe krampfhaft halten wir am sowjetischen politischen System im Namen der Stärkung der Staatsmacht fest, und das wohl vor allem unter dem Druck der Sowjetunion. Darum gibt es heute in Polen kein wichtigeres Problem als die Erringung der politischen Souveränität. Erst die politische Selbständigkeit wird es uns erlauben, eine konsequente Wirtschaftsreform durchzuführen und ein solches politisches und gesellschaftliches System aufzubauen, das im Volk potentiell vorhandene schöpferische Energien freisetzt und die unzähligen Hindernisse beseitigt, die heute die gesellschaftliche Entwicklung behindern. Eine grundlegende Reform des Bildungswesens wäre möglich, die Verbesserung der Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit, ein Weg zur vollen Information über innere und internationale Angelegenheiten würde sich auftun, eine Gesundung der innerpolitischen Verhältnisse könnte eintreten, das aus dem System der doppelten Verwaltung - der von Partei und Staat - entstandene Chaos würde aufhören.

Niemand bezweifelt, daß das Bündnis mit der Sowjetunion eine politische Notwendigkeit ist. Wir erkennen die große sowjetische Nation und die Brudervölker, wie etwa das weißrussische und ukrainische, an. Wir wollen gutnachbarliche Beziehungen und die Grundlagen gegenseitigen Vertrauens bauen. Aber das ist vor einer Säuberung von Elementen der Korrumptheit in der polnischen Politik gegenüber der Sowjetunion nicht möglich. Das ist ebenfalls nicht möglich vor einem tapferen und offenen Bekenntnis der Sowjetunion zu den gegenüber Polen begangenen Fehlern. Nicht um zu wählen, wende ich mich dieser leidvollen Angelegenheit zu. Die uns unter den gegenwärtigen Bedingungen aufgezwungene Liebe zum sowjetischen Staat und deren Festschreibung in der Verfassung beruht auf einem völligen Unverständnis der menschlichen Psychologie. Jeder Pole erinnert sich allzu gut an den "Teufelspakt" Ribbentrop - Molotow, den Überfall auf unser Land, den Massentransport in Lager von im Untergrund gegen Hitler kämpfenden Soldaten und der im Kampf mit den Deutschen aktiven polnischen Intelligenz während der Jahre 1944/45, die Verweigerung der Hilfe

Während des Warschauer Aufstandes ... Ich wiederhole nochmals: Dies alles könnte nur in Vergessenheit geraten, wenn die Regierung der Sowjetunion offen diese Verbrechen verurteilt. Chruschtschow tat einen Schritt in diese Richtung. Die Ungleichheit des Warenaustausches (bei Kohle) wurde anerkannt, die Auflösung der kommunistischen Partei im Jahre 1938 (durch die Komintern; d.U.) verurteilt und ein Teil ihrer ermordeten Führer rehabilitiert. Für kurze Zeit war ein "polnischer Weg zum Sozialismus" anerkannt. Aber damit hörte es auch auf. Verlogen verteidigt man selbst den Fakt mit den Deutschen weiterhin.

Polen besitzt eine reiche Tradition des Parlamentarismus, der Bürgerfreiheit und Toleranz. Die Tradition des Polizeistates und Totalstaates ist uns fremd. Die Aufzwingung des sowjetischen Systems hat zu verheerenden Folgen in unserem gesellschaftlichen und moralischen Leben geführt. Das war ein großes Unglück in der Geschichte unseres Volkes. Wir sind zur bedingungslosen Unterstützung der Außenpolitik der Sowjetunion gezwungen und haben aufgehört, ein selbständiger Faktor der Weltpolitik zu sein. Das steht oft im Widerspruch zu den nationalen Interessen Polens. Wir nahmen aktiv an der militärischen Invasion in der Tschechoslowakei teil und haben zur Erstreckung des Erneuerungsprozesses in diesem Lande beigetragen, als es sich von dem ihm aufgezwungenen sowjetischen System der Wirtschaft- und Kulturpolitik zu befreien suchte, einem System, das dieses Land in seiner Entwicklung zurückgeworfen hatte. Das tschechische und slowakische Volk werden uns dies lange nicht vergessen. Wir verweigerten ihre Souveränität im Namen der imperialistischen Interessen der Sowjetunion und verstärkten damit die eigene Abhängigkeit. In der UNO stimmen wir immer für die Sowjetunion und unterstützen selbst reaktionäre Anträge (wie z.B. neulich die Anerkennung des Zionismus als Rassismus).

Überall in der Welt, auch unter Kommunisten, wächst eine negative Einstellung zur Politik der Sowjetunion, fordert man ein Verständnis der politischen Demokratie in der uralten Bedeutung des Wortes, verwirft man das Schlagwort von der Diktatur des Proletariats oder der Diktatur einer Partei. Das kommt nicht nur, wenn gleich es bisweilen so geschieht, aus einer politischen Taktik, sondern aus der Erkenntnis des Wesens des gesellschaftlichen Prozesses, des Entstehungsprozesses einer sozialistischen Gesellschaft und einem zunehmenden Verständnis der negativen Merkmale des Sowjetsystems.

Die kommunistische Weltbewegung ist in eine neue Phase ihrer Entwicklung eingetreten. Es ist dies auch der Ausdruck der Reaktion auf die nun ein halbes Jahrhundert andauernde Erfahrung der Sowjetherrschaft, auf den Stalinismus, die bewaffnete Intervention in Ungarn und der Tschechoslowakei, auf das billige Chruschtschow-Referat, den Prozeß der Demaskierung durch die Schriften Solchenizyns und die mutige Tätigkeit des großen Gelehrten Sacharow.

In den lateinischen Ländern ist die kommunistische Bewegung zu einer starken politischen Kraft geworden und die Zeit, in der die italienischen und französischen Kommunisten an der Regierung ihrer Länder beteiligt sein werden, ist nicht mehr fern. Aber gleichzeitig unterliegt der Kommunismus in Italien, Frankreich, Spanien und anderen Ländern tiefgreifenden Wandlungen. Diese Bewegung ist für politische Pluralität anstelle des Einparteiensystems, für die Notwendigkeit der Erhaltung der demokratischen Freiheiten, für die die Menschheit Jahrhunderte gekämpft hat, für freie Wahlen, die Freiheit des Wortes und die führende Rolle der Mehrheit der Gesellschaft. Diese Parteien verzichten auf die Funktion, eine Agentur der imperialistischen Interessen der Sowjetunion zu sein und wollen eine eigene Politik

machen. Diese Veränderungen und ideologischen Wandlungen sind von großer historischer Bedeutung. Sie stellen einen wichtigen Schritt zum authentischen Sozialismus dar.

Dieser Weg ist lang, schwer und mühselig. Der Sozialismus entsteht nämlich nicht aus einer Ideologie oder einem Glauben, er kann nur das Resultat von tiefgreifenden Veränderungen in der Organisation des Produktionsprozesses sein (die Ersetzung des Bandes durch ein System kleiner Werkstätten in der Fabrik Volvo in Kalmar (?) hat für den Aufbau des Sozialismus eine größere Bedeutung als die Verstaatlichung dieser Fabrik), der Umgestaltung der hierarchischen politischen und gesellschaftlichen Struktur in eine Struktur der Partnerschaft und des Dialogs, der Verwirklichung echter, nicht nur in Worten bestehender Mitbestimmung der Gesellschaft in den sie betreffenden Angelegenheiten, der Schaffung allgemeinen Wohlstandes, des Wachstums schöpferischen Bestands der Arbeit und des Schönen im täglichen Leben.

Der Sozialismus ist ein System, in dem die Produktion der Befriedigung von Bedürfnissen dient und in dem die Betriebe unter dem Gesichtspunkt dieser Aufgabe beurteilt werden. Die Bedürfnisse sind so, wie sie von der Produktion befriedigt werden können und wie der Stand der Kultur und Bildung ist. Konsumtion ist die Produktion der Qualität des Lebens, und die Konsumtion ist so, wie die Produktion ist. Bedürfnisse kann man produzieren, gestalten und steuern. Der Kapitalismus manipuliert Bedürfnisse mit Hilfe der Reklame und Versprechungen eines bestimmten Wohlstandes, z.B. des Autos für alle. Das Auto bestimmt dann den Hauptindustrieweig, den Stil der Massenkonsumtion und sogar das Bild der Städte und Landschaften.

Die Konsumtionsstruktur kann man auch gestalten, indem man die Massen an die kulturellen Werte heranholt, indem man den Zutritt zum Bereich des Schönen erweitert, indem man auf ein menschliches Milieu in der Wohnung, im Haus, in der Siedlung, der Fabrik und des Büros achtet. Mit der Veränderung der Produktionstechnik müssen wir sofort neue Formen der Arbeit schaffen, die menschliche Kreativität erfordern und den Produktionsprozeß humanisieren. Dies alles könnte die Planung der Konsumtion und einer neuen höheren Qualität des Lebens bedeuten, oder besser, der Möglichkeit der Qualität des Lebens, weil letzten Endes nur der Mensch selbst in der Lage ist, seinem Leben einen Wert zu verleihen. Ökonomischer Wohlstand allein erfüllt nicht das Leben mit Inhalt, was deutlich in den Ländern mit hohem Lebensstandard zu sehen ist. Der Sozialismus ist der Versuch, objektive Voraussetzungen zu schaffen, die dem Menschen das Auffinden dieser Werte erleichtern.

Im Laufe der letzten 30 Jahre habe ich viel gelernt. Heute weiß ich besser als damals, daß der Sozialismus weder eine völlige Bürokratisierung der Wirtschaft und der Verwaltung des Landes, noch das Aufdrängen einer sog. materialistischen Weltanschauung noch ein zwangsweiser Atheismus ist. Die Grundlage des Sozialismus ist Freiheit, Dezentralisierung, Mitverantwortung der Bürger in den ökonomischen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Darum muß man die Ersetzung des Sowjetsystems, das den Entfaltungsprozeß der Kräfte des Volkes bedroht, durch die Demokratie fördern.

Es ist wahr, daß die Welt gleichzeitig eine Krise der traditionellen parlamentarischen Demokratie erlebt. Es ist ebenso wahr, daß Polen in der Zwischenkriegsperiode mit der Demokratie nicht die besten Erfahrungen gemacht hat. Sie waren sogar sehr schlecht. Das heißt jedoch nicht, daß man deshalb der Meinung zustimmen könnte, die Vorkriegspolitik habe zur "Septemberniederlage und der darauf folgenden Periode der Unfreiheit" geführt. Das ist eine zu vereinfachte These, als

daß man sie bejahren könnte. Denn auch kommunistische Regierungen hätten im damaligen Polen den Angriff Hitlers nicht abwehren können. Als der Krieg ausbrach, mußte jedes Polen diesen Krieg verlieren, und es wäre ebenso lange in der Unfreiheit gewesen, wie es in Wirklichkeit gewesen ist.

Aber ist das Einparteiensystem ein besseres? Wir haben die Bierut-Periode in Erinnerung, die damaligen Fehler, ja sogar Verbrechen. Zehntausende Menschen saßen Jahre in den Gefängnissen und waren unordenlichen Torturen ausgesetzt. Denken wir an die fehlgeschlagene Kollektivierung des Dorfes und die Zerstörung der Landwirtschaft, die unüberlegte Ruinierung des Handwerks. Die blutigen Aufstände in Poznań brachten das Ende dieses Systems. Die Ära Gomulka wurde durch die Erschütterungen von Wybrzeże und die furchtbare Erstockung der Arbeiteraufstände beendet. Kein politisches System ist erfolgreich, das den Mechanismus der ständigen XXXX Adaption verloren hat. Es wird ein starres System, das kritisches Auftreten verhindert, das der gesellschaftlichen Kontrolle verlustig gegangen ist und die grundlegenden Menschenrechte, wie z.B. die Freiheit des Wortes, nicht respektiert. Ein System, in dem jeder Veränderung des Regierungsapparates Blutvergießen vorausgeht.

Durch eine Minderheit aufgewungene Regierungen tendieren immer zum Totalitarismus, sie sind unfähig, in sich die besten Ideen des Volkes zu konsolidieren, sie neigen vielmehr im Interesse der Verstärkung ihrer Macht dazu, alles das zu vernichten, was den Gedankenreichtum der Gesellschaft, der menschlichen Phantasie ausgemacht und angeblich die Interessen des "Sozialismus" bedroht. Deshalb stehe ich auf der Seite des Kommunisten Berlinguer, des Kommunisten Marchais, der spanischen Kommunisten, aber nicht auf der Seite des Kommunisten Breschnew.

Deshalb ist eine Opposition im Lande unabdingbar. Eine legale, gleichberechtigte Opposition in Übereinstimmung mit dem verfassungsmäßig garantierten Prinzip der Freiheit von Vereinigungen und Versammlungen. Politischer Pluralismus kommt auch in der unverzichtbaren Freiheit der Gewerkschaftsbewegung, von Verbrauchervereinigungen und einer freien Presse zum Ausdruck. Wenn die Polnische Sozialistische Partei fortbestehen würde, wären wir heute in einer anderen Lage. Dieser Pluralismus muß nämlich gar nicht auf eine Toleranz derjenigen Kräfte hinauslaufen, die im Interesse einer Minderheit gar keine wirtschaftliche, politische und soziale Erneuerung wünschen. Ebenso kann es keine Toleranz des Faschismus geben. Aber nach der Beseitigung der Bourgeoisie wird das Volk nicht zu einer weltanschaulichen, klassenmäßigen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Einheit. Die Entwicklung vollzieht sich immer unter Widersprüchen, falls es erlaubt ist, diese abgegriffene Formulierung zu gebrauchen. Widersprüche müssen sich frei äußern und kundtun können, und das System der parlamentarischen Demokratie ist ein System, das dies ermöglicht. Trotz seiner unauflösbaren Nachteile ist es das bis heute einseitige in der Praxis erprobte System der Machtausübung auf eine solche Weise, die nicht im Widerspruch zum Willen der Mehrheit steht. Die bürgerlichen Freiheiten sind eine unabdingbare Voraussetzung für eine gesunde gesellschaftliche Atmosphäre, folglich also für den Aufbau des Sozialismus. Wie oft haben die Vorkämpfer des gesellschaftlichen Fortschritts und sozialistische Denker betont, daß der Sozialismus in einem Polizeistaat, der den freien Gedanken oder einfach die von der offiziell anerkannten abweichende Meinung zugrunde richtet, weder entstehen noch sich entwickeln kann.

Ein wichtiges gesellschaftliches Problem ist der Konsens der Zensur, der die zaristische Zensur noch übertrifft. Unter anderem betrifft

das die Verstümmelung der Arbeiten von Historikern, wenn sie sich mit der Politik des damaligen Ausland auseinandersetzten. Einige Historiker übernahmen freiwillig die Rolle der Zensoren selbst. Einer von ihnen schreibt beispielsweise über die Eroberung Pragas und das dortige Gemetzel im Jahre 1794: "bei der die Zivilbevölkerung sichtlich in Mitleidenschaft gezogen wurde". Man macht das so, um die Gefühle der russischen Chauvinisten nicht zu verletzen. Das ruft die Zeit der schandbaren russischen Einnischung in die polnischen Angelegenheiten im 18. Jh. in Erinnerung.

Der Zugang der Bürger zu Informationen ist drastisch beschränkt, und ihr Zustand in den offiziell zugänglichen Quellen führt zu einer Infantilisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins. Es gibt keine einzige Tageszeitung, die diesen Namen verdient, die die Informationen des Rundfunks und Fernsehens in ihrer Unbeholfenheit einfach skandalös. Die Presse, sogar die literarische, ist wegen mangelnder Gedanken- und Redefreiheit in einer jämmerlichen Lage.

Trotz der Bestimmungen des Dekretes von Helsinki läßt man die für die Nationalkultur wichtigen Herausgaben der Emigrantenverlage nicht ins Land. Bücher von Gombrowicz, Miłosz und Kolakowski werden konfisziert. Man erlaubt keine Kolportagen der westlichen Presse, sobald sich dort kritische Äußerungen über die UdSSR befinden. Der Konsens dieser Anordnungen ist so himelschreiend, daß sich die Frage aufdrängt, wer sie nötig hat und wem sie nützen. Warum glaubt man, das politische System sei bedroht, wenn 200 Leute kritische Äußerungen der "Le Monde" lesen?

Es kam zu einem Verfall der Gesellschaftswissenschaften. Die offizielle These lautet, daß es z.B. nicht nötig ist, neue Wege in der Ökonomie zu suchen, es fehlen nur Exporten für die sog. Schlüsselprobleme des Volkswirtschaftsplanes. Die Zensur, und in Sonderheit die Zensur verhängter Redakteure, streicht jeden Kühnen von den erstarrten "offiziellen" Vorstellungen unabhängigen Gedankens. Auf diese Weise können die Gesellschaftswissenschaften nicht jene positive, belebende Rolle spielen, die ihnen zukommt. Statt einer kritischen Wissenschaft entsteht eine Pseudowissenschaft "ideologischen", d.h. propagandistischen Charakters. Aber heutzutage hat eine unkritische Gesellschaftswissenschaft aufgehört, eine Wissenschaft zu sein.

Wir alle schätzen die Errungenschaften der bisherigen 70-er Jahre als endlich der Kreis der Fiktionen und Vorurteile der vorangegangenen Periode durchbrochen wurde. Aber es gibt keinen Grund zum Optimismus. Das Vorhaben der Wirtschaftsreform wurde zwar in Angriff genommen, aber in inkonsequenter und unentschlossener Weise, weil die für ein effektives Funktionieren der neuen Grundlagen der Wirtschaftsführung unerlässlichen Bedingungen nicht gesichert wurden. Das neue System wurde zu einem Werkzeug des Inflationsprozesses gemacht. Statt eine Preiskontrolle mit ökonomischen oder sogar administrativen Mitteln anzustreben, werden verschleierte Preis erhöhungen angestrebt. Große monopolistische Organisationen wurden geschaffen, aber es wird nicht auf die Schaffung eines Marktgleichgewichts gesachtet, das den monopolistischen Tendenzen wenigstens teilweise ein Gegengewicht der Käufer entgegensetzen würde. Verbraucherorganisationen werden nicht zugelassen. Andererseits werden die Entscheidungen über Investitionen und andere Entscheidungen von großer Bedeutung ohne öffentliche Diskussion und allseitige Erforschung der Folgen getroffen. Das führte zu einer immer größeren Störung des Wachstumsgleichgewichts und einem zunehmenden Chaos, zu einem enormen Anstieg der Grundlagenindustrie mit gleichzeitiger Degradierung der Planung als einem Instrument der bewußten Steuerung des Wirtschaftsprozesses. Unter diesen Bedingungen